

G 2/66 EX



MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

9'74 SEPTEMBER



Unwetter- katastrophe am Chiemsee

Hagelkörner zerbeulten Autos

Schwere Unwetter und Hagelgewitter, die über Südbayern niedergingen, hinterließen allenthalben überschwemmte Straßen, umgestürzte Bäume und von Hagelkörnern zerbeulte Autos. Besonders betroffen war die Gegend zwischen Chiemsee und Simssee. Kleine Bergbäche verwandelten sich in reißende Flüsse, die Geröll und Schlamm in die Täler trugen. Bäume blockierten die Straßen. Oftmals mußte sich die Feuerwehr ihren Weg mit der Motorsäge bahnen. Bei Ausbruch des Gewitters befanden sich noch mehrere Boote auf dem Chiemsee, obwohl durch akustische und optische Signale sowie mit Rundfunkdurchsagen Sturmwarnung gegeben worden war. Einige Boote wurden von den Windböen umgeworfen, die Besatzungen konnten sich jedoch retten. Mehrere Orte wurden durch über die Ufer tretende Bäche von der Außenwelt abgeschnitten. Vielerorts wurde Katastrophenalarm ausgelöst. Die Autobahn München — Salzburg blieb eine halbe Stunde lang gesperrt, da die Fahrbahn überflutet war. Zum Glück sind bei den Überschwemmungen und beim Hagelschlag keine Menschen ums Leben gekommen. Der Sachschaden geht in die Millionen. Schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen aus dem beim bayerischen Innenministerium eingerichteten Katastrophenschutzfonds versprach Staatssekretär Kiesl, der das Katastrophengebiet von einem Hubschrauber aus inspizierte.



Stark verwüstet wurde bei dem Unwetter dieses Gehöft in der Nähe des Chiemsees.



Bergung eines Autos, das in den Graben gespült wurde.



Der durch die Katastrophe angerichtete Sachschaden geht in die Millionen.

MAGAZIN 9'74



Aus dem Inhalt

Seite 3:

„ZS-Umschau“

Seite 7:

„Innenminister Prof. Maihofer beim BVS in Bayreuth“

Seite 8:

„Katastrophenschutz — transparent gemacht“ — Aus der Sicht einer Großstadt. Die Verwirklichung des humanitären Gedankens am Beispiel der Stadt Köln.

Seite 16:

„47 Millionen DM für Äthiopien“

Seite 17:

„Leserbriefe — Lesermeinung“

Seite 18:

„Fluchräume auf Stelzen“ — Hier bringen sich Halligbewohner vor dem Ansturm des Meeres in Sicherheit.

Seite 24:

„Täglich Hilferufe aus ganz Europa“ — Die Deutsche Rettungsflugwacht — Luftalarmzentrale und Luftrettungszentrum in Stuttgart.

Seite 30:

„Trocken durch Stromschnellen“ — THW-Jugendgruppe unternahm Ausbildungsfahrt. Junghelfer bereiten sich auf Aubo-Lehrgang vor.

Seite 64:

„Was die Erfahrung lehrt“ — Folgerungen, Wünsche und Notwendigkeiten als Resultat einer ausgewerteten Großübung.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Werner Koller
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Postfach: 450247; Ruf: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Al t e n a, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

BAUVERLAG GMBH — ZS 55.1
62 Wiesbaden 1, Postfach
Wittelsbacherstraße 10
Tel. (0 61 21) 7 49 51
Telex: 04 186 792

Anzeigenleiter: Manfred W. Kleinfeld
Anzeigen-Preisliste Nr. 2 — gültig
ab 1. 7. 1973

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit

Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete
Auflage: 106.100 Exemplare
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



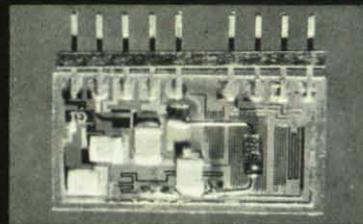
TDH- Technik nur beim Bosch FuG 10

TDH-Technik – Tantal-Dünnschicht-Hybrid-Technik. Dem Fachmann ein Begriff. Bosch integrierte elektronische Bauelemente in ein Netzwerk hauchdünner Tantal-Schichten. Im Gegensatz zu herkömmlichen Geräten werden so beim FuG 10 von Bosch 156 Lötstellen eingespart und ebenso viele Fehlerquellen ausgeschaltet.

„Made by Bosch“ bedeutet Perfektion. Das ist unsere Norm. Bessere technische Werte und größere Betriebssicherheit sind die Ergebnisse.

Das FuG 10 und die Kfz-Sprechfunkanlage KF mini dokumentieren, was möglich ist, wenn Bosch Probleme löst. Dabei kommt Bosch die Erfahrung aus der technologischen Forschung zugute.

Die TDH-Technik präsentiert sich beim FuG 10 in modernem Design. Das Ergebnis: Einfachste Bedienung und Zuverlässigkeit.



**Bosch-Funk
überall**

BOSCH

Coupon:

Bosch-Funk: mehr als 100 Servicestellen im Bundesgebiet. Und eine ist immer in Ihrer Nähe. Sagen Sie uns, was Sie wünschen.

- ausführliche Informationsschriften
- ein unverbindliches Informationsgespräch mit unserem Bosch-Funk-Fachberater

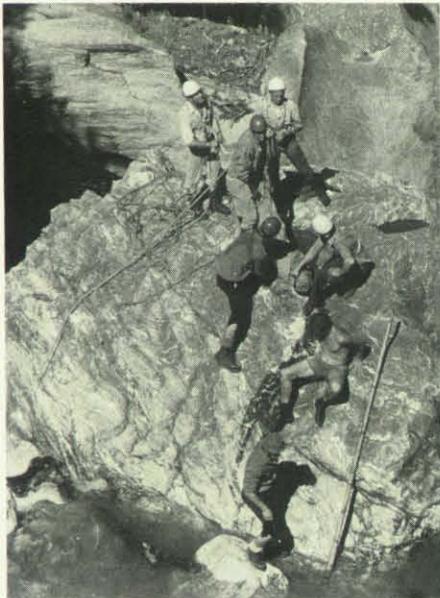
Robert Bosch Elektronik GmbH
Abt.: WEB 1 Berlin 33
Forckenbeckstraße 9-13



UMSCHAU

Rettungsaktion für deutsche Schülergruppe

24 Mädchen im Alter zwischen sieben und vierzehn Jahren einer Schülergruppe aus Limburg/Lahn wurden mit ihren drei Begleiterinnen in der Kitzlochklamm im salzburgischen Pinzgau von einer einstürzenden Holzbrücke mit in die Tiefe gerissen, auf der sie sich zu einem Foto versammelt hatten. Acht der Mädchen kamen dabei ums Leben. Mehr als hundert Männer beteiligten sich an der Rettungsaktion, die zeitweilig wegen zu hoher Wasserführung der Rauriser Ache und der Salzach unterbrochen werden mußte. Bundespräsident Walter Scheel empfing in seinem Urlaubsquartier im österreichischen Hinterthal eine Abordnung der Rettungsmannschaft. Er dankte den Männern der österreichischen Gendarmerie, des Bergrettungsdienstes und der Wasserrettung, ferner dem Roten Kreuz und dem alpinen Rettungsdienst der Gendarmerie von Zell am See für ihren mutigen Einsatz bei der Bergung der Verunglückten.



Retter in der Kitzlochklamm.

Die „Sintflut“ von Bangladesh

Eine wahre Sintflut scheint über den ostbengalischen Staat Bangladesh hinweggegangen zu sein. 80 Prozent des Landes sind nach schweren Monsunregenfällen überschwemmt; nahezu die Hälfte der 75-Millionen-Bevölkerung ist von der Flutkatastrophe betroffen. Mehr als 2000 Tote sind bisher zu beklagen. Millionen leben in Auffanglagern in unbeschreiblichem Elend. Epidemien gehen um; viele Menschen sind bereits an der Cholera gestorben. Eine Hungersnot großen Ausmaßes bedroht das überbevölkerte Land. Die Überschwemmungen haben Bangladesh in ein „riesiges Heerlager des Elends“ verwandelt, schrieb ein Zeitungskorrespondent entsetzt. Keine Provinz wurde verschont. Überall ist der Viehbestand dezimiert, sind Häuser zerstört, ist die Ernte vernichtet. Straßen und Dämme sind vom Wasser ausgewaschen, Eisenbahnlinien und Fernmeldeverbindungen unterbrochen. Die Hauptstadt Dacca ist gänzlich vom Hochwasser eingeschlossen. Für die Rettungs- und Hilfsmannschaften ist es schwierig, in die abgeschnittenen Gebiete vorzudringen. Mangel an Booten behindert die Verteilung der vom Staat zur Verfügung gestellten Lebensmittel.

Internationale Hilfsmaßnahmen kommen allmählich in Gang. Aus der Bundesrepublik sind von mehreren Hilfsorganisationen Geldbeträge als Ersthilfe eingetroffen. Die Bundesregierung hat 30 000 Tonnen Weizen



Eine überflutete Straße in der Hauptstadt Dacca.

im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe bereitgestellt. Da mit erheblichen Ernteaussfällen gerechnet wird, die die Nahrungsmittellücke weiter vergrößern werden, soll die erste Lieferung beschleunigt verschickt werden. Der Gesamtwert der Lieferung beträgt unter Einschluß der Transportkosten 15 Millionen DM. Die gleiche Summe wird Bangladesh voraussichtlich noch in diesem Jahr im Rahmen der Soforthilfe erhalten.

40 Jahre dänischer Zivilverteidigungs-Bund

Der dänische Zivilverteidigungs-Bund (Civilforsvars-Forbundet), der den Rahmen der freiwilligen Zivilverteidigungsarbeit in Dänemark bildet, beging sein 40jähriges Bestehen. Unter seinem früheren Namen Dänischer Luftwehrverein (Dansk Luftvaernsforening) war er bahnbrechend für die Errichtung der dänischen Zivilverteidigung. Die Organisation beteiligte sich vor und während des Zweiten Weltkrieges in Zusammenarbeit mit den Behörden aktiv am Aufbau des Zivilschutzes. Mit dem Ausbau der staatlichen und kommunalen Zivilverteidigung hat sie sich zugleich zu einer Stützorganisation für die Behörden bei der Aufklärungstätigkeit und bei der Werbung von Freiwilligen entwickelt.

Das 40jährige Bestehen wurde in

Kopenhagen mit einer Feierstunde eröffnet, der auch Königinmutter Ingrid beiwohnte. Der Präsident des Civilforsvars-Forbundet, Erhard Jacobsen, Mitglied des Folketings, sprach über die Tätigkeit der Organisation während der vergangenen 40 Jahre. Ein neuer Film zum Thema Zivilverteidigung mit dem Titel „Eine Frage des Schutzes“ wurde zum ersten Mal vorgeführt. Drei Schüler, die mit einem Aufsatz über die Zivilverteidigung in einem Preisausschreiben gewonnen hatten, erhielten eine Auszeichnung. Am folgenden Tag fand in Anwesenheit von Königin Margrethe, der Schirmherrin des Bundes, ein Empfang statt, an dem auch der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Heinz-Robert Kuhn, teilnahm.



84 Verletzte mußten nach dem Zugunglück in Belgien aus den Stahltrümmern befreit werden.

Zugunglück in Belgien

Bei einem schweren Eisenbahnunglück in Belgien auf der Strecke Charleroi-Brüssel sind zehn Menschen ums Leben gekommen. Die Katastrophe ereignete sich auf einer Kanalbrücke, als ein Wagen des Triebwagenzuges aus den Schienen sprang. Der zweite Wagen rammte die Eisenkonstruktion der Brücke, der Triebwagen geriet in Brand. Einer der Waggons verklemmte sich zwischen dem Brückengelände, die folgenden Wagen wurden ineinandergeschoben. Die Bergungsmannschaften bemühten sich im Lichte der Scheinwerfer noch fast fünf Stunden nach dem Unglück um die Rettung Eingeschlossener. Die zerstörte Brücke kann nicht mehr repariert werden. Sie soll abgetragen und durch eine neue ersetzt werden.

Weniger Kinderunfälle

Kinderunfälle im Straßenverkehr sind erstmals seit vielen Jahren deutlich gesunken. 1973 gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei den Kindern bis zu 15 Jahren 15,8 Prozent weniger Tote und 10 Prozent weniger Schwerverletzte als im Jahr zuvor. Insgesamt verunglückten im letzten Jahr 68 898 Kinder (1972 waren es noch 73 493), davon 1781 tödlich (1972: 2114).

Mehr als neun Zehntel der Verkehrsunfälle mit Kindern ereignen sich in der Stadt. Die häufigsten Unfallursachen sind „falsches Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn“ (53 Prozent) und „plötzliches Hervortreten hinter einem Hindernis“ (30,7 Prozent). Sehr häufig handelt es sich bei diesen Hindernissen um parkende Autos am Straßenrand, hinter denen

ein Kind nicht zu erkennen ist, und über die es nicht wie ein Erwachsener hinwegsehen kann. Vor allem in der Nähe von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen und Haltestellen von öffentlichen Verkehrsmitteln muß man damit rechnen, daß Kinder unvermutet hinter parkenden Wagen und anderen Sichthindernissen hervorstürmen.

Kinder-Autogurte häufig unsicher

Kinder fahren gefährlich. Dies zeigen die erschreckenden Ergebnisse einer Untersuchung, die die Stiftung Warentest und der ADAC an zehn verschiedenen Autogurten für Vier- bis Zwölfjährige vorgenommen haben. Bei sechs Fabrikaten wird „vom Kauf abgeraten“, drei sind „nicht“ oder „weniger zufriedenstellend“. Sie schützen das Kind viel zu wenig — oder überhaupt nicht. Manche Modelle sind schon im normalen Fahrbetrieb unsicher; bei Frontalzusammenstößen versagen die meisten kläglich. Nur ein Fabrikat, eine neuartige Konstruktion aus Beckengurt und vorgesetztem, verformbarem Spieltisch, bestand die auf einem Katapultschlitten durchgeführte dynamischen Prüfungen. Die Stiftung Warentest begrüßt es, daß das Bundesverkehrsministerium ein namhaftes Forschungsinstitut mit der Erprobung von Unfallsicherungen für Kinder beauftragt hat. Sie fordert in diesem Zusammenhang vom Gesetzgeber eindeutige Zulassungsvorschriften und weist darauf hin, daß bei Sicherheitsgurten für Erwachsene solche Sicherheitsbestimmungen schon seit längerem bestehen.

Kurzinformationen für das Handschuhfach

„Sofortmaßnahmen am Unfallort — Kurzinformation für jedermann“: So heißt ein 20seitiges Heftchen für das Handschuhfach, das wichtige Hinweise für das Verhalten bei Verkehrsunfällen gibt. Es werden darin die ersten, lebensrettenden Handgriffe und Maßnahmen beschrieben, die Unfallopfer, Helfende und andere Verkehrsteilnehmer vor zusätzlichen Gefahren bewahren können. Die Kurzinformation, die vom Deutschen Roten Kreuz gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen herausgegeben wird, kann eine Erste-Hilfe-Ausbildung nicht ersetzen. Aus diesem Grunde wird ausdrücklich die Teilnahme an einem Lehrgang empfohlen.

Verkehrstips für ältere Leute

Ältere Fußgänger sollten nur an ampelgeregelten Übergängen die Straße überqueren. Wenn das nicht möglich ist, sollten sie sich anderen Fußgängern anschließen, d. h. zu zweit oder in einer Gruppe die Straßenseite wechseln. Solche und ähnliche Tips enthält der ADAC-Sonderdruck „Warum müssen täglich 6 ältere Fußgänger sterben?“, der bei allen Geschäftsstellen kostenlos erhältlich ist.

Die meisten Fußgänger über 65 verunglücken, weil sie beim Überqueren der Fahrbahn nicht auf vorbeifahrende Autos achten oder plötzlich hinter parkenden Wagen hervor auf die Fahrbahn treten. Deshalb widmet sich das Heft besonders ausführlich diesem Problem. Die älteren Fußgänger erfahren genau, was sie am Straßenrand, auf der Fahrbahn und auf dem Überweg beachten müssen. Gleichzeitig werden Tips und Ratschläge gegeben, was die Menschen über 65 tun können, um trotz nachlassender Seh- und Hörfähigkeit sowie verminderten Reaktionsvermögens im Straßenverkehr sicher zu sein.

Aber auch die Autofahrer sind angesprochen. So ist es beispielsweise meistens falsch, ältere Leute durch Hupen oder Lichtsignale zu warnen. Statt dessen sollten die Autofahrer ihr Tempo herabsetzen und mit deutlichem Sicherheitsabstand vorbeifahren.



Mit Raupenschleppern wird versucht, den Strand von der klebrigen Ölmasse zu säubern.

Ölschlamm am Strand der Jade

Bei einem Tankerunglück in Wilhelmshaven sind etwa 500 000 Tonnen Öl in die Jade geflossen. Der 209 000 Tonnen große Tanker „Al Fountas“ aus Kuwait hatte die Ölpier von Wilhelmshaven gerammt und die Löschrücke durchbrochen. Von der Ölverschmutzung war nicht nur das Hafengebiet betroffen; ein Teil des Ölteppichs erreichte auch die Bäder an der Jade. Badegäste und Urlauber fanden plötzlich einen mit dickem, schwarzem Ölschlamm bedeckten Strand vor.

Tag und Nacht waren Spezialboote, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk damit beschäftigt, das Öl mit Hilfe von Chemikalien zu binden. An den Stränden hoben Bulldozer den

verschmutzten Sand ab. Nach 48 Stunden kam die Meldung: „Ölpestgefahr gebannt“. Die zerstörte Ölbrücke verfügte über den einzigen Löschkopf in der Bundesrepublik, an dem 250 000-Tonnen-Tanker abgefertigt werden können. Für neun Monate fällt nun der Wilhelmshavener Tiefwasserhafen aus. Die Reparatur wird voraussichtlich 20 Millionen Mark kosten.

Rettungshubschrauber 10.000mal alarmiert

Mehr als 10 000mal (genau 10 385mal bis zum 31. 7. 1974) sind bisher die acht Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungswesen zu Not-einsätzen gestartet. Seit die erste Maschine am 1. 11. 1970 in München in Dienst gestellt wurde, konnten rund 10 700 Patienten direkt an der Unfallstelle ärztlich versorgt werden. Über 4 000 Verletzte bei Verkehrs-, Arbeits- und Sportunfällen sowie Unfällen im Haus wurden mit den Hubschraubern zu Unfallkliniken oder Spezialkrankenhäusern gebracht. Man kann davon ausgehen, daß mehr als 800 Menschen den Rettungshubschraubern ihr Leben verdanken.

GEBÜHRENFREI können die Schweden von den öffentlichen Telefonen aus die Notrufnummer wählen. Die Apparate haben zu diesem Zweck einen speziellen „SOS-Knopf“. Wer den Knopf drückt, kann — ohne umständlich nach Kleingeld suchen zu müssen — die Notrufnummer 90 000 wählen. In der Bundesrepublik ist man noch nicht soweit. Noch haben nicht einmal alle Bundesländer den einheitlichen Notruf 110 eingeführt.

Katastrophenschutz-Gesetz für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein will als zweites Bundesland nach Bayern den Katastrophenschutz durch Gesetz umfassend regeln. Wie Innenminister Rudolf Titzck mitteilte, soll der bereits vom Kabinett beschlossene Gesetzesentwurf im August im Landtag in erster



Lesung behandelt werden. Das Inkrafttreten ist für den 1. 1. 1975 geplant.

Die Landesregierung will mit dem Gesetz die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für einen weiteren systematischen Aufbau des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein schaffen. Der Gesetzentwurf enthält unter anderem Bestimmungen über die Mitwirkung der Freiwilligen Feuerwehren und des Technischen Hilfswerkes sowie der privaten Organisationen wie DRK, ASB, MHD und JUH. Vom Gesetz sollen neue Impulse ausgehen, damit „sich noch mehr Männer und Frauen für den freiwilligen Dienst im Katastrophenschutz zur Verfügung stellen“. Die Organisationen verfügen jetzt über rd. 18 000 freiwillige Helfer, es sollen etwa 27 000 werden.

Im Entwurf ist vorgesehen, daß neben Behörden, Dienststellen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen auch Privatpersonen zu bestimmten Sach-, Werk- und Dienstleistungen herangezogen werden können. Titzck betonte, Schleswig-Holstein sei wie kein anderes Land von Katastrophen bedroht. Neben schweren Unglücksfällen seien dies vor allem Naturereignisse. So habe es im vergangenen Winter fünf schwere Sturmfluten gegeben.

Schutz für 4000 Bürger

In Vegesack, mitten im Zentrum von Bremen-Nord, fand jetzt das Richtfest für das 13-Millionen-Objekt „Tiefgarage Sedanplatz“ statt.

Der Bau der Tiefgarage, die in drei Geschossen 388 Einstellplätze bieten wird, geht auf Planungen von Anfang der 60er Jahre zurück. Während das erste und das zweite Untergeschoß nur Garagenfunktion besitzen, ist das dritte Untergeschoß als Mehrzweckanlage ausgebaut. Die Fläche der 89 Einstellplätze kann in zwei großen Räumen insgesamt 4000 Bürgern 14 Tage lang völlig unabhängig von der Außenwelt Strahlenschutz gewähren. Einige interessante Zahlen über die Errichtung des Objekts:

70 000 cbm Erdbewegung, 8000 cbm Beton, 900 t Stahl, 3500 qm Baugrubenverbau und 40 000 qm Schalung. Die Eröffnung der Tiefgarage, die mit Mitteln des Bundes als Mehrzweckanlage errichtet wurde, erfolgt im Oktober 1974.

Fahrbare ZS-Ausstellung der Österreicher

Ein Großraumwagen des Österreichischen Zivilschutzverbandes, der eine Ausstellung über die gesamte Problematik des Zivilschutzes mit sich führt und überdies die Möglichkeit einer Nonstop-Filmvorführung bietet, hat bei allen seinen Einsätzen lebhaften Zuspruch bei der Bevölkerung gefunden. Auf der Rieder Messe Anfang des Jahres besuchte Bundeskanzler Kreisky den Wagen und ließ sich durch Geschäftsführer Kraus eingehend über den Zivilschutz informieren (Bild). Der zweite Einsatz der fahrbaren Ausstellung fand bei der Stadterhebung von Traun statt. Hier besuchte eine Abordnung des Bundesheeres den Wagen. Großen Erfolg hatte der Großraumwagen auch bei seinem Einsatz auf dem Jahrmarkt in Urfahr. Diese Wanderausstellung, die nach und nach alle österreichischen

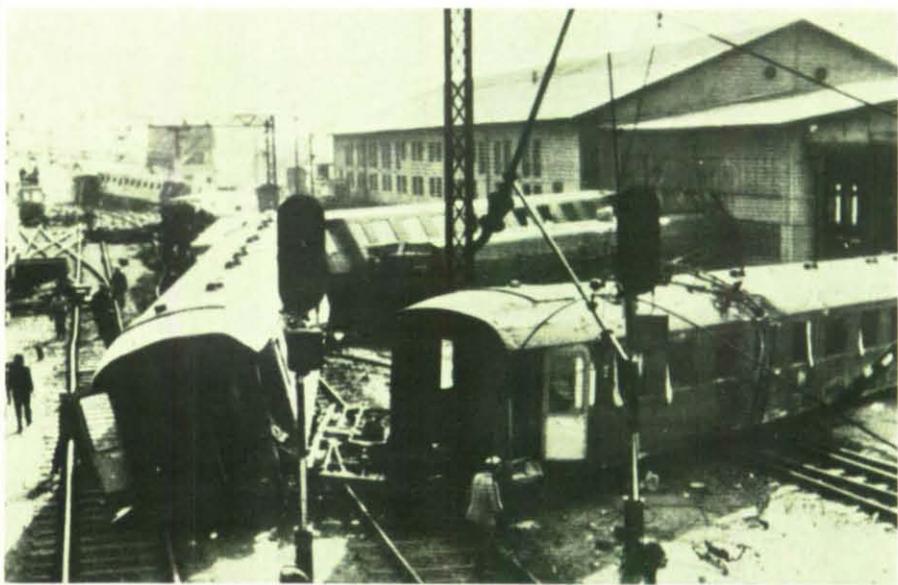


Bundesländer besuchen wird, stellt einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung über den Zivilschutz dar. Im September soll der Wagen für etwa zwei Wochen in Bayern als „Gast“ beim Bundesverband für den Selbstschutz eingesetzt werden — ein Zeichen des guten Kontaktes über die Grenzen hinweg.

Eisenbahnkatastrophe in Zagreb

Das Trümmerfeld auf dem Bahnhof der jugoslawischen Stadt Zagreb glich dem Ort eines Flugzeugabsturzes. Mit hoher Geschwindigkeit war ein Entlastungszug des Hellas-Expreß Athen-Dortmund bei der Einfahrt in den Bahnhof in einer Kurve entgleist. Alle zehn Waggons wurden aus den Schienen gerissen, mehrere von einem Oberleitungsmast aufgeschlitzt. Die Lokomotive, die nicht aus den Gleisen gesprungen war, schleifte die umgestürzten Wagen

noch mehrere hundert Meter mit sich. An der Unglücksstelle bot sich ein Bild des Grauens. Viele Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden. Mehr als 120 Menschen kamen bei der Eisenbahnkatastrophe ums Leben. Die Zahl der Verletzten wird mit mehr als 150 angegeben. Die Rettungsmannschaften konnten sich nur unter großen Schwierigkeiten durch die Trümmer zu den Verletzten in den entgleisten Waggons heranarbeiten.



Die Unglücksstelle im Bahnhof von Zagreb.

Information über
Selbstschutz

Innenminister Prof. Maihofer beim BVS in Bayreuth

Praktische Arbeit des
Verbandes dargestellt

Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer ging „vor Ort“: Wenige Monate nach seinem Amtsantritt stattete er dem Bundesverband für den Selbstschutz einen Besuch ab. Gelegenheit fand er dazu während eines Aufenthaltes in der Festspielstadt Bayreuth. Wagner-Festspiele, Besichtigung von Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes und Stippvisite bei der BVS-Dienststelle standen auf dem umfangreichen Programm des Bundesinnenministers.

Bei einem Rundgang durch die Diensträume des BVS in der Jean-Paul-Straße, in offenen Gesprächen mit Dienststellenleiter Helmut Schneider und den Mitarbeitern informierte sich



Die Ausbildungsunterlagen zum Selbstschutz-Grundlehrgang interessierten Bundesinnenminister Maihofer besonders. BVS-Dienststellenleiter Schneider gab dazu die Erläuterungen.

Prof. Maihofer eingehend über die Probleme des Selbstschutzes.

Aus der praktischen Arbeit

Dienststellenleiter Schneider stellte dem hohen Gast seine Mitarbeiter vor und berichtete dem Minister, wie der BVS seinen gesetzlichen Auftrag erfüllt und wo die Probleme in der Aufklärungs- und Ausbildungsarbeit liegen: „Es ist nicht einfach, den Bürgern die Notwendigkeit zu erklären, sich und andere vor Gefahren zu schützen und zu erlernen, Hilfe leisten zu können.“ Minister Maihofer zeigte großes Interesse an der praktischen Arbeit des Verbandes und ließ sich u. a. über die Lehrgangsarbeit informieren. Helmut Schneider berichtete, daß in seinem Dienststellenbereich der Selbstschutz-Grundlehrgang in allen Abschlußklassen der Hauptschulen erfolgreich durchgeführt werde. Die gute Zusammenarbeit mit den Schulleitern wurde dabei hervorgehoben. Minister Maihofer nahm eine Statistik

der Dienststelle entgegen, die für sich spricht: seit 1968 wurden in 150 Ausbildungsvorhaben 3600 Personen in Selbstschutzmaßnahmen unterrichtet, im gleichen Zeitraum hat die Fahrbare Ausbildungsstelle im Regierungsbezirk Oberfranken 9600 Personen ausgebildet. Bei 286 Informationsveranstaltungen konnten 15 500 Personen angesprochen werden. Die hauptamtliche Dienststelle Bayreuth unterstützt außerdem die ehrenamtlichen Dienststellen Coburg, Forchheim, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels und Wunsiedel.

Mehr „Klimawerbung“

Auf die Schwierigkeiten bei der Arbeit angesprochen, trug Dienststellenleiter Schneider Minister Maihofer vor, daß mehr „Klimawerbung“ für die Belange des Zivilschutzes allgemein gemacht werden müsse, um den Zivil- und Katastrophenschutz wie den Selbstschutz stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Außerdem gebe es Probleme bei der Informierung über den Schutzraumbau, da die Haushaltsmittel für die Bezuschussung derartiger Bauvorhaben offensichtlich nicht ausreichen. Minister Maihofer versprach, daß er die vorgebrachten Anliegen nicht vergessen werde.

Persönliche Gespräche

Trotz seines auf die Minute geplanten Besuchsprogramms in Bayreuth nahm sich der Minister auch die Zeit für persönliche Gespräche und Fragen an die Mitarbeiter des BVS. Zum Abschluß trug sich Prof. Maihofer in die „Anwesenheitsliste“ der Dienststelle ein und stieß mit den Vertretern der Dienststelle auf weitere erfolgreiche Arbeit an.



Zum Abschluß des Besuches wurde angestoßen: Minister Maihofer mit den BVS-Mitarbeitern Schneider, Weiß, Merk und Christine Hamann (von links).

Aus der Sicht einer Großstadt

KATASTROPHENSCHUTZ transparent gemacht

Die Verwirklichung des humanitären Gedankens am Beispiel der Stadt Köln

Fotos: Günter Sers

Das ZS-MAGAZIN vermittelte in seiner August-Ausgabe seinen Lesern unter dem obigen Titel einen Überblick über die Entwicklung des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Beitrag dieser Ausgabe befaßt sich mit der praktischen Aufbauarbeit, der personellen Situation, dem Stand der Ausrüstung und den spezifischen Problemen des Katastrophenschutzes einer Stadt.

Das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. Juli 1968 geht davon aus, daß es in den kreisfreien Städten und Landkreisen im Rahmen der allgemeinen Katastrophenschutzvorkehrungen Einheiten und Einrichtungen gibt, die bei Unglücksfällen und friedensmäßigen Katastrophen Hilfe leisten.

Das Gesetz erweitert diesen Auftrag, indem es diese Einheiten und Einrichtungen verpflichtet, der Bevölkerung im Verteidigungsfall hinsichtlich der besonderen Schäden und Gefahren zu helfen. Das Gesetz stellt ferner klar, daß die kreisfreien Städte und Landkreise verpflichtet sind, den für den erweiterten Auftrag benötigten personellen und materiellen Bedarf zu verstärken.

Den Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und Landkreise, die für die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes in ihrem Bereich verantwortlich sind, wurden durch das Gesetz eine Reihe von Aufgaben übertragen, die bei der Ausführung und Verwirklichung nicht ohne Probleme bleiben. Wie eine Stadt damit fertig wird, schildert das nachfolgende Interview des ZS-MAGAZIN mit dem Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Köln, Stadtverwaltungsdirektor Albert Butz.



Hochwasser in Köln. Ein solches Ereignis ruft den Katastrophenschutz der Stadt auf den Plan.

Frage: Wie ist der Katastrophenschutz in Köln aufgebaut? Wie steht es um den erweiterten Katastrophenschutz?

Antwort: Der Katastrophenschutz in Köln ist nach den Richtlinien des KatSG aufgebaut. Der friedensmäßige Teil wurde mit dem erweiterten Katastrophenschutz zusammengefaßt. Die Einheiten und Einrichtungen des früheren LSHD wurden am 1. Januar 1973 planmäßig in den erweiterten Katastrophenschutz eingegliedert. Nach § 1.1 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes nehmen die Einheiten und Einrichtungen ihre Aufgaben auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen. Sie werden zu diesem Zwecke verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgerüstet und ausgebildet.

In Köln setzen sich die Einheiten des friedensmäßigen Katastrophenschutzes aus den örtlichen und öffentlichen Hilfseinrichtungen und den Katastrophenschutzstellen der Hilfsorganisationen zusammen. Der erweiterte Teil des Katastrophenschutzes besteht ausschließlich aus taktisch gegliederten und geführten Einheiten sowie aus den örtlichen stationären Katastrophenschutz-einrichtungen. Hierbei sind beteiligt: THW im Bergungs- und Instandsetzungsdienst, Freiwillige Feuerwehr im Brandschutzdienst, ASB, DRK, JUH und MHD im Sanitäts- und Betreuungsdienst. Außerdem hat die Stadt Köln Regieeinheiten in den Fachdiensten ABC-Schutz, Fernmelde- und Veterinärdienst sowie stationäre Versorgungseinrichtungen aufgebaut. Durch das Konzept des Bundes zur Neugliederung des Katastrophenschutzes ist auf Dauer eine Verstärkung und Verbesserung der geforderten Einsatzpräsenz zu erwarten. Die Verbesserung liegt darin, daß ein einheitlicher Katastrophenschutz besteht, der auf die besondere Gefährdungslage der Stadt Köln als Oberzentrum und rheinische Metropole und somit auf die Besonderheiten als Bevölkerungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsballungsraum ausgerichtet ist. Die Stärke liegt in der kompakten Katastrophenschutzorganisation mit permanent schwerpunktmäßigen Einsatzmöglichkeiten.

Bei der in den letzten Jahren zu beobachtenden unzureichenden finanziellen Ausstattung für den weiteren Aufbau des Katastrophenschutzes in Stadt und Land war die Konzeption des Bundes richtig, zunächst die finanziellen Möglich-



Für die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes, dessen Einheiten und Einrichtungen bei Unglücksfällen und Katastrophen Hilfe leisten, sind jeweils die Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und Landkreise verantwortlich.

keiten für Ausbildung, Ausstattung und Unterbringung des Katastrophenschutzes den örtlichen Katastrophenschutzdiensten zukommen zu lassen.

Frage: Wie ist die derzeitige personelle Situation? Wo liegen die Schwierigkeiten bei der Besetzung bestimmter Positionen?

Antwort: In Köln sind z. Z. 2 300 Helfer tatsächlich vorhanden und ausgebildet. Die nach § 8.1 KatSG für eine unbestimmte Dienstzeit verpflichteten Helfer stellen etwa 40 Prozent und die nach § 8.2 KatSG für eine mindestens zehnjährige Mitarbeit verpflichteten Helfer ca. 60 Prozent des gesamten Helferbestandes. Die nach § 8.1 KatSG verpflichteten Helfer können praktisch zu jeder Zeit ihre Mitarbeit im Katastrophenschutz einstellen. Aus diesem Grunde besteht in den Gemeinden großes Interesse für Helfer gemäß § 8.2 KatSG, deren langfristiges Mitwirken im Katastrophenschutz mit der Rechtswirksamkeit der Freistellung vom Wehrdienst verbunden ist. Die Zahl dieser Helfer nimmt ständig zu. Sie hat aber ihre Grenze in den Höchstzahlen, die zwischen dem Bundesminister des Innern und dem für Verteidigung vereinbart worden sind. Für die Jahrgänge 1952 bis 1956 beträgt die Höchstzahl jeweils 17 000 für das gesamte Bundesgebiet. Der weitere planmäßige Aufbau der örtlichen Katastrophenschutzdienste wird davon abhängen, daß die Höchstzahlen flexibel gehalten und zugunsten des Katastrophenschutzes in den nächsten Jahren geändert werden.

Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß bei ungedienten Wehrpflichtigen aus bestimmten Berufsgruppen — z. B. Feinmechaniker, Elektrogerätebauer, Vermessungstechniker, Bandagisten, Schneider und Schuhmacher — die Zustimmung zur Verpflichtung im Katastrophenschutz nicht erfolgen kann. Weiterhin, daß für ungediente Wehrpflichtige aus anderen Berufen — z. B. Elektroinstallateure und -monteure, Kfz- und Fernmeldemechaniker, Werkzeugmacher und Krankenpfleger — die Zustimmung nur bis zu 25 Prozent der Höchstzahlen für jede kreisfreie Stadt, bzw. jeden Kreis, erteilt werden darf. Diese Schwierigkeiten müssen durch Neuregelungen abgebaut werden, denn auch im Katastrophenschutz wird für die ausschließlich technisierten Fachdienste Fachpersonal in ausreichendem Umfang aus den verschiedenen Berufen benötigt.

Frage: Über welche Einsatzeinheiten verfügt Köln? Welche Basisorganisationen stellen die Einheiten?

Antwort: Im Einvernehmen mit dem Land Nordrhein-Westfalen wurde in Köln die taktische Gliederung „Bereitschaft“ beibehalten, weil dies im großstädtischen Raum aus einsatztaktischen Gründen sowie zur Führung des Ausbildungs- und inneren Dienstes von Nutzen ist. Es bestehen insgesamt 14 Bereitschaften mit 51 Einsatzzügen, dazu 5 selbständige Fernmeldezüge. Außerdem sind 7 Führungsgruppen, 2 Erkundungstrupps, 1 ABC-Melde- und Auswertungsstelle, 2 Beob-

achtungs- und Meßstellen in der 1. Verstärkungsstufe vorhanden. In der 2. Verstärkungsstufe gibt es eine Führungsgruppe TEL sowie vier Abschnittsführungsstellen.

Vier Brandschutzbereitschaften mit zwölf Einsatzzügen werden z. Z. umstrukturiert. Sie sind personell vollständig aufgestellt und materiell befriedigend ausgerüstet. Die Unterkünfte für Ausbildung und Materialerhaltung befinden sich in den Stadtrandgebieten, direkt in den Wohnvierteln der Helfer, so daß diese Brandschutzeinheiten auch friedensmäßig als Ergänzung der Berufsfeuerwehr schwerpunktmäßig und nach einsatztaktischen Grundsätzen eingesetzt werden können.

ASB, DRK, JUH und MHD stellen je eine Sanitätsbereitschaft mit insgesamt zwölf Sanitätszügen. Im Sanitätsdienst wie auch im Brandschutzdienst sind mehr ausgebildete Katastrophenschutz Helfer vorhanden, als in der 1. Stufe der Verstärkung durch das Land zugestanden wurden. Die Sanitätszüge werden nach neuen STAN-Richtlinien umgegliedert. Danach soll jede Bereitschaft aus zwei Sanitätszügen, einem Krankentransportzug und einem Verbandplatzzug zusammengesetzt werden. Darüber hinaus bestehen vier regionale Sanitätszüge, die vom Land Nordrhein-Westfalen ausgerüstet und unterhalten werden. Personell wurden sie vom ASB, DRK, von der JUH und dem MHD aufgestellt. Im Sanitätsdienst ist die Zuweisung der Fachdienstausrüstung noch unbefriedigend. Ferner fehlen auch weitgehend Einsatzfahrzeuge.

Im ABC-Dienst sind drei Bereitschaften mit sechs Einsatzzügen aufgestellt. Es handelt sich um nicht an Organisationen gebundene Helfer, die in Regieeinheiten zusammengefaßt sind. Alle Helfer sind ausgebildet, jedoch sind Fachdienstausrüstung und Einsatzfahrzeuge nur zur Hälfte vorhanden.

Augenblicklich werden in Köln in Absprache mit den zuständigen Bundes- und Landesdienststellen im ABC-Dienst neue Fahrzeugtypen erprobt. Es handelt sich um den VW 181 — ein Erkundungsfahrzeug für den ABC-Dienst — und ein 12,5-t-Dekontaminierungsmehrzweckfahrzeug. Beide Prototypen sollen nach der Erprobung im ABC-Dienst eingeführt werden. Die 3. ABC-Bereitschaft mit ca. 100 Helfern wird in der 2. Stufe der Verstärkung geführt, so daß für die Unterhaltung dieser Bereitschaft praktisch die

finanziellen Mittel fehlen. Sie muß aus den Jahresbeträgen der 1. und 2. ABC-Bereitschaft mitgetragen werden.

Im Bergungsdienst verfügt Köln über drei Bereitschaften mit acht Einsatzzügen. Die freiwilligen Helfer stellt das THW. Außerdem unterhält das THW im Katastrophenschutz noch einen Instandsetzungszug und einen Wasserzug mit Tauchertrupps und Pontongruppen. Die Ausrüstung der Bergungszüge ist komplett. Der Gerätepark des Bergungsdienstes ist auf drei Stützpunkte im Stadtgebiet verteilt.

Für das Befehlsstellensystem, bestehend aus einer Verwaltungsbefehlsstelle des Hauptverwaltungsbeamten und vier Abschnittsführungsstellen, sind Fernmeldezüge personell aufgestellt und ausgebildet. Die Fachdienstausstattung ist im Zusammenwirken zwischen Bund, Land und der Stadt Köln weitgehend beschafft worden. Nach dem Stärkeerlaß des Landes Nordrhein-Westfalen bleiben sie vorerst bestehen, aber nur auf dem Stand der neuen STAN-Entwürfe des Bundes gehalten. Das ist bedauerlich, weil mit dem Personal- und Ausstattungsbestand der neuen Fernmeldezentralen HVB und Abschnitt — nach den Erfahrungen der Großstädte — die Führungsstellen nicht mehr ausreichend fernmeldeführungstechnisch bedient werden können. Das wird die Führungsmaßnahmen erschweren und den Informationsfluß in den Befehlsstellen erheblich behindern. Die Städte und

Gemeinden haben daher über den Deutschen Städtetag die vordringliche Forderung erhoben, daß der Bund es bei der personellen Aufstellung und materiellen Ausstattung der Fernmeldezüge mit je 48 Helfern auch in den kreisfreien Städten belassen möge.

Bei den Fachdiensten Brandschutz, Sanitätswesen, Bergung und ABC-Schutz besteht je ein Versorgungszug. Diese Züge sind personell komplett. Mit Ausnahme weniger Funktionen sind die Helfer fertig ausgebildet, aber nur unzureichend ausgerüstet. Diese Versorgungszüge sollen künftig wegfallen.

Frage: Fahrzeuge und Geräte bedürfen der ständigen Pflege und Wartung. Ist hierfür in entsprechender Weise Sorge getragen?

Antwort: Das neue Konzept des Bundes für den Aufbau des Versorgungsdienstes kommt nicht den Interessen der Städte und Gemeinden entgegen. Der beabsichtigte Neuaufbau von mobilen Materialerhaltungs-, Verbrauchsgüter- und Betriebsstofftrupps kann die in den Städten vorhandenen Materialerhaltungseinrichtungen nicht ersetzen. Für die umfangreiche, zudem noch überalterte bundeseigene Ausstattung des Katastrophenschutzes sind in den kreisfreien Städten unbedingt hauptamtliche Spezialkräfte erforderlich, die anfallende Reparaturen und Prüfungen der Materialerhaltungsstufen 2 und 3 selbständig ausführen können. Mit freiwilligen Helfern in Material-



Der Katastrophenschutz in Köln wurde nach den Richtlinien des Katastrophenschutzgesetzes aufgebaut. Dadurch wurde die Zusammenfassung des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes erreicht. Foto: Überflutetes Rheinufer

erhaltungstrupps, die nur stundenweise zur Verfügung stehen, lassen sich die Aufgaben der Materialerhaltung nicht bewältigen, zumal das benötigte Fachpersonal im erforderlichen Umfang aus dem freiwilligen Helferbestand nicht gewonnen werden kann. Für die vorgesehenen mobilen Materialerhaltungstrupps stehen weder Fahrzeuge noch die Ausstattung zur Verfügung und eine baldige Beschaffung durch den Bund ist nicht zu erwarten.

Es ist erforderlich, daß die in den Städten bereits eingerichteten Instandsetzungsplätze in sinnvoller Anwendung der Nr. 8b der KatS-Ausstattungs-Vwv auf Bundeskosten weiterbetrieben werden. Bei dem großen Fahrzeugbestand in den kreisfreien Städten wäre es unwirtschaftlich, auf die allgemein weit entfernten und voll ausgelasteten Landeszentralwerkstätten zu verweisen.

In Köln besteht ein intakter und funktionsfähiger Instandsetzungsplatz, bestehend aus einer Kfz-Werkstatt, einem Atemschutzgeräteprüfraum, Batterieladeräumen, Kfz-Waschplätzen, Wagenhebebühne, Rollbremsprüfstand, Fernmeldewerkstatt und einer Schreinerei. Beschäftigt sind dort ein Kfz-Meister, ein Gerätemeister, drei Kraftfahrer (zugleich Lagerarbeiter), fünf Kfz-Mechaniker, ein Schreiner und ein Fernmeldemechaniker.

Der Instandsetzungsplatz ist wirtschaftlich, da die Inanspruchnahme von Privatfirmen für Reparaturen überflüssig geworden ist. Vergleichsberechnungen der vergangenen Jahre haben ergeben, daß die Kosten für die benötigte Ausstattung und die Besetzung mit hauptamtlichem Personal sich in überschaubarer Zeit amortisieren.

Bei den im Katastrophenschutz mitwirkenden Sanitätsorganisationen bestehen drei Betreuungszüge, deren Unterhaltung in der 1. Stufe der Verstärkung bisher nicht erreicht werden konnte. Eine Erweiterung des Betreuungsfachdienstes ist z. Z. nicht vordringlich vorgesehen, weil jederzeit die Möglichkeit besteht, Personal und Betreuungseinrichtungen durch die karitativen Verbände und die örtliche Sozial- und Gesundheitsverwaltung ergänzend heranzuziehen. Im Veterinärfachdienst ist ein Zug im Aufbau, der sich aus Veterinärgehilfen, Metzgern, Köchen und Angehörigen ähnlicher Berufsgruppen unter Leitung eines beamteten Veterinärarztes zusammensetzt.

Frage: Was wird auf dem Gebiet der Helferausbildung getan?



Gemeinschaftsübung verschiedener Fachdienste der Stadt Köln. Das Katastrophenschutzgesetz läßt die organisatorische Integrität der Einheiten und Einrichtungen der einzelnen Hilfsorganisationen unberührt.

Antwort: Alle Bereitschaften und Züge werden durch qualifizierte Führer und Unterführer geführt. Die zugeteilten Ausbildungsplätze an Bundes- und Landesschulen werden für die besondere Ausbildung ausgenutzt. Dabei hat sich gezeigt, daß das Volumen dieser Schulen noch erweitert werden muß. Die für mindestens zehn Jahre zur Mitarbeit im Katastrophenschutz verpflichteten Helfer besuchen einmal jährlich einen Lehrgang auf Bundes- und Landesschulen — soweit Ausbildungsplätze angeboten werden. Außerdem wird am Standort in Köln ebenfalls eine intensive Ausbildung betrieben. Es werden ständig Lehrgänge in der Grundausbildung, für die ABC- und Fernmeldeausbildung aller Fachdienste, Führerscheinlehrgänge der Klasse II mit Fahrgastbeförderung und Lehrgänge für Helfer in besonderen Funktionen veranstaltet.

Frage: Wie werden Sie von Bund und Land unterstützt?

Antwort: Der kontinuierliche Aufbau des Katastrophenschutzes wurde in der Vergangenheit mehrfach beeinflusst durch die Konzeptänderungen des Bundes und der dadurch nicht zu Ende geführten Aufbauphasen. Die unzureichenden Haushaltsmittel für den Verstärkungsteil des Katastrophenschutzes haben in den letzten Jahren bei gleichzeitiger Geldentwertung und Kostenexplosion Ausbildung und Ausstattung beeinträchtigt. Dies trifft besonders für die Einsatzfahrzeuge zu, die generell überaltert und trotz intensiver

Pflege und Wartung nicht mehr voll den Ansprüchen genügen. Auf die Dauer ist die Ausbildung und Einsatzpräsenz nur dann auf dem geforderten Niveau zu halten, wenn Fachausstattung, Fahrzeuge und Unterkünfte in ausreichendem Umfang vorhanden sind. Das Konzept des Bundes und der Länder über den weiteren Aufbau des Katastrophenschutzes ab 1. Januar 1973 nach Eingliederung des LSHD, war verbunden mit einer zunächst spürbaren Einschränkung der Haushalts- und Betriebsmittel. In Köln wie auch in anderen vergleichbaren Städten mit fortgeschrittenem Aufbaustand führte dies zu einer vorübergehenden Einengung des Dienstbetriebes. Es ist an der Zeit, daß die als Probezeit bezeichneten Jahre 1973 und 1974 haushalts- und ausstattungsmäßig überwunden werden, damit der umfangreiche Helferbestand erhalten und die wertvolle Fachdienstausstattung des Katastrophenschutzes einsatzpräsenz gehalten werden können. Hierzu ist dringend notwendig, daß die zu erwirtschaftenden Jahresbeträge auch in den Fachdiensten Brandschutz und Sanitätswesen von 27,— bzw. 46,— DM je Helfer spürbar erhöht werden, damit Ausbildung und Übungseinsätze verstärkt ausgeführt werden können, der Mehraufwand für Mehrleistung der Helfer ausgeglichen werden kann, und alle Maßnahmen der Instandhaltung der Materialerhaltungsstufe I in den Unterkünften der Einheiten, die auch noch verbessert werden müssen, ohne



Massenanfall von „Verletzten“ bei einer Übung. Für die Wahrnehmung der Aufgaben im Verteidigungsfall erhalten die Einheiten zusätzliche Ausbildung und Ausrüstung. Ihre Verstärkung und Ergänzung gibt ihnen eine angemessene Grundlage.

Einschränkung getroffen werden können. Die inzwischen erfolgte Erhöhung der Jahresbeträge der anderen Fachdienste auf pro Kopf 102,— DM plus 12,— DM zur Unterhaltung der Einheiten ist ein erstes Zeichen für die notwendige Verbesserung des Aufbaustandes der Katastrophenschutzorganisation in Stadt und Land.

Frage: Welches Gebiet umfaßt Ihre Dienststelle?

Antwort: Das Gebiet des Stadtkreises Köln umfaßt z. Z. 840 000 Einwohner und eine Fläche von rund 25 138 Hektar. Am 1. Januar 1975 tritt nach Einbringung des Köln-Gesetzes die kommunale Neugliederung in Kraft, die eine erhebliche Vergrößerung des Stadtgebietes zur Folge hat. Die Planungen des Zivilschutzamtes der Stadt Köln für die Neugliederung des Katastrophenschutzes werden bereits jetzt danach ausgerichtet.

Frage: Ist der Personalbedarf für den Katastrophenschutz gesichert?

Antwort: Obwohl das Katastrophenschutz-Helfersoll ein Prozent der Bevölkerung beträgt, das sind für Köln 8 400 Helfer, glaube ich, daß 0,5 Prozent — für Köln also 4 000 Helfer — ausreichen, allerdings bei kompletter Ausstattung, Katastrophenhilfen mannigfacher Art zu leisten. Die Fluktuation des Helferbestandes beträgt in Köln jährlich fünf Prozent. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies nach 1976 ändern wird, wenn die ersten für zehn Jahre zur Mitarbeit im Katastrophenschutz verpflichteten Helfer ihre Dienstzeit

absolviert haben. Die Stadt Köln hat Vorsorge getroffen, daß alle im Katastrophenschutz tätig gewordenen Führer, Unterführer und Helfer in einer Kartei als Helfer-Reserve erfaßt sind, so daß sie bei entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen im Not- und Katastrophenfall wieder herangezogen werden können. Für den Einsatz des Katastrophenschutzes im Spannungs- und Verteidigungsfall sind andere Maßstäbe erforderlich. Dann gilt es, die Beorderung der Helfer für einen längeren Zeitraum sicherzustellen. Hierzu müssen Voraussetzungen für die dauernde Freistellung aus den Berufen, für die Unterbringung und Versorgung unter einsatzmäßigen Bedingungen und die Unterhaltssicherung der Helfer und ihrer Familien vorausschauend geregelt werden. Ferner müssen auch Alarmunterkünfte, verlegt aus den Stadtkernen, im Rahmen einsatztaktischer Grundsätze mit ständigen Bereitschafts- und Einsatzdiensten bereitgestellt werden. Schließlich muß eine Versorgungsbasis unter Inanspruchnahme von Teilkapazitäten der Wirtschaft geplant werden, unter Anwendung sonstiger Mittel zur Sicherstellung der Versorgung, wie Arbeitsleistungen, Material, Personal, Bedarfsberechnungen, Beschaffung und Verteilung.

Frage: Katastrophenschutz ist auch eine Führungsaufgabe. Über welchen Stab und welche Führungskräfte verfügt die Stadt?

Antwort: Gemäß den Bestimmungen der Richtlinien für die Katastrophenschutz im Land Nordrhein-Westfalen ist der Hauptverwaltungsbeamte (HVB) der Leiter der Katastrophenschutzabwehr. In der Katastrophenschutzabwehr (KAL) wirken Führungskräfte und Fachleute mit. Gemäß § 7.3 KatSG hat der HVB einen Beraterstab gebildet, der sich aus Führungskräften der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen zusammensetzt. Entsprechend der Planung des Landes Nordrhein-Westfalen ist in Köln die Befehlsstellenorganisation aufgebaut worden:

- a) für friedensmäßige Katastrophen durch Bildung der KAL,
- b) für den Verteidigungsfall durch Einrichtung der Befehlsstelle des HVB mit unterstellten vier Abschnittsführungsstellen.

Der Aufbau dieser Führungsstellen wird friedensmäßig vorbereitet und überprüft. Die Befehlsstelle und die KAL des HVB sind voll funktionsfähig, personell zusammengesetzt und ausgestattet. Hieran haben sich Bund, Land und die Stadt Köln gemeinsam beteiligt. Durch Bildung beweglicher Führungsgruppen können technische Einsatzleitungen in den jeweiligen Schadensgebieten eingesetzt werden. Für alle Fachdienste sind sachverständige Fachdienstleiter ernannt, die den technischen Einsatz ihrer Fachdienste leiten. Sie sind als Führungskräfte in der KAL sowie in der Befehlsstelle des HVB zusammen mit den Stabsmitgliedern gem. § 7.3 KatSG integriert.

Frage: Wie wird die Alarmierung gewährleistet? Welche Zeit würde für die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Einheiten benötigt?

Antwort: Die Alarmierung und der Einsatz der Einheiten ist bei einer Katastrophe im Frieden von der Wirksamkeit der bestehenden und ständig überprüften Alarmpläne, aber auch von der schnellen Verfügbarkeit der im Arbeitsprozeß befindlichen Helfer abhängig. Die Stadt Köln führt jedes Jahr Alarmübungen durch. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß unter friedensmäßigen Bedingungen an Betracht der Tatsache, daß alle Helfer im Berufsleben stehen, ca. sechs Stunden benötigt werden, ehe eine Einheit mit Personal und Gerät komplett verfügbar ist. Bereits zwei Stunden nach Auslösen des Alarms ist die Einsatzbereitschaft zu 20 bis 30 und nach vier Stunden zu 50 bis 70 Prozent erprobt. Bei Alarmeinsätzen außerhalb der normalen Arbeitszeiten und an Wochenenden verkürzen sich die Alarmierungszeiten der Helfer wesentlich.



Die nach § 8.1 KatSG für eine unbestimmte Dienstzeit verpflichteten Helfer stellen in Köln etwa 40 Prozent und die nach § 8.2 KatSG für eine mindestens zehnjährige Mitarbeit verpflichteten Helfer ca. 60 Prozent des gesamten Helferbestandes.

Frage: Ist die Ausrüstung der K-Einheiten nach Ihrer Meinung zufriedenstellend?

Antwort: Die Einrichtungen und Einheiten des Katastrophenschutzes erfüllen ihre Aufgaben im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes, aber auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden, die in einem Verteidigungsfall drohen. Sie sollen zu diesem Zweck verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgebildet und ausgerüstet werden. Die Ergänzung bedeutet, daß vorhandene und friedensmäßig ausgestattete Einheiten noch zusätzlich eine besondere Ausstattung erhalten. Die Verstärkung bedeutet, daß neue Einheiten aufgestellt und ausgestattet werden müssen. Für den Verstärkungsteil sind in erster Linie die Helfer zu verwenden, die bereits über eine persönliche Ausstattung und die friedensmäßige Ausbildung verfügen. Das bezieht sich insbesondere auf den eingeordneten LSHD. Damit stelle ich dar, daß für die Ausstattung des Verstärkungsteils der Bund zuständig ist. Die Fachdienste Brandschutz und Bergung sind mit Personal und Geräten gut, wenn auch nicht komplett ausgestattet. Der Fernmeldedienst ist in den Städten nicht so ausgestattet, daß er eigenständig mobil und beweglich ist. Dagegen ist seine Ausstattung mit Funk- und Fernsprengeräten befriedigend. Der ABC-Dienst verfügt nur über einen Teil der Ausstattung, obwohl

dieser Dienst auch bei Katastrophen im Frieden und Unglücksfällen wirksam eingesetzt werden kann. Ich denke hier an Dekontaminierungsaufgaben und andere.

Im Sanitätsdienst ist die Fachdienstausrüstung teilweise vorhanden. Es fehlen bei diesem Dienst wie auch beim Fernmeldedienst Einsatzfahrzeuge. Für alle Fachdienste gilt, daß über 50 Prozent der Fahrzeuge 12 und mehr Jahre alt sind und nur geringe Anteile (zwei bis drei Prozent) vom Bund neuwertig geliefert wurden.

Die Ausstattung der ehemaligen LSHD-Einheiten ist nicht homogen zu Ende geführt worden. Es ist deshalb der dringende Wunsch der Städte, daß der Bund aufgrund der unbefriedigenden Ausrüstungslage mit Priorität die bereits bestehenden Einheiten komplett ausstattet, ehe weitere Einheiten aufgestellt werden. Außerdem muß sichergestellt werden, daß die zur Aussonderung anstehenden Geräte und Fahrzeuge durch moderne Ausführungen ersetzt werden können. Über die Zusammensetzung der Fachdienstausrüstung sind im allgemeinen keine Einwände zu machen, jedoch erst die Komplettierung der Ausstattung erlaubt Übungen und Einsätze von Einheiten und Fachdiensten auf örtlicher Basis und die Erprobung der Zusammenarbeit verschiedener Fachdienste. Die Ausbildung, und damit die Verbesserung der Einsatzpräsenz, kann ohne Ausstattung nicht durch-

geführt werden. Es ist erforderlich, daß neben der Einzelausbildung auch eine Verbandsausbildung auf Standortebene und daran anschließend auch Übungen oberhalb der Standortebene möglich gemacht werden. Die Jahresbeträge erlauben jedoch z. Z. keine größeren Ausbildungsvorhaben. Das ist bedauerlich, denn die Ausbildung des Helfers nach der Einzel- und Funktionsausbildung findet ihre Fortsetzung in der Verbandsausbildung und in Übungen gemischter Einheiten und Fachdienste. Nur dadurch wird die örtliche Führung in die Lage versetzt, die Schadensbekämpfung im Rahmen der Ausbildungsrichtlinien aller Fachdienste zu erproben und zu verbessern. Ein weiteres Kriterium ist dadurch entstanden, daß der Bund sich finanziell zu entlasten versucht, indem er einen möglichst großen Teil der Ausbildung als Friedensausbildung deklariert und die teuren Fahrzeuge und Spezialgeräte als Friedensausstattung in den neuen STAN-Richtlinien ausweist. Dies bedeutet, daß die Städte als Träger der Feuerwehren dafür aufkommen müssen, bzw. daß die Katastrophenschutzorganisationen des Sanitätsdienstes erhebliche Zuschüsse auch von den Städten für das Mitwirken im Katastrophenschutz erwarten und fordern, neben den bereits gewährten Dotationen des Landes.

Frage: Was haben Sie im Katastrophenschutz zu beanstanden?

Antwort: Das Konzept für Aufbau und Unterhaltung eines gemeinsamen und einheitlichen Katastrophenschutzes ist gut, aber nur durchsetzbar, wenn Bund und Länder die Städte und Gemeinden, bei denen die Hauptlast und Verantwortung liegen, ausreichend unterstützen. Diese Unterstützung bezieht sich nicht nur auf den finanziellen Rahmen, sondern auch auf flankierende Maßnahmen, die es erlauben, die Aufgabe praktikabel und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszuführen. Die Städte und Gemeinden haben in der Vergangenheit gezeigt, daß sie willens sind, an dieser Aufgabe verantwortlich mitzuwirken. Es wäre wünschenswert, daß die vielen Initiativen, die von Städten, Kreisen und Gemeinden über die kommunalen Spitzenverbände entwickelt und vorgebracht worden sind, durch Bund und Länder größere Beachtung finden. Es muß auch berücksichtigt werden, daß z. B. die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen nicht das Personal in der Verwaltung

haben, um die Flut anfallender Verwaltungsbestimmungen zum KatSG zu bewältigen. Die Erfahrungen bei Übungen und Einsätzen haben gezeigt, daß ein ausreichender Helferwille vorhanden ist, um die dem Katastrophenschutz gestellten Aufgaben zu meistern. Das setzt Anerkennung der Helfer und ein einheitliches Helferrecht voraus. Die derzeitige Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer gem. § 9.1 KatSG, die auf den Vorschriften der Katastrophenschutzorganisationen und, wo solche fehlen, subsidiär auf den Vorschriften der Freiwilligen Feuerwehren basieren, ist nicht geeignet, das Mitwirken aller Katastrophenschutz Helfer unter einheitlichen Gesichtspunkten zu bewirken. Die jetzt zugrunde liegenden Vorschriften sind von Land zu Land und von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Es besteht ein erhebliches Interesse daran, daß die Helfer, gleichgültig welcher Organisation oder Einheit sie angehören, nach einheitlichen Vorschriften behandelt und auch finanziell abgefunden werden. Führer, Unterführer und Helfer in besonderen Funktionen leisten im Katastrophenschutz oftmals Mehrarbeit, wofür ein Mehraufwand entsteht. Ich plädiere für die Wiedereinführung der im LSHD gehandhabten und bestens bewährten Pauschalabfindung für den Mehraufwand der Helfer. Die Pauschalabfindung ist zur Vermeidung eines sehr erheblichen Verwaltungsaufwandes und im Hin-

blick darauf, daß den Katastrophenschutzorganisationen hierfür nicht genügend Verwaltungskräfte zur Verfügung stehen, notwendig. Zu bemerken dazu wäre, daß der Bund mit dem THW weiterhin pauschal abrechnet. Die Erfahrungen der Städte haben ergeben, daß die für das THW festgesetzten Pauschalen eine vernünftige, den Realitäten entsprechende Basis darstellen, Mehrleistungen und Mehraufwand in allen Organisationen und Einheiten einheitlich abzugelten. Diese Sätze liegen unter denen, die früher dem LSHD vergütet wurden. Durch das z. Z. unterschiedliche Helferrecht ist in den Organisationen und Regieeinheiten eine Unruhe aufgetreten, die bis heute nicht beseitigt werden konnte. Die Folge war, daß verdiente Führer und Unterführer ihre Mitarbeit eingestellt haben oder keine Führungsaufgaben mehr übernehmen wollen.

Zur Verbesserung der Situation im Katastrophenschutz wird vorgeschlagen:

- baldige Komplettierung der Ausstattung der bestehenden Katastrophenschutz Einheiten in der 1. und 2. Verstärkungsstufe;
- Aussonderung alter und Zuweisung neuer Einsatzfahrzeuge in einem mittelfristigen, auf fünf Jahre beschränkten Beschaffungsprogramm;
- Eindämmung und Vereinfachung der Vielzahl der erlassenen Ver-

waltungsvorschriften des Bundes zum KatSG;

■ mehr Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Städte und Kreise in den neuen STAN-Richtlinien sowie Schaffung von Anschluß-STAN, die ein nahtloses Übergreifen der Zuständigkeiten von Bund, Land und Gemeinden erlaubt.

■ Intensivausbildung und ein größeres Volumen an Lehrgangsplätzen an Bundes- und Landesschulen für die nach § 8.2 KatSG verpflichteten Helfer. Die zielgerichtete Ausbildung soll die Erlangung von Fachkenntnissen und besonderen Fähigkeiten erlauben, daß aus diesem Personenkreis sich der künftige Führer- und Unterführernachwuchs entwickeln wird.

■ Schaffung von besonderen Übungsplätzen für den Katastrophenschutz, die gemeinsam von mehreren Städten und Kreisen benutzt werden können.

■ Größere Initiativen für den weiteren Aufbau des Behördenselbstschutzes und des Betriebsselbstschutzes, der mit dem Aufbau der Einsatzverbände des Katastrophenschutzes Hand in Hand gehen muß.

■ Eine einmalige, aber kräftige Finanzspritze für die Neubeschaffungen von Einsatzfahrzeugen und Komplettierung der fachdienstbezogenen Ausstattung durch den Bund, die nicht nur dem Katastrophenschutz dient, sondern bei der labilen



Die Hilfsorganisationen ASB, DRK, JUH und MHD stellen in Köln je eine Sanitätsbereitschaft mit insgesamt 12 Sanitätszügen. Eine Bereitschaft setzt sich aus einer Führungsgruppe und mehreren Zügen zusammen.



Stadtverwaltungsdirektor Albert Butz (rechts), Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Köln, gab der Redaktion des ZS-MAGAZIN in einem Interview einen Überblick über den Stand des Katastrophenschutzes und machte auch Vorschläge zu seiner Verbesserung.

wirtschaftlichen Situation auch als Stabilitätsmaßnahme für die Wirtschaft wirken kann.

Frage: Welchen Wert besitzt nach Ihrer Meinung die Nachbarschaftshilfe? Ist sie durch regionale Verbände regulierbar?

Antwort: Die Nachbarschaftshilfe ist an sich eine Selbstverständlichkeit. Sie wird besonders nach den Feuerschutzgesetzen der Länder praktiziert. Sie ist aber auch für den Einsatz von Katastrophenschutz-einheiten in einem gewissen Umfang möglich. Allerdings ist der Helfer im Katastrophenschutz primär darauf eingestellt, daß er in dem Gebiet, das er zum Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen gemacht hat, zur Katastrophenabwehr eingesetzt und gebraucht wird. Deshalb, und um regionale Einsatzreserven zur Verfügung zu haben, kann auf Dauer auf die Aufstellung eines gewissen Kontingentes von regionalen Einsatz-

verbänden nicht verzichtet werden. Die Zurücknahme der Aufstellung des Zivilschutzkorps lag im Interesse der Gemeinden, denn bei der fehlenden Finanzkraft des Bundes konnten nicht gleichzeitig örtliche und über-regionale Katastrophenschutz-einheiten aufgestellt werden. Die Priorität mußte bei der Aufstellung der örtlichen Katastrophenschutz-einheiten und -einrichtungen liegen, damit sie unmittelbar dort zur Verfügung stehen, wo Schadensstellen und Schadensereignisse auftreten können.

Frage: Halten Sie den Aufbau von Katastrophenschutzzentren für wertvoll?

Antwort: Die Stadt Köln hat mit effektiver Unterstützung des Bundes ein Katastrophenschutzzentrum erhalten, das gemeinsam geplant und konzipiert wurde. Hier werden schwerpunktmäßig nach den zivilschutztaktischen Grundsätzen des Bundes örtliche Einheiten der verschiedensten Fachdienste sowie

die stationären örtlichen Versorgungs- und Instandsetzungseinrichtungen bereitgehalten. Hier werden zentral die örtlichen logistischen Maßnahmen für den gesamten Katastrophenschutz gesteuert. Die Zusammenfassung mehrerer Einheiten und der Versorgungsdienste in einem Katastrophenschutzzentrum erlaubt die Führung und Unterhaltung der Einheiten und Einrichtungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, zumal auf kostspielige Mietobjekte verzichtet werden konnte. In Köln werden dadurch jährlich 248 000 DM an Mieten eingespart. Eine weitere positive, weil auch wirtschaftliche Lösung, ist die Zusammenfassung. Die kurzen Wege für die Helfer und das instandzuhaltende Material erleichtern Ausbildung und Dienstgestaltung. Der Errichtung des Katastrophenschutz-zentrums kommt besondere Bedeutung in Kreisen und mittelgroßen Städten zu. In Großstädten mit erheblicher Flächenausdehnung ist die Zentralisierung auf nur einen Stützpunkt wegen der besonderen Gefährdungslage und der weiten Wege nicht unbedingt von Vorteil. Es ist daher zu empfehlen, in den Großstädten die Katastrophenschutz-zentren auf der Basis der KS-Abschnitte zu planen, um damit eine Dezentralisierung auf einzelne Stadt-bereiche zu erreichen.

Durch die volle Ausnutzung der Instandsetzungskapazitäten im Katastrophenschutzzentrum können alle Aufgaben der Materialhaltung selbständig durchgeführt werden und die Vergabe von Fremdaufträgen an Firmen der gewerblichen Wirtschaft entfällt — erhebliche Mehrkosten werden vermieden. Hinzu kommt, daß sich die finanziellen Aufwendungen für die örtlichen Instandsetzungsplätze in den Städten schon in wenigen Jahren amortisieren. Der vom Bund geplante Aufbau mobiler Materialerhaltungstrupps hat nur in einem Verteidigungsfall größeren Nutzwert. Die Unterhaltung in Friedenszeiten setzt große Investitionen für Werkstattwagen und Fachausrüstung sowie das Vorhandensein von ausreichendem Fachpersonal aus freiwilligen Helfern voraus. Diese Voraussetzungen fehlen z. Z. vollständig, weil es an der nötigen Finanzdecke und auch an Fachpersonal mangelt, denn alle Helfer stehen im Berufsleben und sind nur stufenweise sowie an Wochenenden verfügbar. Wirtschaftlich ist dagegen die Unterhaltung örtlicher Instandsetzungsplätze mit wenigem hauptamtlichen Fachpersonal.

47 Millionen DM für Äthiopien

Bilanz der deutschen humanitären Hilfe



Am schwersten betroffen von der Dürre sind weiterhin die Menschen in der Provinz Wollo.



Die von deutschen Ärzten aufgebauten Medical-Camps werden demnächst einheimischen Helfern übergeben.



Deutsche Hilfsgüter für die Notleidenden in Äthiopien, von Hubschraubern ins Landesinnere gebracht.

Die deutsche Hilfsaktion für Äthiopien wird bald zum Abschluß kommen. Nachdem die Regenzeit früher als erwartet eingesetzt hat, kann mit einer besseren Ernte als im Vorjahr gerechnet werden. Die von deutschen Ärzten aufgebauten Medical-Camps werden demnächst in äthiopische Hände übergeben. Das einheimische Personal wird mehrere Wochen lang eingearbeitet, so daß die medizinische Betreuung der von der Dürrekatastrophe betroffenen Menschen in der Provinz Wollo auch nach dem Abzug des deutschen Personals weitergehen kann.

Es ist Zeit für einen ersten Überblick über den finanziellen Umfang der Hilfsaktion für Äthiopien. Die Bundesregierung hat die Koordinierung und Durchführung der vom „Stern“-Kuratorium und dem Katastrophenstab beim Bundesinnenministerium beschlossenen Hilfsmaß-

nahmen administrativ betreut — insbesondere durch den Einsatz von Personal des BMI, des Bundesamtes für Zivilschutz, der Beschaffungsstelle des BMI und der deutschen Botschaft in Addis Abeba; darüber hinaus hat sie erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Der Bund übernahm z. B. die Kosten für den Seetransport von insgesamt 1046 mt Hilfsgütern aus Spenden der Hilfsorganisationen (Wert 3,9 Mio. DM), die für 1,1 Mio. DM von Bremen nach Assab verschifft wurden. Die Hilfsflüge der Bundeswehr von Deutschland nach Äthiopien stellen einen Geldwert von 4,7 Mio. DM dar. Zusätzlich mußten mehrere Spezialflugzeuge für 0,3 Mio. DM gechartert werden, um übergroße Fahrzeuge zum Einsatz fliegen zu können. Die Hubschraubereinsätze zur Verteilung von Lebensmitteln und Versorgungs-

gütern im schwer zugänglichen Landesinnern haben einen Geldwert von 896 000 DM; die Shuttleflüge der Bundeswehr-Transall zu Beginn der Hilfsaktion kosteten 2,3 Mio. DM. Ferner trägt der Bund die Kosten von 0,3 Mio. DM für die Entsendung und Unterhaltung des Außenstabes in Dessie und weiteren Personals in der Provinz Wollo. An Materialien lieferte der Bundesminister des Innern UKW-Funkgeräte, Zelte für die Unterbringung des Personals und zur Getreidelagerung sowie Wasseraufbereitungsgeräte, Pumpen, Stromerzeuger einschließlich Zubehör und anderes Gerät im Wert von 0,6 Mio. DM. Das Auswärtige Amt stellte für den Ankauf von Transportmitteln und Zugochsen 1,75 Mio. DM zur Verfügung, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 2,15 Mio. DM bilateral für den Ankauf von Last-

kraftwagen und Kinderernährung, für die Lieferung von Magermilchpulver und zur Beschaffung von Saatgut sowie multilateral 6,7 Mio. DM als Zuschuß für das Saatgutprogramm der FAO und für den Ankauf von 10 000 mt Mais über das WFP. Insgesamt half die Bundesregierung mit 27,5 Mio. DM.

Die deutschen Hilfsorganisationen spendeten 1973 und 1974 für Äthiopien rund sieben Millionen DM (Diakonisches Werk 1,7 Mio. DM, Deutscher Caritasverband 5,7 Mio. DM, Deutsches Rotes Kreuz 0,2 Mio. DM). Voraussichtlich wird die illustrierte „Stern“ das Spendenaufkommen für Äthiopien von 20 Mio. DM bis zum Jahresende verausgaben. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die deutschen Hilfsmaßnahmen für das von einer Dürrekatastrophe heimgesuchte äthiopische Volk rund 47 Mio. DM betragen werden.



Leserbriefe
Lesermeinung

Noch einmal:

Antwort auf bange Fragen

In Heft 6/74 hatten wir einen Beitrag von Stadtverwaltungsdirektor Albert Butz mit obigem Titel zu der Arbeit der Personenauskunftsstellen veröffentlicht. Der Suchdienstreferent des DRK, Kurt W. Böhme, Bonn, übermittelte uns dazu einen Leserbrief, den wir in Ausgabe 8/74 abgedruckt haben. Nunmehr nimmt der Autor zu diesem Leserbrief Stellung:

1. Stellungnahmen zu veröffentlichten Artikeln werden grundsätzlich begrüßt. Sie können zur ergänzenden Unterrichtung der Leser beitragen.
2. Der Leserbrief des Kurt W. Böhme zeigt m. E. trotz auseinanderstrebender Interpretationstechnik eine weitgehende Übereinstimmung mit der Auffassung des Autors.
3. Die Mehrzahl der Bundesländer hat in den letzten Jahren bis in jüngster Zeit Verwaltungsvorschriften für die Registrierung und Erfassung von Personen bei Katastrophen und Konfliktfällen veröffentlicht. Dabei wurde eine gewisse Bundeseinheitlichkeit bewahrt, die im Interesse der Aufgabendurchführung zu begrüßen ist. Auch der Gemeinsame Runderlaß des Innenministers NW und des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW vom 27. 11. 1973 unterbricht im Gegensatz zu der Meinung des Kurt W. Böhme nach meiner Auffassung die Einheitlichkeit der Aufgabendurchführung nicht. Ich halte den Erlaß des Landes NW auch deshalb für gut, weil er für die Organisation und für

die Aufgabendurchführung im kommunalen Bereich praktikabel gehalten ist. Darauf kommt es besonders an, weil auf den unteren Verwaltungsebenen ein Schwerpunkt und eine besondere Verantwortung in der Mitarbeit liegt.

4. Bei dem Textteil „Begleitkarte für verletzte Begleitpersonen“ hat sich der Druckfehlerteufel eingeschlichen. Es muß selbstverständlich heißen: „Begleitkarte für unverletzte Personen“.

5. Meine Formulierungen über die Personenauskunftsstellen im Lande Nordrhein-Westfalen, die im Konflikt- und im Verteidigungsfall bei den Hauptverwaltungsbeamten als Leiter der Verwaltungsbefehlsstellen einzurichten sind, ist so zu verstehen, daß diese hauptsächlich Aufgaben für die eigene Bevölkerung durchführen. Die Mitwirkung der Kreis- auskunftsbüros im Konflikt- und im Verteidigungsfall ist so zu verstehen, daß diese Büros die Aufgaben der Amtlichen Auskunftsbüros auf der kommunalen Ebene erfüllen.

6. Die Arbeit der Personenauskunftsstellen — obwohl in sich ein selbständiger Bereich — ordne ich im weiteren Sinne den Betreuungsmaßnahmen für in Not geratene Menschen zu. Die Personenauskunftsstellen sind dann voll wirksam, wenn bei gebotener selbständiger Arbeitsweise sie die volle Unterstützung der Behörden und Stellen erhalten.

7. Ich bin absolut davon überzeugt, daß es notwendig ist, daß die Eigenständigkeit durch das Rote Kreuz gesichert bleiben muß. Die Aufgabe hat nur dann Erfolg, wenn sie auf der Grundlage des bestehenden Völkerrechts basiert und im Rahmen der internationalen Verträge und der Rot-Kreuz-Konventionen durchgeführt wird, die die Bundesregierung anerkannt hat. Darüber bestehen keine Zweifel. Albert Butz, Köln



Unser Beitrag zur Sicherheit von Einsatzfahrzeugen:

Hochleistungs- Warnanlage mit Mikrofon- und Funkanschluß

Die neue elektronische Warnanlage WA-2 erzeugt das vorschriftsmäßige Alarmsignal nach DIN 14610 für „bevorrechtigte Wegebenutzer“. Sie macht die herkömmlichen Signalhörner überflüssig und übertrifft sie durch Leistung und Vielseitigkeit:

* **Das starke Warnsignal** der WA-2 (Verstärkerleistung 60/50 W bei 24/12 V-Fahrzeug-Bordnetz) ist in 3,5 m Entfernung mit 115 dBA, in 60 m mit 85 dBA zu hören.

* **Der Einsatz als Kommando-Sprechanlage** erfordert keine Zusatzgeräte. Die Lautstärke läßt sich am Handmikrofon stufenlos einstellen.

* **Die Übertragung des ankommenden Sprechfunks über den Außenlautsprecher** macht die Fahrzeugbesatzung auch im Gelände am Einsatzort erreichbar.

* **Die vollelektronische Arbeitsweise** erübrigt jegliche Wartung. Der kompakte 22 cm-Druckkammerlautsprecher kann leicht auf jedem Fahrzeug befestigt werden.

* **Die Preiswürdigkeit** wird die WA-2 in Kürze zur Standardausrüstung aller Notdienst-Fahrzeuge werden lassen — bei Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsdiensten, im Notarzt- und Katastropheneinsatz.

Wandel u. Goltermann

D 741 Reutlingen · Postfach 259 · Tel. 07121/8441 · Telex 0729833

Wir wollen die Vorzüge der elektronischen Hochleistungs-Warnanlage WA-2 näher kennenlernen und bitten um
 unverbindliche Vorführung der WA-2,
 technische Informationen.

Diesen Coupon mit Anschrift Ihrer Dienststelle einsenden an
Wandel u. Goltermann · Abt. VTW · 741 Reutlingen · Postf. 259

ZS/9



Bitte besuchen Sie uns auf der INTERKAMA in Düsseldorf, Halle 7, Stand 7033

Helmut Freutel / Fotos: Günter Sers

Fluchträume auf Stelzen

Hier bringen sich Halligbewohner vor dem Ansturm des Meeres in Sicherheit

Mancher Urlauber, der in den letzten Jahren irgendwann seine Ferien auf einer Hallig im Nordfriesischen Wattenmeer verlebte, hat wahrscheinlich gar nicht bemerkt, daß sein Pensionszimmer der sicherste Raum des Hauses ist, ein Raum aus Stahlbetonwänden, auf hohen Stützfeilern stehend und allen Sturmflutgefahren trotzend. Auf den Halligen gibt es über 80 solcher Schutzräume, einsturz sichere Zufluchtstätten für die Bewohner, die hier auf den „Vorposten im Meer“ leben.

Die Halligen, erdkundlich gesehen

Vor der Westküste Schleswig-Holsteins liegt das Nordfriesische Wattenmeer. Diese Watten sind eine nur durch die Elemente Wind und Wasser gestaltete Naturlandschaft, durchzogen von einem Geflecht großer und kleiner Wasserläufe, den Prielen. Hier liegen die Halligen, im engeren Sinne die nur aus Marschland aufgebaute, nicht mit Winterdeichen versehene Gruppe von nordfriesischen Inseln mit den Namen Süderoog, Südfall, Norderoog, Nordstrandisch-Moor, Hooge, Habel, Gröde, Langeneß und Oland. Sie sind der Rest der seit dem 11. Jahrhundert zerstörten Festlandmarschen. Diese sturmflutgeschichteten Marschen überragen den mittleren Hochwasserstand um einen halben bis etwa einen Meter. In ihrem ursprünglich unbefestigten Zustand unterlagen sie einem ständigen Abbruch und Aufbau, und sie erlebten bei höheren Fluten jährlich zahlreiche „Land unter“. Der sehr fruchtbare Boden trägt einen üppigen Graswuchs, der Viehherden nährt.

Um sich vor den Fluten zu schützen, siedelten sich die Menschen auf



Vom neubauten Hafen Schlüttsiel aus bringt eine Fähre die Besucher in einer etwa einstündigen Fahrt durch das Wattenmeer zur Hallig Hooge.



Alles, was zur Versorgung der Halligbewohner und ihrer Gäste dient, wird vom Festland aus mit der Autofähre oder mit Booten auf die Hallig gebracht.

handaufgeworfenen Erdhügeln an, den Warften. Der Erhalt der Halligen hat einen praktischen Sinn. Sie bilden zusammen mit den Inseln für das Festland ein natürliches Bollwerk gegen die unaufhörlich anstürmende See. Noch vor 300 Jahren verlief die Festlandküste viel weiter seewärts. Im Jahre 1634 bei der „groten Mandränke“, der 9000 Menschen und 50 000 Stück Vieh zum Opfer fielen, wurde das Küstenland von den tobenden Wassern auseinandergerissen. Seitdem gingen große Landstriche an das Meer verloren. Erst vor wenigen Jahrzehnten begann man systematisch, die Uferkanten der Halligen mit Steinpackungen zu befestigen. Nur die windabgelegenen Seiten der kleineren Halligen und die Vogelhallig Norderoog blieben ohne festen Uferschutz.

Die Halligen bei „Land unter“

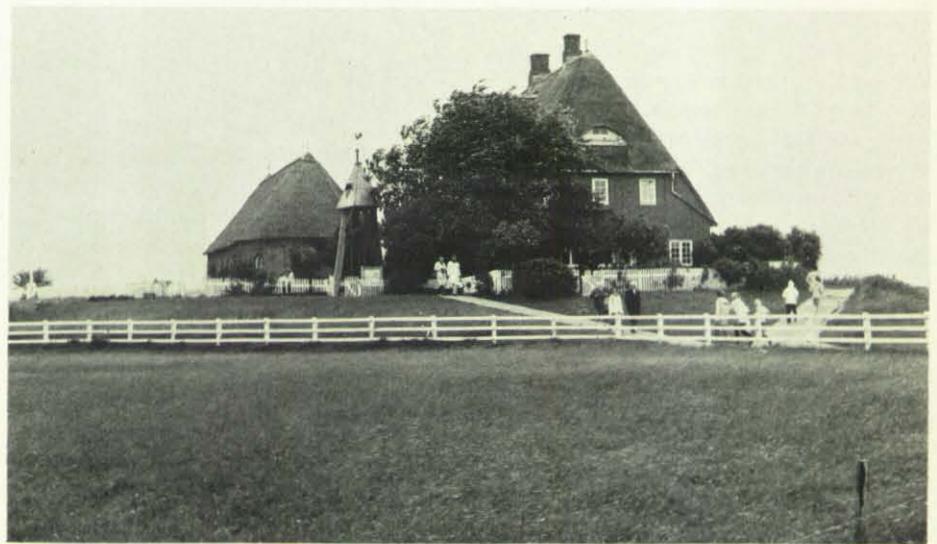
Können Sie sich vorstellen, daß Sie 20-30mal im Jahr das Wasser vor Ihrer Haustür stehen haben? Bei Halligbewohnern ist das so. An Sturmtagen leben hier die Menschen wie in einer belagerten Festung. Weißschäumend donnern die Wellen erst gegen die Sommerdeiche, um sie dann zu überfluten. Dann gehen die Wiesen „Land unter“, und nur die Warften mit ihren wenigen Häusern und Stallungen ragen aus dem Wellenmeer. Wären die Warften nicht, dort wo es möglich war, in den letzten Jahren erhöht worden, wäre z. B. im vergangenen Herbst das Wasser fünfmal in die Häuser eingedrungen. Bei der letzten Sturmflut an der Nordseeküste im Februar 1962 mußten die Halligbewohner auf die Dachböden ihrer Häuser flüchten. Damals stieg das Wasser so hoch, daß auch die Warften keinen Schutz vor den Fluten boten. Die Menschen verlebten lange bange Stunden, und viele Häuser wurden durch die Wucht der Wellen zum Einsturz gebracht. Zum Glück waren keine Menschenleben zu beklagen, doch viele Stück Vieh ertranken.

Das Programm Nord

Weil die Halligen im System des nordfriesischen Küstenschutzes



Abseits vom Lärm und Trubel liegt die Hallig Hooge. Der fruchtbare, von Prielien durchzogene Boden trägt einen üppigen Graswuchs, der Viehherden ernährt.



Wie diese alte, von einem kleinen Friedhof umgebene Kirche aus dem Jahre 1641 und das Pfarrhaus sind alle Wohnhäuser und Stallungen auf handaufgeworfenen Erdhügeln, den Warften, gebaut.



Rund 20- bis 30mal im Jahr melden die Halligen „Land unter“. Dann überspülen die Wellen die Wiesen und Wege, und nur die Warften ragen aus dem Wellenmeer.



Bei starken Sturmfluten, wie zuletzt im Jahre 1962, bieten auch die Warften keinen Schutz mehr vor den Fluten. Hier zeigt Bürgermeister Boyens, wie hoch das Wasser damals stand. In Wirklichkeit reichte das Wasser jedoch fast bis zum Obergeschoß, denn das neue Haus wurde auf einer erhöhten Warft errichtet.

unentbehrlich sind, wurde im Rahmen des „Programm Nord“ geplant, finanzielle Mittel, wie sie für den Schutz der Festländer vorgesehen waren, auch für die Halligbewohner zu investieren. Die Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes Schleswig-Holstein beschloß, jedem Wohngebäude einen eigenen Schutzraum zu gewähren. Hierbei handelt es sich um Unterkünfte, die von vier Betonpfeilern getragen werden, die wiederum vier Meter tief im Boden der Warft verankert sind. Also gewissermaßen Schutzräume auf Stelzen. Die Sohle des Raumes befindet sich etwa zwei Meter über Erdgleiche der Warft und liegt somit etwa 6,50 Meter über dem Wasserspiegel.

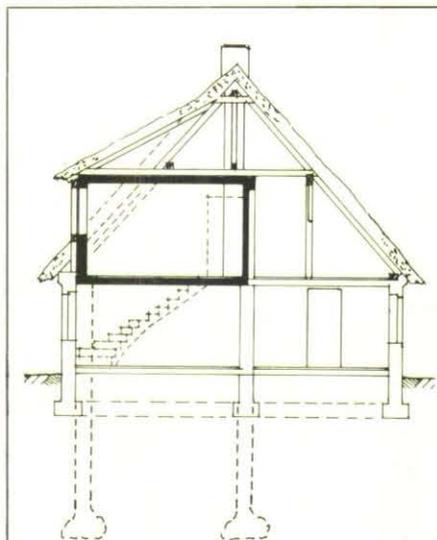
Der größte Teil der Gelder zur Finanzierung des Projekts floß aus dem Programm Nord. Auch die Wasserwirtschaft des Landes steuerte erhebliche Summen bei und stellte DM 20 000,— für jeden Schutzraum zur Verfügung. Dazu kamen Mittel des Kreises Husum und Eigenleistungen der Bewohner in Höhe von zehn Prozent der jeweiligen Kosten. Diese Schutzbauten, man bezeichnet sie wohl am besten mit Fluchräume,

stehen nicht separat, sondern sind in die Wohngebäude eingebaut, ohne jedoch, baulich gesehen, Teil derselben zu sein. Das bedeutet, daß eine gewaltige Sturmflut das Gebäude um den Fluchraum herum zerstören kann, ohne daß die Kräfte des in Bewegung geratenen Mauerwerks direkt auf Pfeiler oder Stahlbeton-Wände des Fluchtraumes wirken können.

Von außerhalb des Gebäudes sind die umkleideten Fluchräume nicht als solche zu erkennen. Innen sind sie nur an kleinen baulichen Merkmalen von gewöhnlichen Räumen zu unterscheiden.

Auf der zweitgrößten Hallig

Mit einer Größe von ca. 550 ha ist Hooge die zweitgrößte Hallig im Nordfriesischen Wattenmeer. Auf einer von den neun bewohnten Warften mit ca. 180 Einwohnern lebt Bürgermeister Ernst Boyens mit seiner Familie. Er gab der Redaktion des ZS-MAGAZIN bei ihrem Besuch auf der Hallig bereitwillig Auskunft über das ganze Schutzprojekt. Er machte auch keinen Hehl daraus, daß die nicht unerheblichen Investitionen der Halligbewohner auch Früchte bringen. 300 Gästebetten stehen allein auf Hooge zur Verfügung. Zwar sind die



Um das Leben der Halligbewohner im Falle einer großen Sturmflut zu schützen, wurden seit 1962 in den Wohngebäuden Fluchräume errichtet, die von vier Betonpfeilern, die vier Meter tief im Boden verankert sind, getragen werden.



Von außerhalb des Gebäudes sind die Fluchräume im Obergeschoß nicht als solche zu erkennen. Harmonisch fügen sie sich in die Baukonstruktion ein.

Fluchräume in erster Linie für die Sicherheit der Inselbewohner gedacht, doch im Tourismus fand sich ein lukrativer Verwendungszweck, besonders während der Sommerzeit. Wie jeder freie Raum, so werden auch die Fluchräume zur Unterbringung der Gäste vom Festland benutzt. Eine angenehme, aber nicht vorgesehene Nebenerscheinung der finanziellen Förderung durch das Programm Nord. Insbesondere, weil der Fremdenverkehr auf den Halligen einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Viele Menschen sehnen sich ja nach Gegenden mit urwüchsiger und unberührter Natur, wo kein Automotor brummt, wo sich keine Menschen in Scharen drängen. Hier kann man sich neben dem Baden dem Vergnügen hingeben, zu angeln oder barfuß über die herrlichen Halligwiesen mit ihren kurzen Gräsern zu laufen, sich am Duft des Halligfieders zu berauschen und den unwahrscheinlich hohen und sauberen Himmel mit prächtigen Fotografierwolken bewundern. Nachts herrscht eine solche Ruhe, so versicherte mir ein Gast, daß man das Ticken der Armbanduhr hört.

Auf Hooge ist noch die hohe Wohnkultur der alten Friesen hervorragend zu studieren. Im Königspesel, der guten Stube des ehemaligen Hooger Kapitäns Tade Hans Bandix aus dem Jahre 1775, wohnte der dänische König Friedrich VI., als er nach einer großen Sturmflut im Jahre 1825 diese Hallig besuchte.

Im Winter, bei strengem Frost, schnürt oft ein Eisgürtel die Halligen ab. Dies führte z. B. im Januar 1963 zu einem Eisnotstand. Damals wurde die Versorgungslage von Tag zu Tag schwieriger, obwohl sich die Halligbewohner, gewitzt durch Erfahrung, reichlich mit Vorräten eingedeckt hatten. Ein Hubschrauber-Notdienst der in Kiel-Holtenau stationierten SAR-Hubschrauber der Bundesmarine flog bis in den März hinein insgesamt 170 Einsätze zu den Inseln und Halligen. Die Hubschrauber flogen 22 800 kg Lebensmittel ein sowie Medikamente und Post, transportierten 25 Personen zu Krankenhäusern auf dem Festland und gaben so den Menschen in der Wasser- und Eiswüste das Gefühl, nicht vergessen zu sein.

Auch hier ist die Neuzeit eingekehrt

Noch vor wenigen Jahren bezogen die Halligbewohner ihr Trinkwasser aus Zisternen, ihr Licht aus Petroleumlampen, gab es kein Radio und Fernsehen. Das gehört jedoch der Vergangenheit an. Heute gibt es natürlich Telefon, Wasserleitungen vom Festland, Strom und alle damit verbundenen Annehmlichkeiten. Wenn im Frühling und im Herbst schwere Stürme über die Deutsche Bucht brausen und die Halligen „Land unter“ melden, dann ziehen sich die Halligbewohner in ihre Häuser zurück; da gibt es für die Kinder keinen Gang zur Schule, für die Hausfrau keinen Schwatz mit der Nachbarin beim Einkauf. Da wartet man darauf, daß das Wasser mit dem Einsetzen der Ebbe wieder abläuft, daß es zu keiner neuen überschwemmenden Sturmflut kommt, und man hofft, daß die einsturz sicheren Fluchträume nie für den Zweck benutzt werden müssen, für den sie gebaut sind: als letzte Zufluchtstätte für die Menschen, von denen man aus Erfahrung weiß, daß sie erst in allerletzter Minute Hab und Gut im Stich lassen, um sich selbst zu retten.



Die Fluchträume unterscheiden sich im Aussehen kaum von gewöhnlichen Räumen. Sie werden bewohnt oder zur Unterbringung von Urlaubern genutzt.



Das flache Land der Hallig, auf dem diese Jungen und Mädchen ihre Ferien verbringen, überragt den mittleren Hochwasserstand nur um einen halben bis einen Meter. Weit auseinander liegen die Warften mit ihren schmucken friesischen Häusern.



Erst vor wenigen Jahrzehnten begann man systematisch, die Uferkanten der Halligen mit Steinpackungen zu befestigen. Dieser Sommerdeich wird aber schon bei zwei Meter Hochwasser überspült.



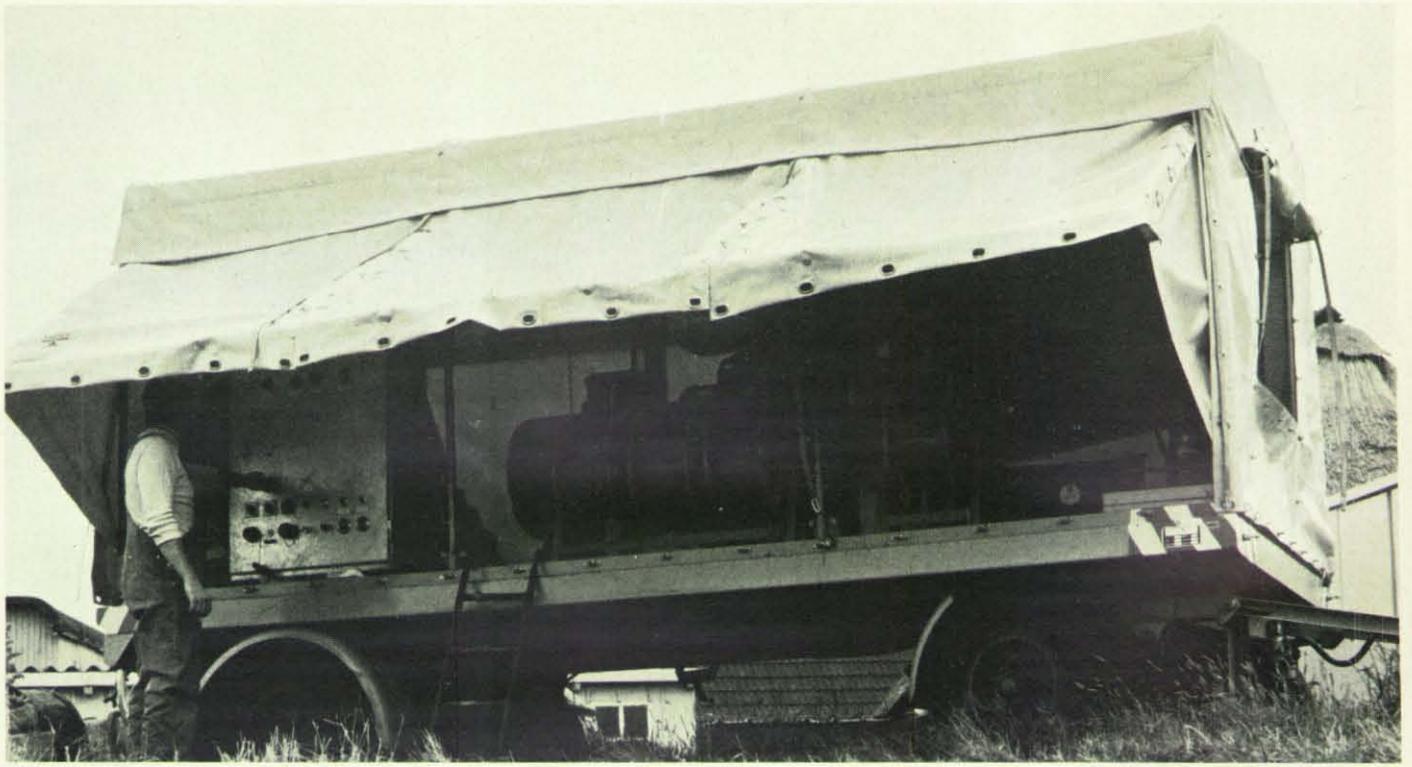
Blick auf die Schleuse vom Hafen aus, dem Liegeplatz der Barkassen und Segelboote. Bei „Land unter“ steht das Wasser auf der Hallig wie in einer Waschschüssel, da es nur langsam durch diesen Durchbruch im Deich ins Watt zurückfließen kann.



Für die Gäste auf den Halligen ist eine Mitfahrt in den kleinen Kuttern zum Fisch- und Krabbenfang ein angenehmer Zeitvertreib.



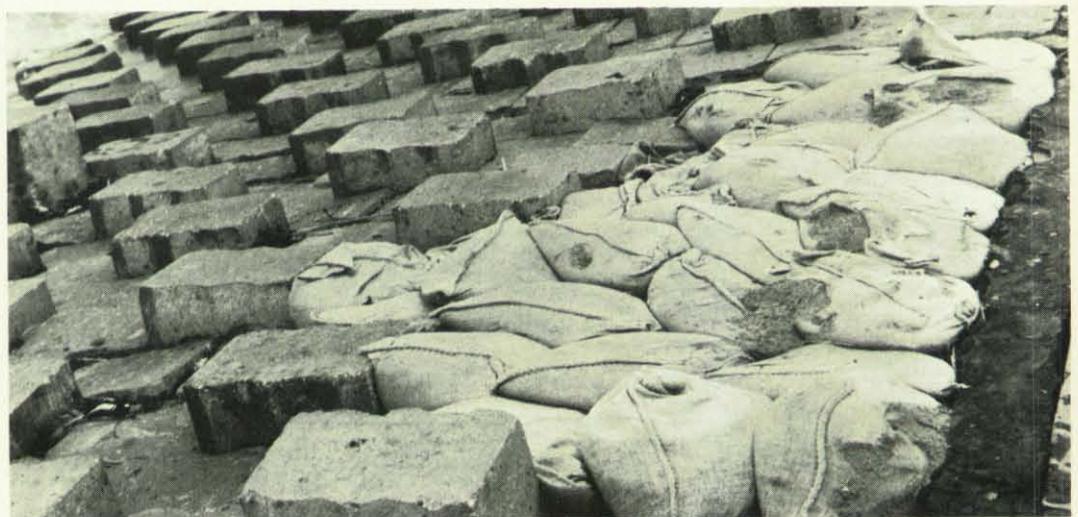
Auf jeder Warft gibt es in zentraler Lage einen Behälter für gebrauchsfähiges Feuerlöschgerät, denn hier sind die Anwohner ihre eigenen Feuerwehrleute.



Dieser gewaltige Kompressor belieferte vorübergehend die ganze Hallig Hooge mit Strom, weil das Stromkabel vom Festland für einige Tage unterbrochen war.



Unaufhörlich rennt das Meer gegen die Ufer von Inseln und Halligen im Nordfriesischen Wattenmeer an. Die besondere Form dieser Steinpackungen soll dem Wasser die Kraft nehmen und den Deich schützen.



Die ungeheure Kraft der Wellen vermag selbst stabile Deiche zu zerstören. Dann müssen die Schäden sofort provisorisch — wie hier mit Sandsäcken —, aber sobald wie möglich endgültig behoben werden.

Werner Schiefel und Günter Sers (Fotos)

Täglich Hilfesuche aus ganz Europa

Die Deutsche Rettungsflugwacht – Luftalarmzentrale und Luftrettungszentrum in Stuttgart

Bernhausen, Obere Bachstraße. Eine unscheinbare, wenig aufregende Wohngegend nicht weit vom Stuttgarter Flughafen. Niemand würde hier das Herzstück einer Organisation vermuten, bei der täglich aus ganz Deutschland, ja ganz Europa telefonische Hilfesuche eingehen. Von hier aus werden dringende Not- und Verlegungsflüge vermittelt, d. h. der Transport von verletzten oder erkrankten Menschen zu Spezialkliniken oder aus dem Ausland zurück in die Heimat. Auf dem Fenster eines Untergeschosses gibt ein Autoaufkleber einen schüchternen Hinweis: Deutsche Rettungsflugwacht e. V. (German air rescue).

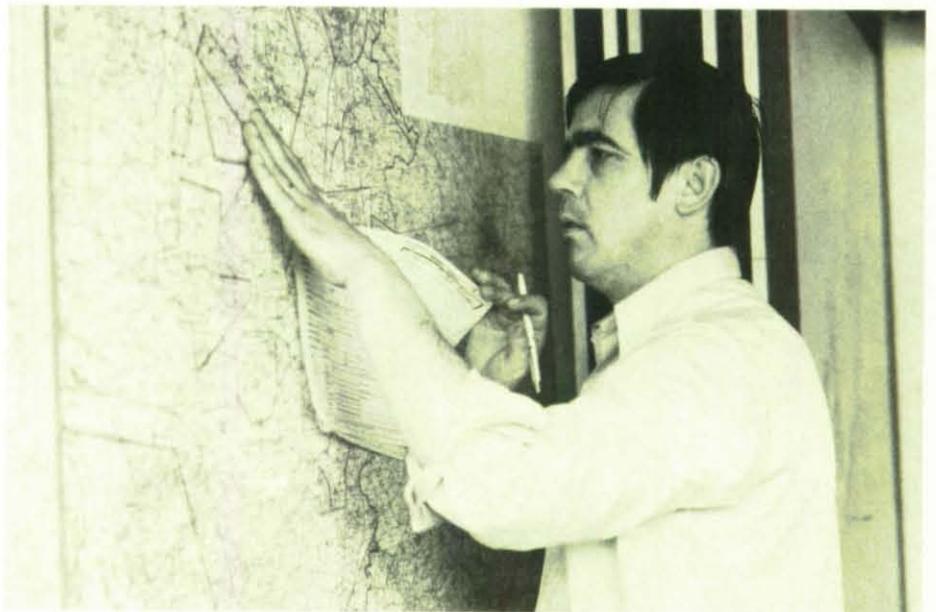
Drinne geht es nicht so beschaulich zu wie auf der Straße vor dem Haus. Eine imposante Telefonanlage mit weißen Tastaturen und Telefonhörern in Rot, Schwarz und Gelb steht da; es schellt und schnarrt fast pausenlos. Vor der Apparatur sitzen zwei junge Männer, schalten, drücken, sprechen, notieren — stöhnen unter der Hitze. Um sie herum Formulare, Karteikästen. An der Wand eine Tafel, auf der die nächsten Termine vermerkt sind, und eine Luftkarte Deutschlands. Unter der niedrigen Decke ist eine riesige Weltkarte angebracht, auf der mit farbigen Nadeln die ausländischen Einsatzorte markiert sind, darunter Lagos, Teneriffa und Städte im Nahen Osten.

Von Brescia nach Heidelberg

Als die Hektik etwas abflaut, erzählt Einsatzleiter Gerd Kiemle — immer wieder vom Schrillen eines Telefons unterbrochen — von besonders interessanten Fällen der letzten Tage: Vorgestern, Montagabend, kam der Anruf von den Angehörigen eines deutschen Urlaubers in Italien, der in Brescia von einem Balkon im fünften Stock seines Hotels gestürzt war und mit einem Schädelbasisbruch und Hirnverletzungen im Krankenhaus lag. Die italienischen Ärzte, mit denen die Rettungsflugwacht telefonisch



In der Einsatzzentrale der Deutschen Rettungsflugwacht stehen die Telefone nicht still. Dringende Krankentransporte quer durch Europa werden von hier aus vermittelt.



Die Flugwacht kümmert sich um den Verlegungsflug zu einer Spezialklinik. Auf der Luftkarte wird die Entfernung gemessen.

Verbindung aufnahm, sahen kaum noch eine Hoffnung für den Mann und rieten von einer Rückführung ab, da er nicht transportfähig sei. Die Angehörigen jedoch wünschten unter allen Umständen eine schnelle Rückkehr des Verletzten nach Deutschland. Nach einer erneuten Verständigung mit den Ärzten in dem italienischen Krankenhaus organisierte die Flugwacht von ihrer Einsatzzentrale aus den Rücktransport: von Brescia zum Flugplatz Bergamo, von dort in einem Jet der Schweizer Rettungsflugwacht nach Deutschland, schließlich im Hubschrauber zur Universitätsklinik nach Heidelberg.

„Transportschäden“ ausgeschaltet

Der schweizerische Spezial-Jet ist ausgerüstet wie die Intensivstation einer Uni-Klinik. Um einen ruhigen Transport zu gewährleisten, fliegt er in 14 000 bis 16 000 Meter Höhe. Kiemle: „Sogenannte Transportschäden werden auf diese Weise praktisch ausgeschaltet. Der verletzte Italien-Urlauber lag wie in seinem Krankenbett, als er nach Deutschland geflogen wurde. Sein Zustand ist weiterhin sehr bedenklich, aber er konnte mit unserer Hilfe wenigstens zu seinen Angehörigen gebracht werden, ohne daß sich seine Lage verschlechterte.“

Ein anderer Fall gestern abend: Aus einem Hamburger Krankenhaus kam ein dringender Anruf. Einem verstorbenen Patienten war eine Niere entnommen worden, die in Stockholm für eine Transplantation benötigt wurde. Schon nach einer halben Stunde war eine von der Stuttgarter Rettungszentrale vermittelte Maschine mit der Niere an Bord auf dem Weg nach Stockholm.

Gründung vor zwei Jahren

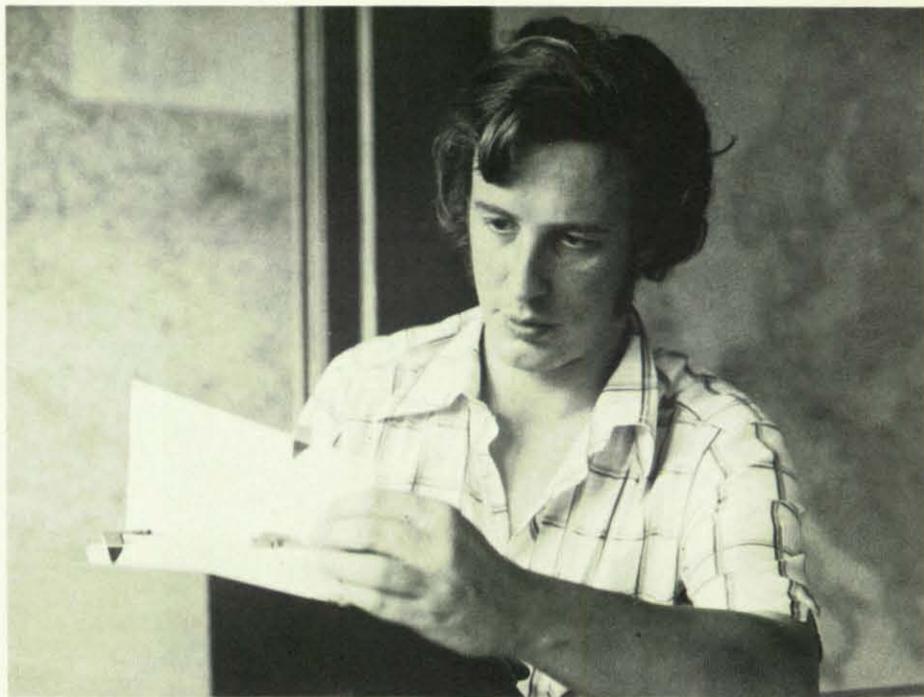
Die Deutsche Rettungsflugwacht e. V. (DRF) wurde am 6. September 1972 von dem Architekten Siegfried Steiger ins Leben gerufen. Dieser ist als Initiator der „Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger“ bekannt, von der die Rettungsflugwacht mit all ihren Einrichtungen zunächst finanziert wird; ein Finanzierungssystem durch Förderer-Mitglieder ist im Aufbau. Mitbegründer des Vereins war Dr. Fritz Bühler, Präsident der schon länger bestehenden Schweizer Rettungsflugwacht. Durch die Zusammenarbeit mit den Schweizern, die das „Know how“ des Flugdienstes anzubieten haben, profitiert die DRF bei ihren

ersten Schritten von deren Erfahrungen. Am 19. März 1973 nahm sie ihre Tätigkeit auf.

Auf zwei Beinen

Die Deutsche Rettungsflugwacht steht — so könnte man sagen — auf zwei Beinen: Das eine ist die Luftalarmzentrale (LAZ) in der Nähe des Stuttgarter Flughafens, die vor allem Verlegungsflüge mit ärztlicher Beglei-

tung vermittelt und organisiert. Das andere ist das Luftrettungszentrum (LRZ): Ein gecharterter Rettungshubschrauber steht mit Notarzt und Rettungssanitäter in ständiger Bereitschaft bei einem Krankenhaus in der Nähe von Stuttgart. Die Einsatzform lehnt sich an diejenige der Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungswesen an. Im Netz der vom Bundesinnenministerium in Dienst gestellten Rettungshubschrauber ist der Raum Stuttgart wegen des dort



In der Kartei der Stuttgarter Luftalarmzentrale sind mehr als 280 Chartermaschinen aufgeführt, die bei ihr unter Vertrag stehen.



Ein Teil der Ausstattung des Rettungskoffers, der künftig auf allen Großflughäfen für Noteinsätze der Flugwacht bereitgehalten wird.



Der Rettungshubschrauber des Luftrettungszentrums Stuttgart, der mit Notarzt, Rettungsanitäter und Pilot in Alarmbereitschaft steht.

stationierten DRF-Helikopters ausgespart.

Die Luftalarmzentrale

Die Luftalarmzentrale der Deutschen Rettungsflugwacht vermittelt in erster Linie Sekundär- und Transportflüge:

- Verlegungsflüge von Krankenhäusern zu Spezialkliniken im gesamten Bundesgebiet;
- Verlegungsflüge von verletzten oder erkrankten Deutschen aus dem

Der Hubschrauber-Rettungsdienst ist an das Leitsystem des Deutschen Roten Kreuzes angeschlossen. Nebenstehend ein leuchtend roter Autoaufkleber der DRF.

Ausland zurück in die Bundesrepublik und gelegentlich auch von Ausländern in ihre Heimat;

- Transportflüge von Blutkonserven, dringend benötigten Medikamenten und Organtransplantaten im Bundesgebiet — häufig auch über die Landesgrenzen hinaus.

Die Flugwacht organisiert die gesamte „Rettungskette“, d. h. auch die Landtransporte zum und vom Flughafen.

In der Kartei der DRF sind 280 Flugzeuge verschiedenster Typen aufgeführt, mit denen Verträge bestehen; im

Notfall — so ist darin festgelegt — hat der Einsatz für die DRF Priorität vor jeder anderen Verwendung der Maschine. Eigene Maschinen besitzt die Flugwacht nicht. Sie beschränkt sich ganz bewußt auf die Organisation und Vermittlung der Flüge.

DRF als Koordinationshilfe

Bei den mit Pilot gecharterten Maschinen, deren Standorte über das ganze Bundesgebiet verteilt sind,



**Deutsche
Rettungsflugwacht e.V.**

Rufen Sie von 7 Uhr
bis Sonnenuntergang die
Funkleitstelle Stuttgart: (0711)

55 10 44



Kanäle: 405, 410, 411, 480, 416

handelt es sich um Flugzeuge von Privatleuten sowie von Luftfahrtunternehmen und Firmen.

Transportmöglichkeiten kommerzieller Art gab es auch bisher schon. Die DRF versteht ihre Arbeit als „Koordinationshilfe“, die überdies durch die strenge Auswahl der Vertragspartner und ihrer Maschinen sowie durch die ärztliche Begleitung dazu beiträgt, daß die medizinischen Aspekte des Kranken-Flugdienstes nicht vernachlässigt werden.

Bei den Maschinen, die bei der DRF unter Vertrag stehen, handelt es sich um Hubschrauber, Tragflächenflugzeuge und Jets, die je nach den Erfordernissen des einzelnen Falles eingesetzt werden. Auch Maschinen aus der Schweiz sind darunter. Das „Paradestück“ ist die bereits erwähnte „fliegende Intensivstation“, ein Jet der Schweizer Rettungswacht. Neben dem ärztlichen und dem Sanitätspersonal haben drei liegende und ein halbliegender Patient darin Platz. Die Kartei der 280 Maschinen in der Einsatzzentrale enthält genaue Angaben über Flugzeugtyp, Geschwindigkeit, Ausrüstung, Lage des Heimatflughafens, Reichweite und Flugstundenpreis; sie gibt Auskunft darüber, ob ein Patient liegend transportiert werden kann, ob eine Krankentrage vorhanden ist und wieviel Begleitpersonen mitfliegen können; schließlich ist angegeben, unter welcher Telefon- oder Telexnummer die Maschine tagsüber bzw. nachts angefordert werden kann.

Nach 25 Minuten in der Luft

Bei einem Anruf werden alle wichtigen Angaben über den Notfall in ein Einsatzprotokoll eingetragen, dessen Spalten sich nach weiteren Telefonaten mehr und mehr füllen, bis schließlich alle Fragen geklärt sind. Wo liegt der Schnelligkeits-Rekord der Alarmzentrale? „Bei äußerst dringenden Notfällen — auch im Ausland — haben wir schon 25 Minuten nach dem Notruf eine Maschine in die Luft werfen können“, sagt Einsatzleiter Kiemle im Fliegerjargon.

Der Patient liegt quer hinter den Sitzen auf einer Trage, die seitlich in die Maschine hineingeschoben wird.

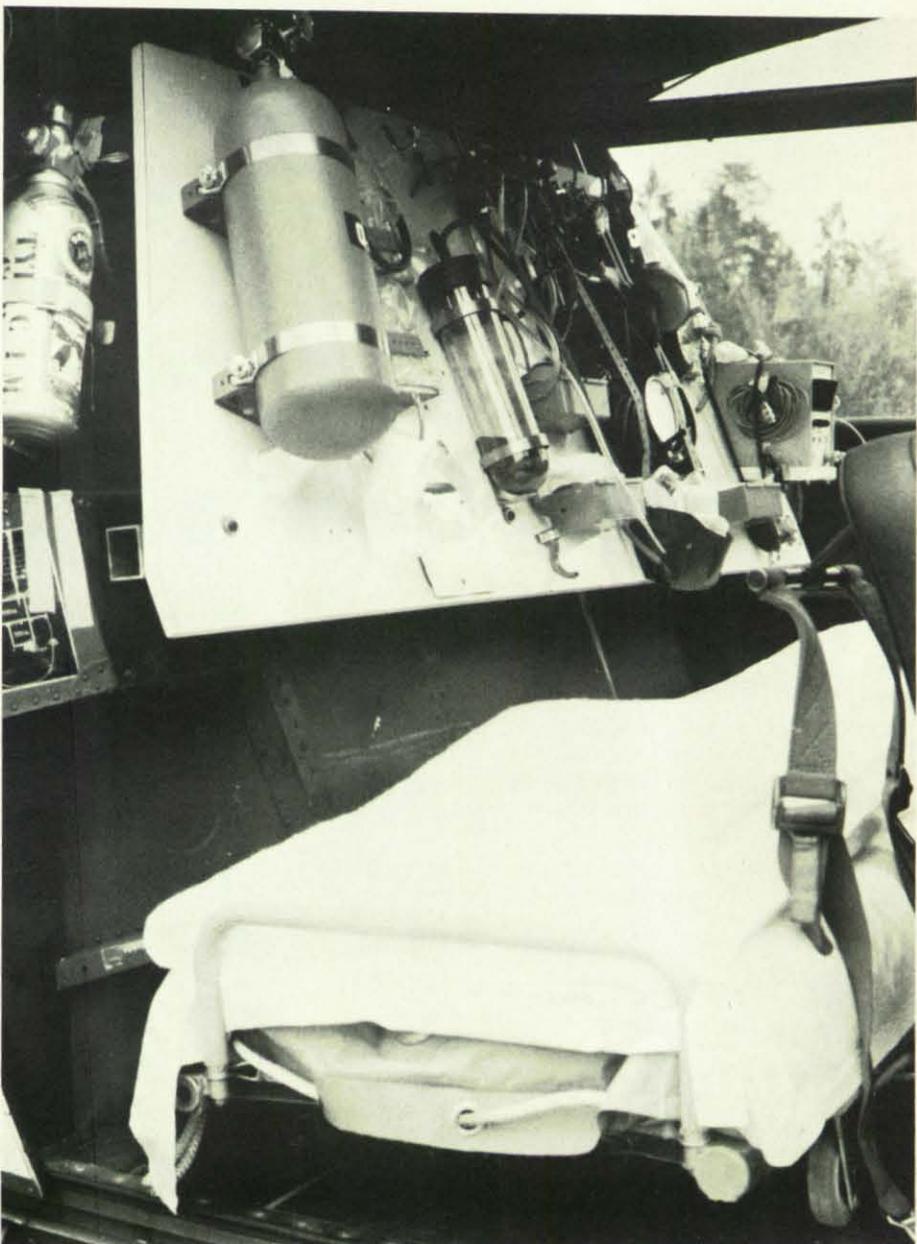


Im Cockpit des Rettungshubschraubers „Alouette 3“.

In der Luftalarmzentrale am Rande des Stuttgarter Flughafens, die rund um die Uhr besetzt ist — natürlich auch an Sonn- und Feiertagen —, arbeiten neben einigen Helfern vier hauptamtliche Kräfte. Seit Anfang August gehört auch ein Zivildienstleistender zur ständigen „Besatzung“. Die Arbeit bei der Flugwacht ist erfreulicherweise als Zivildienst anerkannt worden.

Rettungskoffer entwickelt

Die Ausrüstung der Maschinen mit medizinischem Gerät übernimmt die DRF. In Zusammenarbeit mit Ärzten wurde ein Rettungskoffer („rescue bag“) entwickelt, der alles enthält, was der Arzt für die Betreuung des Patienten während des Transportes benötigt. Wenn die im Augenblick noch lückenhafte Ausstattung voll-



ständig zusammengestellt ist, soll der Rettungskoffer auf allen Großflughäfen deponiert werden. Im Bedarfsfall wird er von dem über die DRF alarmierten Flugzeug mit auf die Reise genommen.

An Bord ist stets ein Arzt mit dabei. Meistens ist es nicht schwer, kurzfristig einen Arzt für einen Krankenflug zu bekommen. Es gibt genügend junge Ärzte, die sich gerne in die Liste der Einsatzzentrale aufnehmen lassen.

Kostenerstattung

Nun zu der schon lange fälligen und für „Kunden“ äußerst wichtigen Frage der Finanzierung: Die Organisation wird — wie erwähnt — voll von der Björn-Steiger-Stiftung getragen. Die Kosten des Einsatzes übernimmt meistens die Krankenkasse, sofern der Arzt die medizinische Notwendigkeit des Transportes bestätigt hat. Im Einzelfall kommt es häufig zu langwierigen Auseinandersetzungen um die Übernahme dieser Kosten.

DRF-Geschäftsführer Dr. Köhler: „Meistens gelingt es, die Kassen davon zu überzeugen, daß die Rückführung eines im Ausland verletzten oder erkrankten Patienten letztlich der billigere Weg ist, wenn man die oftmals bessere medizinische Versorgung bei uns und auch die psychische Verfassung des Kranken berücksichtigt.“ Eine generelle Zahlungsbereitschaft der Krankenkassen besteht jedoch nicht!

Zur künftigen Finanzierung ihrer Organisation strebt die DRF ein im Ausbau begriffenes Förderer-System an. Wer mit einem Jahresbeitrag von 20 DM (Familienmitgliedschaft 50 DM) Förderer-Mitglied der Deutschen Rettungsflugwacht wird, hat den Vorzug, daß ein medizinisch notwendiger Rettungs- oder Verlegungsflug innerhalb der Bundesrepublik oder ein Rücktransport aus dem Ausland für ihn bis zu einem Betrage von 5 000 DM pro Jahr kostenfrei ist. Das entspricht ungefähr einem Verlegungsflug von Neapel nach Stuttgart. Mittlerweile gibt es nach Angaben der DRF bereits rund 5 000 Mitglieder.

Deutsche von Zypern zurückgeholt

Die Deutsche Rettungsflugwacht ist inzwischen recht bekannt geworden; bei den Krankenhäusern ohnehin, aber auch bei Privatpersonen. Hilfesuchende im Ausland werden sich in vielen Fällen an die deutsche Botschaft oder an ein deutsches Konsulat



An der Instrumentenwand neben der Krankentrage sind alle notwendigen Hilfsmittel der Notfallmedizin griffbereit angebracht.

wenden. Dort werden sie oftmals auf den Dienst der DRF hingewiesen. Die Flugwacht ist vom Auswärtigen Amt an sämtliche deutsche Botschaften im Ausland empfohlen worden.



Während des Streiks der italienischen Ärzte, der vor einiger Zeit die Versorgung der Patienten in vielen italienischen Krankenhäusern fast völlig lahmgelegt hatte, kamen fast täglich Hilfesuche von dort. Pro Tag vermittelt die DRF durchschnittlich einen Inlands- und einen Auslandsflug. Jüngster spektakulärer Einsatz: Im Auftrag des Auswärtigen Amtes brachte eine Chartermaschine der Rettungsflugwacht Deutsche von Zypern zurück nach Deutschland. Auf dem Hinflug hatte sie acht Tonnen Lebensmittel an Bord. Die Landeerlaubnis auf Zypern war ursprünglich für den Rücktransport eines durch Granatsplitter verletzten Zeitungskorrespondenten erteilt worden, der die Insel jedoch bereits mit einer kanadischen Maschine verlassen hatte.

Das Luftrettungszentrum

Die zweite Aufgabe, die sich die Deutsche Rettungsflugwacht gestellt

Der Rettungssanitäter demonstriert, wie Patienten mit Wirbelsäulenverletzungen mit Hilfe der Schaufel-Trage auf schonendste Weise transportiert werden können.

hat, ist die Arbeit des sogenannten „Luftrettungszentrums Stuttgart“. Am Anfang dieser Aktion stand ein Hubschrauber-Test im August 1971, der mit Unterstützung der Björn-Steiger-Stiftung durchgeführt wurde. Bald darauf entschloß sich die Stiftung, im Rahmen der DRF einen Luftrettungsdienst für den Raum Stuttgart einzurichten. Ein Rettungshubschrauber steht mit Notarzt, Rettungssanitäter und Pilot von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in ständiger Bereitschaft. Ein eigenes Nachrichtensystem hat dieser Rettungsdienst nicht; er ist an das Leitsystem des Deutschen Roten Kreuzes angeschlossen. Die Alarmierung läuft über die DRK-Funkstelle in Bad Cannstadt.

Der Helikopter vom Typ „Alouette 3“ ist zur Entlastung der bei dem Projekt mitwirkenden Ärzte in zweimonatlichem Wechsel am Paracelsus-Krankenhaus in Ruit und am Kreis-Krankenhaus Böblingen stationiert. Maschine und Pilot sind gechartert, den Sanitäter stellt das Deutsche Rote Kreuz.

Rettungshubschrauber „Al 3“

Im Cockpit der Maschine sind drei Sitze angebracht, einer davon in Gegen-

flugrichtung für den Arzt. Hinter diesen Sitzen liegt quer der Patient, der seitlich auf der Trage in den Hubschrauber hineingeschoben wird. Auf einer eigens für diesen Zweck konstruierten Instrumentenwand sind alle notwendigen Geräte und Hilfsmittel der Notfallmedizin angebracht, die der Arzt während des Fluges zur Hand haben muß. Die Ausrüstung entspricht ungefähr derjenigen in den Hubschraubern für Katastrophenschutz und Rettungswesen.

Im rückwärtigen Teil des Hubschraubers, von der Seite her nach Öffnen einer Klappe zugänglich, sind weitere Geräte untergebracht, darunter ein Defibrillator zum „Entflimmern“ des Herzflackerns nach Elektro-Unfällen und — besonders interessant — eine sogenannte „Schaufel-Trage“. Patienten mit Wirbelsäulenverletzungen können mit diesem im Grunde ganz einfach konstruierten Hilfsmittel auf schonendste Weise auf die Vakuummatratze gelegt werden.

Der Aktionsradius der Hubschrauber liegt für Rettungseinsätze bei etwa 50 km, bei Sekundärtransporten sind die Einsatzorte häufig noch weiter entfernt. Eine genau festgelegte Abgrenzung zu den benachbarten

Hubschrauberstationen des Katastrophenschutzes in Ludwigs-hafen bzw. der Bundeswehr in Ulm gibt es nicht.

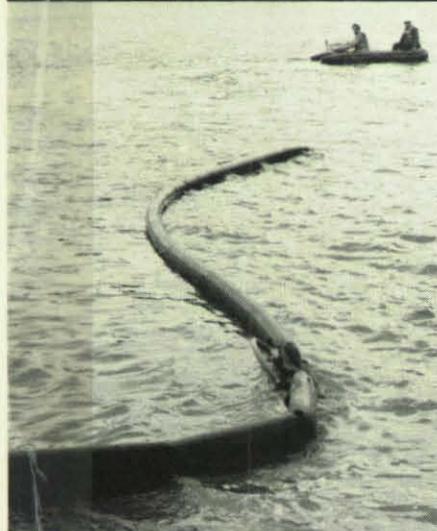
Streit mit den Krankenkassen

Mit den Allgemeinen Ortskrankenkassen, die bislang die Transportkosten übernommen hatten, jetzt aber nicht mehr Zuschüsse in gleicher Höhe zahlen wollen, ist es zu einem heftigen Streit gekommen, in dessen Verlauf sich die Flugwacht mit starken Worten an die Öffentlichkeit gewandt hat.

Der Ausgang der Kontroverse ist noch offen. Gegenwärtig, so heißt es bei der DRF in Stuttgart, sind die Bereitschaftskosten für Personal und Maschine nicht gedeckt.

Die beiden Flugdienste der Deutschen Rettungsflugwacht sollen nach privatwirtschaftlichen Kriterien arbeiten, ihre Luftrettungsorganisation soll voll in den bodengebundenen Rettungsdienst integriert werden. Die DRF will dabei keine neuen Modelle der Flugrettung entwickeln, vielmehr die Erfahrungen anderer Institutionen bei ihrer Arbeit verwerten und an der Koordinierung der verschiedenen Instrumente der Luftrettung mitwirken.

bfa-SOS-Information



bfa-Ölsperren/bfa-Schlauchboote/bfa-Falt-tanks/bfa-Transport- und Bergungskörper für Land und See flexibel, handlich, wirtschaftlich, bewährt im Schnell-Einsatz bei Feuerwehren, THW, Wasser-, Grenz- und Zivilschutz, für Katastrophenfälle, Rettungs- und Vorsorgemaßnahmen.

bfa-Rettungsflöße bieten den Erfahrungsvorsprung aus über 75-jähriger Praxis.

bfa-Sicherheit der man sein Leben anvertraut.

**Ballonfabrik See- und Luftausrüstung
D 89 Augsburg 31,**

Postfach 280, Tel. 08 21/29395, Telex: 05-3 626



Schicken Sie uns kostenlos und unverbindlich mehr Informationen über

- | | |
|---|---|
| <input type="radio"/> bfa-Ölsperre | <input type="radio"/> bfa-Schlauchboote |
| <input type="radio"/> bfa-Faltpfands | <input type="radio"/> bfa-Rettungsflöße |
| <input type="radio"/> bfa-Schutz-bekleidung | <input type="radio"/> bfa-Schwimmwesten |

Name: _____

Firma: _____

Ort: _____



Klaus Mies

THW-Jugendgruppe unternahm Ausbildungsfahrt

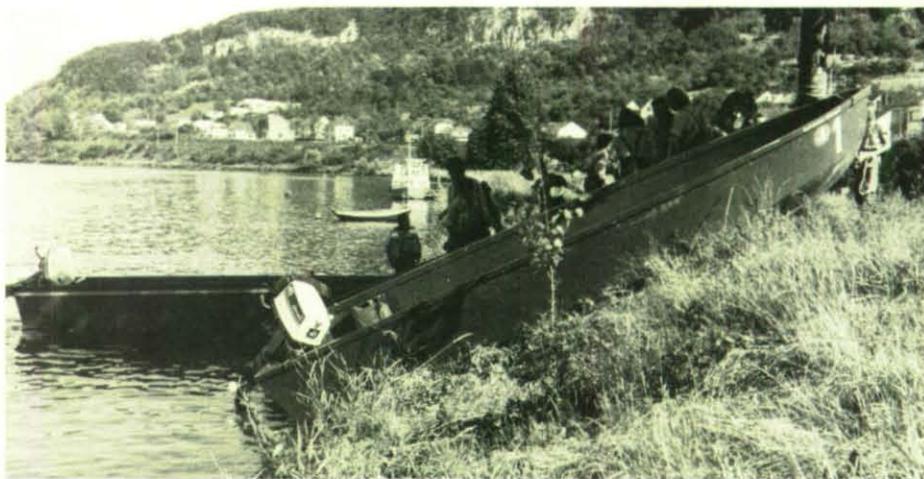
Trocken durch Stromschnellen

Junghelfer bereiteten sich auf Aubo-Lehrgang vor

In diesem Jahr gab es — wie sonst üblich — für die Jugendgruppe des THW-Ortsverbands Beuel keine Möglichkeit, einen Ausbildungslehrgang in Hoya zu belegen. Dafür wurde eine Ausbildungs- und Wanderfahrt auf Saar und Mosel unternommen. Das Ausbildungsprogramm zielte darauf ab, einen Teil der Jugendgruppe auf einen Aubo-Lehrgang vorzubereiten. Ferner sollten alle Junghelfer die Erkundung fremder Gewässer durchführen.

Nachdem der THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen und das Bundesamt für Zivildienst die Idee gutgeheißen hatten, begann am 26. Juli die Fahrt mit zwölf Junghelfern, vier Führungskräften, drei Booten, vier Außenbordmotoren und drei Kraftfahrzeugen. In vier Stunden wurde das Ziel, der Campingplatz Konz unterhalb der Saarmündung in die Mosel, erreicht. Das weite Tal mit flach ansteigenden Weinbergen lud ein, hier für acht Tage die Zelte aufzuschlagen.

Am nächsten Tag wurde mit der Ausbildung begonnen. Während von den jungen Helfern aus Kunststoffässern und Holz ein Anlegesteg gebaut wurde, erkundigten sich zwei Führungskräfte beim Wasserstraßenamt Trier über die Wasserverhältnisse im Saarmündungsgebiet. Das Ergebnis war nicht erfreulich: Untiefen, Stromschnellen und sinkender Pegelstand. Nach erfolgtem Stegebau ging es zu Wasser: Die ersten Flußkilometer in der Saarmündung brachten keine Schwierigkeiten. Bald jedoch mußten die Paddel zum Loten benutzt werden. Um die Aubo-Propeller möglichst wenig zu gefährden, wurden die Boote vorn stark belastet und die Motorsperre ausgelöst. Diese anstrengende Fahrt dauerte über zwei Stunden; dann galt es, eine Stromschnelle zu überwinden. Eine Besichtigung vom Ufer her ließ erkennen, daß dies möglich war. Trotz der Wassergeschwindigkeit von 1,5 bis 2 km/std.



In der Mittagspause werden die Boote an Land gezogen.



Der Markierungspunkt muß angefahren werden — angespannt halten die Junghelfer Ausschau.



BO 105. Ein echter Mehrzweckhubschrauber ohne Kompromisse.

Für Reise- und Verbindungsflüge fünf bequeme Sitze, volle IFR-Ausrüstung, Blindflugtauglichkeit, 235 km/h Reisegeschwindigkeit und 575 km Reichweite (mit Zusatztanks 1100 km).

Bei einem Abfluggewicht von 2,3 t übertrifft die Zuladungskapazität das Leergewicht; 1,5 m³ Laderaum stehen zur Verfügung; Außenlasten bis zu 1 t können am Haken befördert werden.

Für Offshore-Einsätze im Flug aufblasbare Notschwimmer.

Für Rettungseinsätze eine Winde mit 2-Personen-Tragkraft und Platz für zwei Krankentragen nebeneinander in der Kabine.

Und schließlich für alle Verwendungsarten verblüffende Wendigkeit und sofortige Reaktion auf den geringsten Steuerausschlag; Schrägländefähigkeit bis 15° Bodenneigung; die Sicherheit von 2 Turbinen mit je 400 PS; die Sicherheit, auch mit einer noch weiterfliegen zu können. Das gelenklose Rotorsystem mit Blättern aus glasfaserverstärktem Kunststoff erspart eine Menge wartungsbedürftiger Teile und läßt den BO 105 so vibrationsfrei fliegen, wie Sie es bei kaum einem anderen Hubschrauber erleben werden.

Militärische Einsatzmöglichkeit auf Anfrage.

BO 105 – der einzige Serienhubschrauber seiner Klasse mit 2-mot.-Sicherheit.

MBB

MESSERSCHMITT-BÖLKOW-BLOHM

Unternehmensbereich Drehflügler
D-8 München 80, Postfach 801140



gelang das Manöver mit allen Booten einwandfrei. Oberhalb der Stromschnelle zwang das flache Wasser dann die Gruppe, die Fahrt an diesem Tag zu beenden.

Auch Ölschadensbekämpfung geübt

Der folgende Tag war sehr abwechslungsreich in der Ausbildung. Geübt wurden An- und Ablegen vom Ufer, Bergung von Gegenständen, Ausfall des Motors, Paddeln und auch das Schleppen von B-Schläuchen auf der Wasserfläche zur Ölschadensbekämpfung. Unterbrechungen gab es durch Wanderfahrten auf der Mosel nach Wasserbillig, Port de Mertert, Grevenmacher und zur Schleuse in Trier.

Nun wollten die Junghelfer auch die Saar erkunden und ließen daher einen Tag darauf die Boote von den Kraftfahrern nach Saarburg bringen. Nach der Besichtigung der Stadt paddelten sie dann ohne Motorkraft die Saar hinunter. Langsame Strömung wechselte sich mit Stromschnellen ab. Immer wieder war es spannend, für die Boote den richtigen Weg zu finden. Die Helfer stellten sich dabei die Frage, ob es Können oder Glück war, daß sie immer trocken die Aufgaben bewältigten. Auf jeden Fall machte die Fahrt ohne Aubo allen die größte Freude, und die Jungen hoffen, daß ein derartiges Unternehmen in größerem Umfang wiederholt wird.

Geselligkeit am Lagerfeuer

Auch die übrige Ausbildung hat den Teilnehmern Vergnügen bereitet. Die intensivste Übung erfolgte im Zuwasserlassen, Bestücken, Entladen und Aufladen der Boote. Zur guten Stimmung trugen die geselligen Abende am Lagerfeuer, das gute Essen und das schöne Sommerwetter bei. Der letzte Nachmittag diente der Besichtigung von Trier mit den römischen Bauten, deren Stadtbild auf die Jugendgruppe einen anziehenden Eindruck machte. Am nächsten Tag ging es wieder zurück nach Beuel. Zuvor stellten die Junghelfer beim Abschied vom Campingplatz fest, daß sie den Verwalter so schnell nicht vergessen werden, da er für sie immer Verständnis hatte.

Trotz der für Jugendliche nicht immer leichten Arbeit war es alles in allem ein gelungenes Unternehmen, das keinen enttäuschte.



Der Aubo ist ausgefallen — jetzt geht es mit Muskelkraft weiter.



Die Mündung der Sauer (Luxemburg) ist Anglergebiet, hier wird der Motor abgeschaltet.



In flotter Fahrt auf der Mosel.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. Nach einem Gesetzentwurf der Landesregierung sollen die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für einen weiteren systematischen Ausbau des Katastrophenschutzes geschaffen werden. Innenminister Rudolf Titzck erwartet von dem Gesetz neue Impulse, damit sich noch mehr Männer und Frauen zur Verfügung stellen. Es wird angestrebt, die Zahl der freiwilligen Helfer von 18 000 auf 27 000 zu erhöhen.

Ein neues Rettungsdienst-Gesetz wird, wie Landessozialminister Karl Eduard Claussen sagte, etwa in zehn Jahren realisiert sein. Bis dahin sollen in den Kreisen und kreisfreien Städten zehn zentrale Rettungsleitstellen errichtet werden. Hinzu kommen 21 neue Rettungswachen und Investitionen für Ergänzungen in den 55 schon vorhandenen Rettungswachen. DRK, ASB, JUH und MHD sowie kreiseigene Beförderungsdienste und private Unternehmer sollen der neuen Organisation angepaßt und in sie eingegliedert werden.

Die Rettungsstellen sollen rund um die Uhr mit mindestens zwei Personen besetzt sein, alle Einsätze der ihnen unterstellten Rettungswachen lenken und im Bedarfsfall die Hilfe der Polizei, der Feuerwehr, des THW oder anderer Einrichtungen — wie Hubschrauber der Bundeswehr (SAR) — anfordern.

*

Flensburg. In der Petrischule machte Se-Fachlehrer Gerd Schreiber das Lehrerkollegium mit der Handhabung der in der Schule befindlichen Löschgeräte vertraut. Bei einer Übung auf dem Schulhof zeigte sich, daß fast alle Lehrkräfte die hoch auflodernden Flammen mit einem oder zwei Löschstößen aus einem Pulverlöscher ersticken konnten.

*

Elmshorn. Für die Ausbildungshelfer der BVS-Dienststelle Pinneberg fand

im DRK-Heim eine Arbeitstagung statt. Dienststellenleiter Plewig zeigte den Film „In jedem Augenblick“ und Oberamtsrat Soltan, Bauberater der BVS-Dienststelle, sprach über den Stand des Schutzraumbaues. Mit der Pflege und Wartung von Tonfilmprojektoren machte Geräteverwalter Lukas vertraut. Fachbearbeiter Buhmann berichtete über Erfahrungen bei öffentlichen Informationsveranstaltungen und Se-Grundlehrgängen an Schulen.

*

Neumünster. Seit Pfingsten wird jetzt durch die Kirche Unfallhilfe angeboten. In Neumünster haben sich die ersten 28 freiwilligen Helfer des „Kirchlichen Unfalldienstes“ (KUD) für einen Einsatz entlang der Autobahn Hamburg-Schleswig in enger Zusammenarbeit mit der Polizei bereitgestellt. Es ist ihre Aufgabe, Verunglückte am Unfallort zu betreuen, sich um Unterkünfte zu bemühen, Dolmetscher herbeizuführen sowie auch Krankenhausbesuche zu machen. Bei Bedarf erhalten Unfallopfer über das Diakonische Werk der Landeskirche zinslose Darlehen, wenn sie damit ihre Reise fortsetzen können. Weitere Hilfsgruppen sollen zunächst in Kaltenkirchen und in Schleswig aufgestellt werden.

Lehrgangsquote verdoppelt

Im 1. Halbjahr 1974 hat die Arbeit der BVS-Dienststelle Neumünster bereits einen derartigen Aufschwung genommen, daß mehr Lehrgänge durchgeführt wurden als im gesamten vergangenen Jahr. Das Betreuungsgebiet der Dienststelle erstreckt sich auf das Stadtgebiet Neumünster sowie auf die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön. In Neumünster wurden bis zur Sommerpause 104 Se-Grundlehrgänge durchgeführt (1973 insgesamt 101). In den ersten sechs Monaten 1974 wurden

außerdem 19 Fachlehrgänge veranstaltet (Vorjahr insgesamt 31). In Neumünster und im Kreis Rendsburg-Eckernförde fanden 69 Aufklärungsveranstaltungen statt und im Kreis Plön 39. Außerdem wurde in Rendsburg, Eckernförde und Nortorf jeweils zwei Wochen die fahrbare Zivilschutzausstellung der Landesstelle eingesetzt. Im September soll die fahrbare Zivilschutzausstellung in Plön eingesetzt werden, und auf der NORLA in Rendsburg wird die BVS-Dienststelle mit einem eigenen Stand vertreten sein. Für den Norddeutschen Baumarkt wird die Übungshalle hinter der Holstenhalle mit dem Motto „Immer ist der Mensch von Gefahren umgeben“ hergerichtet.

Auf der PRODUCTA 1974

Die diesjährige BVS-Schau bei der PRODUCTA 1974 in der Ostseehalle Kiel wollte den Besuchern einen Denkanstoß geben. Es sollte ihnen durch Bild- und Schrifttafeln, Filme, Informationsmaterial sowie in aufklärenden Gesprächen nahegelegt werden, daß es bei einer Katastrophe weit weniger Opfer und Verluste geben würde, wenn möglichst viele Menschen vor dem Eintreffen der berufsmäßigen und freiwilligen Hilfsdienste zu spontaner Selbst- und Nächstenhilfe fähig seien. Deshalb der Appell zur Information, Beratung und Ausbildung beim Bundesverband für den Selbstschutz.

Diesmal hatte man den BVS-Stand möglichst einfach gestaltet, damit das Wesentliche um so mehr in Erscheinung trete: Im Wechsel mit Darbietungen von Filmen über den Selbstschutz und den Katastrophenschutz zeigten die Hilfsdienste praktische Vorführungen. In der Mitte des Standes konnte man eine äußerst realistisch gestaltete Unfall-Darstellung in einem Haushalt sehen. Die Dienststelle Kiel konnte mit den Personen, die sich während der Ausstellung dazu bereit erklärt hatten, bald danach einen Selbstschutz-Grundlehrgang durchführen.

Gute Gelegenheit genutzt

Die Großveranstaltungen der Landesgruppe I Hamburg-Schleswig-Holstein des Deutschen Schäferhundevereins mit Leistungswettbewerb und Hundeschau wurden bisher in größeren Städten des norddeutschen Raumes durchgeführt. In diesem Jahr wurde dazu der kleine, im Kreis Pinneberg liegende Ort Tornesch gewählt. Neben dem THW wurde der BVS eingeladen, Information über den Katastrophenschutz zu geben. Für die Betreuung der Besucher war das DRK und der ASB zuständig. Vom BVS wurde die Fahrbare Zivilschutz-Ausstellung (FZA) der Landesstelle entsandt. Außerdem wurde die FAST der BVS-Dienststelle Pinneberg eingesetzt. Von den über 1000 Besuchern ließen sich viele in der umfangreichen Ausstellung des BVS informieren.

Zusammenarbeit

In Pinneberg konnte ein Informationsseminar des BVS mit den Ortsvorsitzenden des Verbandes der Heimkehrer aus dem Kreisgebiet durchgeführt werden. Nach der Einführung in das Seminar durch Dienststellenleiter Plewig sprach Fachgebietsleiter Hoberg über „Zivilverteidigung — Zivilschutz — Katastrophenschutz — Selbstschutz, eine Darlegung der Zusammenhänge“. Es folgte das Referat des Leiters der BVS-Schule in Ascheberg, Koch-Vollstedt: „Die Wirkungen moderner Angriffsmittel und der Sinn selbstschutzmäßiger Vorkehrungen dagegen“. Einen Überblick über „Möglichkeiten und Grenzen des Schutzraumbaus“ gab Ingenieur Handt, Mitarbeiter der BVS-Dienststelle. Nach den Referaten gab der Leiter der Fahrbaren Ausbildungs-

stelle, Boldt, mit seinen Mitarbeitern den Veranstaltungsteilnehmern durch Vorführungen einen Einblick in den praktischen Teil eines Selbstschutzhanges.

Willy Meßer †

Einer von den Menschen, die sich freiwillig und uneigennützig bis in das hohe Alter hinein der humanitären Aufgabe im BVS zur Verfügung stellen, war Willy Meßer. Seit 1965 war er Sachbearbeiter für das Kassen- und Rechnungswesen der geleiteten Dienststelle Schleswig. In Anerkennung und als Dank für seine treuen Dienste wurde ihm 1972 die BVS-Ehrennadel verliehen. Willy Meßer starb am 27. Juli im 76. Lebensjahr. BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl nannte den Verstorbenen in seinen Abschiedsworten ein Musterbeispiel für den Dienst an der Allgemeinheit.

HAMBURG



Aktiv für Sonnenwende

Bei der Sonnenwendfeier des Kultur- und Bildungswerks Billstadt-Horn waren die Hilfsorganisationen aus Hamburg-Mitte wieder aktiv dabei. Die BVS-Dienststelle hatte ihren Informationsstand aufgebaut und verteilte an Interessenten Informationsmaterial. Der 1. Vorsitzende, Wolfgang Wendorf, dankte in der Eröffnungsansprache den Hilfsorganisationen, die bei allen kulturellen Veranstaltungen im Ortsverein vorbildlich zusammenarbeiten und mit ihren Helferinnen und Helfern immer mehr in das Bewußtsein der Bevölkerung hineinwachsen.



Restlos vernichtet wurde bei einem Brand dieses Übungsgelände.

Opfer der Flammen

Aus bisher ungeklärter Ursache ist die Baracke mit den Lehrsälen, Umkleieräumen und dem Gerätelager auf dem zentralen Hamburger Übungsgelände in Hamburg-Langenhorn, An der Holtkoppel, ein Opfer der Flammen geworden. Damit wurde ein Werk zerstört, das in unzähligen freiwilligen Arbeitsstunden von den Helferinnen und Helfern der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord aufgebaut und betreut wurde. Im Jahre 1968 wurde dieses Übungsgelände zur zentralen Ausbildungsstätte für alle Hamburger Dienst-

Lehrreiche Abwechslung

Angeregt durch Informationstagen für Sicherheitsbeauftragte verschiedener Hamburger Firmen, beschloß Fachgebietsleiterin II 5, Paula Fietzke, für ihre Helferinnen als Anerkennung für die aktive Mitarbeit eine Werksbesichtigung zu vermitteln. Es gab ein fröhliches Wiedersehen, als fast 40 Teilnehmerinnen aus den Hamburger BVS-Dienststellen nebst einigen Mitarbeitern sich vor dem Werkstor trafen. Die Werksbesichtigung fand in kleinen Gruppen statt. In allen Abteilungen gab es

stellen. Gemeinsam mit den Behörden wird nun versucht, so schnell wie möglich mit dem Wiederaufbau zu beginnen, damit die BVS-Dienststellen die praktische Ausbildung fortsetzen können.

viel Interessantes zu sehen, zumal hier Dinge des täglichen Bedarfs hergestellt werden. Was besonders in diesem Teilnehmerkreis vermerkt wurde, waren die mit Hinweise versehenen Sicherheitsvorkehrungen. Nach zwei Stunden versammelten sich in der Kantine alle Gruppen, um mit Damen und Herren der Informationsabteilung zu diskutieren. Als alle Fragen beantwortet waren, dankte Abteilungsleiter Kaum den BVS-Helfern für ihre freiwillige Tätigkeit für die Allgemeinheit und für ihre Diskussionsfreudigkeit.

Quer durch Niedersachsen

Hannover. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1974 verbuchte die BVS-Landesstelle folgende Ergebnisse: 1 500 Se-Grundlehrgänge mit 34 281 Teilnehmern, 214 Se-Fachlehrgänge mit 3 469 Teilnehmern, 314 Informationsvorträge mit 9 570 Teilnehmern, 28 Ausstellungen, 22 Einsätze mit dem Ausstellungsbus und 26 Informationsseminare mit 990 Teilnehmern.

✱

Auch in diesem Jahre wurde dem BVS von der Landeshauptstadt wieder die Gelegenheit gegeben, Sportler in einem Trainingslager im Selbstschutz zu unterweisen. Über 1 300 Personen werden voraussichtlich teilnehmen.

✱

Mit einem illustrierten Leistungsbericht über die Tätigkeit des BVS in Niedersachsen während der vergangenen Jahre trat die BVS-Landesstelle in diesem Jahre erstmalig an die Öffentlichkeit. Die Broschüre „Eine Gemeinschaft für die Gemeinschaft“ hat aufgrund der vielen spontanen Berichte aus BVS-Dienststellen offensichtlich eine seit langem bestehende „Marktlücke“ geschlossen.

Nach dem Versand mit Begleitschreiben an alle gewählten Volksvertreter soll die Dokumentation als illustrierte Visitenkarte bei wichtigen Kontaktbesuchen Verwendung finden.

Meppen. Eine groß angelegte Ausstellungsreihe organisieren die Städte Nordhorn, Meppen und Aschendorf. Es geht dabei um die Verdeutlichung des Selbstschutzgedankens. Auf Anregung der BVS-Dienststelle werden sich auch die am Ort ansässigen Katastrophenschutzorganisationen mit Gerät und Bild an der Ausstellung beteiligen, um der Bevölkerung die Möglichkeit einer abgerundeten Information zu bieten. Zur Eröffnung durch den Hauptverwaltungsbeamten sind die Einladungen bereits erfolgt.

Gemeinsamer Stand

Einen gemeinsamen Stand hatte die BVS-Dienststelle Northeim mit den Ortsverbänden des THW und der JUH in Northeim anlässlich der Leistungsschau „Zwischen Harz und Solling“ aufgebaut. Diese KatS-Ausstellung erläuterte die Vorsorge-

maßnahmen des Staates, seine Aufgaben im erweiterten Katastrophenschutz sowie eigene Vorsorgemaßnahmen und den Selbstschutz.

Das THW zeigte an praktischen Beispielen einen Einblick in seine Tätigkeit. Außerdem hatte das THW für die Aussteller an den 110 Ständen die Verpflegungsbeschaffung (Betreuungsdienst) übernommen. Auf dem BVS-Stand zeigten die Johanniter den Besuchern die elementarsten Maßnahmen der Ersten Hilfe, hier konnten die Besucher unter Anleitung der Bereitschaftsführerin, Frau Gertrud Mutzke, an einem Phantom die Wiederbelebung der Mund-zur-Nase- oder Mund-zu-Mund-Beatmung üben. BVS-Fachbearbeiter Otto Schütze (Hannover) sagte in einer Pressebesprechung: „Eine derartige Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen ist gerade auf Ausstellungen wichtig, um die Bevölkerung mit der Notwendigkeit und Möglichkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen vertraut zu machen.“ Schütz schloß daraus, daß der Stand ständig während der Ausstellung von den weit über 30 000 Besuchern umlagert war, daß hier ein echtes Informationsbedürfnis seitens der Bevölkerung bestehe.

Bremen

BVS stellt im Supermarkt aus

Ein gutes Echo bei der Bevölkerung in Bremen-Nord fand die BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ im Supermarkt „real-kauf“ am Verteilerkreis Bremen-Ihlpohl. Schon die blau-gelben Hinweisschilder auf den Kundenparkplätzen machten auf die Ausstellung aufmerksam. Die Dienststelle hatte zusätzlich in der geräumigen Kassenhalle einen Informationsstand mit der Hausapotheke, innerhalb der Lebensmittelabteilung weitere Stelltafeln, wie „Das kleine ABC der Vorratshaltung“ mit dem Grundvorrat von zwei Wochen für einen Zwei-Personen-Haushalt, und in der Camping- und Freizeitabteilung „Vorbeugender Brandschutz“ mit 2-kg-Haushalts-/

PKW-Feuerlöschern und Verbandkästen aufgebaut. Abschluß der 14tägigen Ausstellung war am letzten Tag die kostenlose Essenausgabe, gespendet vom Supermarkt. Über 480 Portionen Erbsensuppe wurden aus der Feldküche einer Sanitätsbereitschaft ausgegeben.

Rückblende auf die Leistung

Die Dienststelle Bremen führte im 1. Halbjahr 1974 in der Öffentlichkeitsarbeit 47 Informationsveranstaltungen vor 1645 Interessenten und eine 14tägige Ausstellung mit über 2700 Besuchern durch. In der Ausbildung wurden 21 Se-Grundlehrgänge mit 425 Teilnehmern und 7 Fachlehrgänge mit 122 Teilnehmern abgeschlossen.

Neben 3 Se-Übungen mit 65 Teilnehmern erfolgten ferner 7 fachliche Unterrichtungen, an denen sich 451 Personen — davon 45 weiblich — beteiligten. An 9 gemeinsamen Arbeitsgemeinschaften (II 2 und II 4) nahmen 164 BVS-Helferinnen und -Helfer teil.

Theater fördert Arbeit des BVS

Das Niederdeutsche Theater Bremen hat sich bereit erklärt, innerhalb der Spielzeit 1974/75 die Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle Bremen zu unterstützen. Unter der Überschrift „Zivil- und Katastrophenschutz, eine Aufgabe von Staat und Bürger“ werden im Foyer des Theaters Tafeln der BVS-Informationsausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ gezeigt.

Ehrennadel für Oberstadtdirektoren



Ministerialdirigent Knop heftet Dr. W. Fischer die Ehrennadel an; im Hintergrund links Dr. W. Bauer, rechts Landesstellenleiter Kopsieker

In einer Feierstunde in der BVS-Schule in Körtlinghausen überreichte Ministerialdirigent Knop, Leiter der Abteilung VIII im Innenministerium Nordrhein-Westfalen, in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des BVS die BVS-Ehrennadel an Oberstadtdirektor Dr. Bauer (Leverkusen), Oberstadtdirektor Dr. Fischer (Solingen) und Landesoberamtmann a. D. Wilke vom Landschaftsverband Rheinland in Köln.

BVS-Vorstandsmitglied Knop ging in seiner Ansprache zunächst auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Selbstschutz ein, um dann die schwierige Situation der Hauptverwaltungsbeamten, der Behördenleiter und des BVS bei der ihnen durch Gesetz gestellten Aufgabe zu schildern. Er wandte ein, daß es bereits schwer sei, den einzelnen im täglichen Leben zur Vorsorge gegenüber den Gefahren des Alltags zu bewegen, da die erforderlichen, wenn auch kleinen Mühen keinen zusätzlichen Gewinn an Lebensfreude versprechen und Ausgaben für diesen Zweck sogar zu einem Verzicht auf angenehmere Dinge zwingen können. Noch schwieriger sei es, die Selbstschutzbereitschaft der Bevölkerung gegenüber Gefahren zu wecken, die von Waffeneinwirkungen im Verteidigungsfall ausgehen und deren Milderung oder Beseitigung Inhalt des eigentlichen Selbstschutzes ist. Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten, des Behörden-

leiters und des BVS sei, bestehende Interessenlosigkeit, manchmal sogar Abneigung, gegenüber dem Selbstschutz abzubauen.

Knop wandte sich dann den zu Ehrenden zu, deren Zusammenarbeit mit dem BVS besondere Erfolge gezeitigt hat.

Oberstadtdirektor Dr. Fischer habe gleich nach Bekanntwerden der Wwv-Selbstschutz der BVS-Dienststelle Solingen den Auftrag erteilt, die Information und Ausbildung der Bevölkerung durchzuführen. Den Firmen wurde empfohlen, zum Aufbau des Betriebsselbstschutzes mit der BVS-Dienststelle die Verbindung aufzunehmen.

Oberstadtdirektor Dr. Bauer habe bereits vor Verabschiedung des KatSG der BVS-Dienststelle Unterlagen zur Verfügung gestellt, die ihre Arbeit wesentlich erleichterten. Die von ihm veranlaßte „Aktion zum Aufbau des Betriebsselbstschutzes“ wurde von der BVS-Landesstelle den Dienststellen als beispielgebend vorgestellt. Auch die Errichtung eines Katastrophenschutz-zentrums gehe auf seine Initiative zurück.

Landesoberamtmann a. D. Wilke war von 1967 bis zu seiner Pensionierung 1973 Behördenselbstschutzleiter im Landschaftsverband Rheinland. Der Landschaftsverband verfügt heute über etwa 1200 im Selbstschutz ausgebildete Bedienstete und eine beachtliche Geräteausstattung. Dieses Ergebnis sei entscheidend auf sein Wirken zurückzuführen.

Anschließend überreichte Ministerialdirigent Knop ihnen die BVS-Ehrennadel als Dank und Anerkennung. Auch BVS-Landesstellenleiter Kopsieker dankte den Ausgezeichneten für ihr beispielhaftes Eintreten für die Belange des Selbstschutzes und die tatkräftige Unterstützung des BVS.

„Tag der offenen Tür“ in Kölner Kaserne

In der Kaserne in Köln-Butzweilerhof war die Vereidigung der Rekruten Anlaß für einen „Tag der offenen Tür“ des gastgebenden Transportbataillons 801 unter ihrem Kommandeur Oberstleutnant Illig. Zu Gast waren u. a. Landtagspräsident Dr. Lenz, Parlamentarischer Staatssekretär Wischnewski, Generalvikar Monsignore Nettekoven und der Leiter des Heeresamtes, Generalleutnant Lemm, sowie Mitarbeiter der Kölner BVS-Dienststelle.

Auf Wunsch der Einheit hatte der BVS zur Information und Vorführung vier Stationen aufgebaut. Mit dem Fahrzeug der FAst wurden Selbstschutzgeräte vorgestellt und die Zusammenarbeit mit dem Transportbataillon 801 erläutert. An anderer Stelle gab der BVS Einblick in seine Ausbildungsarbeit im Brandschutz und bot verschiedene Übungsmöglichkeiten. Am Informationsstand wurden Broschüren über den Selbstschutz verteilt und Aufklärungsgespräche mit Besuchern geführt. Es wirkten dabei vier ha. und vier ea. BSV-Helfer mit. Annähernd 4000 Besucher nutzten die Gelegenheit zur Information. Es waren zu 90 Prozent Zivilisten, denn die Eltern der Rekruten und viele Kölner waren der Einladung gefolgt.

Frauengruppen informieren sich

37 Mitglieder der SPD-Frauengruppen Soest, Suttrop, Belecke und Rütten trafen sich zur Information in der BVS-Schule Körtlinghausen. Die Zusammenkunft war von der BVS-Schule und der Dienststelle Arnsberg angeregt worden.

Der Leiter der BVS-Schule, H. D. Awiszus, gab einen Überblick über den Zivilschutz, wobei er dem Selbstschutz der Zivilbevölkerung besondere Aufmerksamkeit widmete.

Praktische Vorführungen auf dem Übungsgelände und Filme verdeutlichen das weite Gebiet des Selbstschutzes. In der Aussprache zeigte sich das starke Engagement dieser Frauen gegenüber der lebenswichtigen Frage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und der Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Rückgang gestoppt

Eine Analyse der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 1973 auf dem Sektor „Frauen“ ergab einen beträchtlichen Rückgang von Informationsveranstaltungen, denn nach Ausscheiden der Fachgebietsleiterin war das Fachgebiet längere Zeit verwaist. Nachdem diese Planstelle wieder ehrenamtlich besetzt war, konnten auf einer Arbeitstagung der Fachbearbeiterinnen der Dienststellen die Weichen für 1974 gestellt werden. Nach fünf Informationsveranstaltungen im 1. Halbjahr 1974 folgten zahlreiche Aufklärungsveranstaltungen auf Ortsebene. Das Ergebnis war, daß annähernd 17 000 Frauen und junge Mädchen mit dem Zivilschutz und dem Selbstschutz bekannt wurden. Für das 2. Halbjahr 1974 sollen in

einer Arbeitstagung weitere Empfehlungen für die Dienststellen besprochen werden.

Hausfrauen besuchten die Landesschule

Erneut wurden für Vorstandsmitglieder des Deutschen Hausfrauenbundes zwei Informations tagungen in der BVS-Landesschule veranstaltet. Dazu hatten die BVS-Dienststellen Oberhausen und Schwelm eingeladen. Mit einer für Frauen besonders geeigneten Übersicht wurde die Bedeutung der Mitarbeit der Frau bei Aufgaben der Sicherheit und des Schutzes von Leben und Gut in verschiedenen Gefahrensituationen herausgestellt. Alle Vorsorge werde fraglich, betonte Frau Darimont, wenn es nicht gelinge, mehr Frauen für das Anliegen des Selbst- und Zivilschutzes zu gewinnen. In allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen seien es immer wieder die Frauen, die sich für die humanitäre Hilfe einsetzen und darüber hinaus wertvolle Werbung leisten könnten. Eine fachliche Information über

Gefahren und Schutzmöglichkeiten und eine Vorführung von Selbsthilfemaßnahmen ergänzten die Informationstagung.

Britische Gäste in Münster

Seit Jahren unterhält die DLRG in Münster innerhalb der Städtefreundschaft mit York eine freundschaftliche Verbindung zum Water-Lane-Youth-Club (WLYC) in York/England. Im Juli hatte sie wieder 25 Mitglieder dieses Clubs eingeladen. Am Programm für die Gäste wirkte auch die BVS-Dienststelle Münster mit und führte einen Se-Grundlehrgang mit praktischen Brandschutzthemen durch. Zur Vorführung gelangten Ablöschen von Ölbränden mit dem Feuerlöscher, Ablöschen brennender Personen und die Bekämpfung eines Kleinbrandes mit der Einstellspritze.

Nach der Vorführung wurden Fahrzeuge eines Löschzuges der freiwilligen Feuerwehr und einer Sanitätsbereitschaft besichtigt. Die Gäste stellten sachliche Fragen, auch zur Organisation sowie der freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeit.

Hessen



Frauen für Se-Grundlehrgang

Der SPD-Unterbezirk Herzfeld-Rotenburg der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ führte in Bad Hersfeld einen Vortragsabend mit dem Thema „Selbstschutz — Unfallverhütung im Haushalt“ durch. Jährlich ereignen sich in den Haushalten in der Bundesrepublik durchschnittlich 11 000 Unglücksfälle mit Todesfolge. Wenn die Hausfrauen besser aufgeklärt wären, könnte vielleicht jeder Dritte noch gerettet werden.

Die BVS-Dienststelle Rotenburg hatte für diese Veranstaltung drei Mitarbeiter beauftragt, die in Referaten und mit zwei Filmen die Teilnehmerinnen aufklärten, was bei Unfällen im Haushalt als erste Hilfe getan werden kann. Die Veranstaltungsleiterin teilte mit, daß sich viel Zuhörerinnen entschlossen haben, im Winterhalbjahr an einem zwölfstündigen Se-Grundlehrgang teilzunehmen. Sie wollten mit gutem Beispiel vorangehen, denn es sei auch ihre Aufgabe, Menschen, die in Not sind, zu helfen.

Auch beim Rosenfest dabei

Ein Großteil der Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Hessen entfällt auf die Kontaktpflege mit Besuchern verschiedener Messen und Ausstellungen, die in nord- und südhessischen Städten alljährlich oder im Abstand von zwei Jahren üblich sind und sich eines großen Interesses erfreuen.

So war der BVS in diesem Jahr mit Informationsschauen auf der Ausstellung für Industrie, Handel, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft „Limburg 74“, bei der Nordhessenschau im 1000jährigen Eschwege, der Odenwald-Ausstellung in Michelstadt und dem Steinfurther Rosenfest, der größten Rosenschau Deutschlands. Zu diesen Veranstaltungen kommen auch viele Besucher aus der weiteren Umgebung. So ist es möglich, auch Bewohner kleiner Gemeinden anzusprechen, die sonst nur sehr schwer zu erreichen sind. Große Beachtung fand auch die Henry-Moore-Ausstellung in der Bezirkssparkasse Laubach im Kreis Gießen.

25 Jahre im Dienst

Reinhold Horn, Fachbearbeiter in der Landesstelle Hessen, arbeitet seit 25 Jahren im öffentlichen Dienst. Bei der Stadtverwaltung seiner Heimatstadt Wiesbaden wirkte er als Behördenluftschutzleiter beim Sozial- und Jugendamt. Seit 1966 steht er hauptsächlich im Dienste des BVS, nachdem er vorher schon einige Jahre als ehrenamtlicher Helfer tätig gewesen war.

Konrad Schluschas †

Konrad Schluschas, langjähriger bewährter Mitarbeiter, ist im Alter von 73 Jahren plötzlich gestorben. Seit dem Jahre 1960 gehörte er dem Verband an und war als ehrenamtlicher Sachbearbeiter der ehemaligen Kreisstelle Schlüchtern und als Ortsstellenleiter tätig. Zuletzt war Schluschas BVS-Beauftragter am Sitz der Kreisverwaltung in Schlüchtern. Die Landesstelle wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Behördenselbstschutz im Aufbau

Nachdem mit Erlaß des Innenministeriums Rheinland-Pfalz vom 25. April 1974 die Empfehlungen des BMI vom 17. Oktober 1972 über den Aufbau des Selbstschutzes in den Behörden generell bekanntgemacht wurde, ist erneut die Verantwortung des jeweils zuständigen Hauptverwaltungsbeamten gem. § 2 und § 7 der Vwv-Selbstschutz vom 11. Mai 1971 auf dem Gebiet des Behördenselbstschutzes besonders hervor gehoben worden.

Damit nun diese Aufgabe im Bereich der verbandsfreien Stadt Alzey und auch innerhalb der Kreisverwaltung Alzey-Worms gelöst wird, fand in der BVS-Dienststelle Alzey in Anwesenheit von Bereichsbeauftragten Schlicke eine Besprechung

statt, an der Kreishauptsekretär Günther als Sachbearbeiter für Selbstschutzangelegenheiten der Kreisverwaltung und als Vertreter der Stadtverwaltung 1. Beigeordneter und Dezernent für Zivilschutz Otto Göttner sowie dessen Sachbearbeiter für Katastrophenschutzangelegenheiten, Steinmetz, teilnahmen.

Nach vorbereitenden städtischen Maßnahmen soll eine Zusammenkunft erfolgen, zu der auch alle Behördenleiter und deren Selbstschutzleiter eingeladen und mit ihren Aufgaben vertraut gemacht werden sollen. Die Kreisverwaltung Alzey-Worms wird gleiche Maßnahmen für die Verbandsgemeindeverwaltungen ergreifen.

für die Bevölkerung mit der Hoffnung, daß diese ihrem eigentlichen Zweck nie zugeführt werden müssen. Die Schutzanlagen stehen nicht nur im Verteidigungsfall, sondern auch in sonstigen Notzeiten und bei Katastrophen zur Verfügung. Im übrigen will die Stadt Mainz auch werbend auf die private Initiative zum Bau von Schutzräumen hinwirken.“ Während der Besichtigung informierte die BVS-Dienststelle Mainz im Zusammenspiel mit der Abteilung Zivilschutz der Stadt die Besucher. Der im Schutzraum aufgebaute Info-Stand war Sammelpunkt interessierter Bürger. Die BVS-Mitarbeiter hatten reichlich Gelegenheit, über Zweck und Aufgabe des BVS sowie über den Selbstschutz im Zusammenhang mit dem Schutzraum zu sprechen.

Zwei Wochen Ausstellung in Alzey

Zwei Wochen lang wurde im Vorraum der Kreissparkasse Alzey die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ gezeigt. Trotz der Urlaubs- und Ferienzeiten haben sich 1718 Personen für die Ausstellung interessiert und wurden über Maßnahmen des Zivilschutzes aufgeklärt. Landrat Rein eröffnete die Ausstellung in Anwesenheit von Landesstellenleiter Kunde und Bereichsbeauftragten Schlicke.

Er wies auf die Wichtigkeit des Zivil- und Selbstschutzes für Bevölkerung, Behörden, Betriebe und alle öffentlichen Einrichtungen hin und bat um verstärktes Interesse und

um Unterstützung des BVS in seinen ständigen Bemühungen, den gem. § 11 KatSG übertragenen Aufgaben gerecht werden zu können.

Er betonte, daß der BVS die Aufgabe habe, die Bevölkerung über die richtige Anwendung des Selbstschutzes für den etwaigen Ernstfall, der nicht unbedingt ein Kriegsfall sein müsse, zu informieren und auszubilden. Darüber hinaus stehe der BVS aufgrund seiner Ausbildungseinrichtungen und langjährigen Erfahrungen jederzeit auch zur weitergehenden Ausbildung im Zivil- und Selbstschutz kostenlos zur Verfügung.

In Trier ausgestellt

„Im Schoß der Erde“ überschrieb Hans Ludwig Schulte im Kulturteil vom „Trierischer Volksfreund“ seine Betrachtung über die Sonderausstellung der „Shelter-Zeichnungen“ des englischen Bildhauers und Malers Henry Moore im Foyer des Stadttheaters in Trier. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung hatte der BVS diese Ausstellung, die durch Großfotos aus den Londoner Bombennächten ergänzt wurde, veranstaltet.

Dank und Anerkennung

Die Zigaretten-Firma HAUS NEUERBURG GmbH Köln, Werk Trier, schrieb der BVS-Dienststelle Trier nach einem Se-Grundlehrgang: „Für die Durchführung des Lehrgangs Selbstschutzmaßnahmen im Katastrophenfall in unserem Werk bedanken wir uns herzlich. Von den Teilnehmern des Lehrgangs wurde bestätigt, daß die Thematik sehr gut war.“

Für den Monat September oder Oktober 1974 haben wir vor, die nächste Gruppe von 15 Mitarbeitern unseres Betriebes von Ihrem Ausbildungspersonal schulen zu lassen.“

Schutzraum besichtigt

Unter dem Schloßplatz von Mainz umschließen 110 cm dicke Mauern einen öffentlichen Schutzraum. Diese neue Mehrzweckanlage, die in Friedenszeiten als Tiefgarage für 70 Kraftfahrzeuge genutzt werden kann, ist mit Liegen und Stühlen möbliert und konnte am 20. Juli von der Bevölkerung besichtigt werden. Die mit einem Kostenaufwand von 8 Millionen DM erbaute Anlage ist der erste in Rheinland-Pfalz fertiggestellte Großschutzraum. Im Ernstfall bietet er 2800 Personen Schutz.

Völlig unabhängig von der Außenwelt könnten in einem Notfall die „Bewohner“ 30 Tage lang geschützt und versorgt leben. Für eine eventuelle Inanspruchnahme gibt es keine „Vorbestellung“, auch nicht für bestimmte Personen oder Gruppen. Die Schutzanlage ist für alle da. Der Baudezernent der Stadt Mainz, Kurt Schneider, erklärte anläßlich der Vorstellung des Bauwerkes gegenüber der „Allgemeinen Zeitung“ in Mainz: „Mit dem Bau öffentlicher Schutzräume trifft der Staat Vorsorge



Dienststellenleiter Gerhard Linden (links) schildert Bürgermeister Schmitt (Hermeskeil) Einzelheiten der Ausstellung.

Sparkassen, wie in Neuwied, Bad Kreuznach, Sobernheim, Idar-Oberstein, Ludwigshafen und Trier. In Lahnstein, Ludwigshafen-Oppau, Trier und Frankenthal wurden auch die Empfangshallen der Rathäuser zur Verfügung gestellt. Aulen und Pausenhallen in Schulen dienten dem Anschauungsunterricht mit Information der Lehrer und Schüler. Bis jetzt haben schätzungsweise 24 000 Personen diese Ausstellung gesehen, und oft wurde die Gelegenheit genutzt, mit Ausstellungsbesuchern Gespräche zu führen, beratend tätig zu sein und für den Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz werbende Schriften zu überreichen. Auch für die zweite Jahreshälfte ist die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ voll eingeplant.

FZA in 22 Orten erfolgreich

Die der BVS-Landesstelle mit der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung (FZA) zugeteilte 17teilige Tafelausstellung „Der Mensch im

Mittelpunkt“ wurde im 1. Halbjahr 1974 an 22 Plätzen gezeigt. Ausstellungsräume waren vornehmlich Schalterhallen von Banken und

SAARLAND



Gemeinsam geht's besser

Kreisfeuerwehrfeste sind Feste besonderer Art, die ihre Anziehungskraft nicht verlieren. So war es auch beim Kreisfeuerwehrtag für den Kreis Merzig in diesem Jahr in Wadern-Bardenbach.

Die BVS-Dienststelle Saarlouis beteiligte sich mit ihrer Ausstellung „Vorsorgen ist Selbstschutz — Der BVS informiert“. Ein kleines Schutzraummodell mit den erforderlichen Hinweisen auf Bundeszuschüsse und steuerliche Abschreibungen fand allgemeines Interesse. Selbstver-

ständig gab diese Ausstellung auch Hinweise über Sirensignale und u. a. über die Verhütung von Haus- und Verkehrsunfällen und die sinnvolle Einrichtung einer Hausapotheke. Nach dem Besuch der Ausstellung bestätigte Innenminister Wilhelm die gute Gesamtkonzeption und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Selbstschutz für jeden Bürger unseres Landes zu einer Selbstverständlichkeit werden möge. Sein Dank galt allen Helferinnen und Helfern, die sich freiwillig einsetzen.

O. R. Wachsmuth ausgezeichnet

In einer feierlichen Zeremonie in der „Bibliothek franco-allemande“ des Generalkonsulats von Frankreich in Saarbrücken wurde am 9. August vier saarländischen und zwei lothringischen Bürgern in Anwesenheit des französischen Konsuls Gastaud für Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft der Orden „Palme d'Offizier de l'Ordre de l'Encouragement Public“ überreicht. Unter den dekorierten vier deutschen Staatsbürgern befand sich der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Saarland, Oskar R. Wachsmuth.

Er erhielt die Offiziersstufe dieses Ordens, der mit Gesetz vom 1. Juli 1901 gestiftet wurde, durch Dekret des Conseil Supérieur in Paris vom 10. Juni 1974. Mit der Verleihung dieser Auszeichnung wurde besonders die publizistische Arbeit des geborenen Thüringers und Wahlsaarländers Wachsmuth honoriert, der sich wiederholt auf politischem, gewerkschaftlichen und nicht zuletzt auf humanitären Gebiet im Zivilschutz um den Brückenschlag über die Grenze bemühte.

„Damit haben Sie“, erklärte Konsul Gastaud, „einen großen Beitrag zum Frieden und zur Schaffung eines vereinten Europas geleistet. Durch Ihre Auszeichnung dankt Ihnen die Republik Frankreich für Ihre aufopferungsvollen Bemühungen.“

Seminar für junge Eisenbahner

Vom 2. bis 4. August führte die BVS-Landesstelle ein Informationsseminar über Zivilschutz und zivile Landesverteidigung in der BVS-Schule Birkenfeld durch, an der 29 junge Eisenbahner des Saarlandes teilnahmen. Das Seminar nahm unter der Leitung des Fachgebietsleiters für Öffentlichkeitsarbeit, Oskar Wachsmuth, einen interessanten Verlauf.

Die sehr aufgeschlossenen und kritischen jungen Gewerkschaftler nahmen an den Vorträgen über „Das Kriegsbild der Gegenwart“ und „Die Aufgaben und Ziele der zivilen Verteidigung“ regen Anteil und zeigten für die Themen „Die

Förderung des privaten und öffentlichen Schutzraumbaues“ und „Die Aufgaben des Selbstschutzes und selbstschutzmäßiges Verhalten“ äußerst großes Interesse. Dieses spiegelte sich in den mit Leidenschaft geführten Diskussionen wider.

Mit dem insgesamt erfolgreich verlaufenen Seminar begann die BVS-Landesstelle Saarland eine neue Informationsreihe für das 2. Halbjahr 1974. Das nächste Seminar folgte vom 21. bis 23. August, an dem Mitglieder der Internationalen Polizei-Assoziation und des Personalrates der Stadtverwaltung von Saarbrücken teilnahmen.

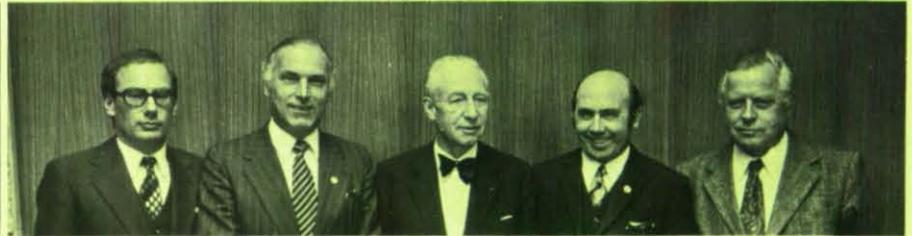
Dr. Arnulf Klett zum Gedenken

Ein Herzversagen hat am Mittwoch, 14. August, dem Leben des weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten, einflußreichen Kommunalpolitikers und dienstältesten Großstadtchefs im Alter von 69 Jahren ein unerwartet plötzliches Ende gesetzt.

Oberbürgermeister Dr. Klett, der seit 1945, also 29 Jahre lang, die Geschicke Stuttgarts leitete, hat sich nicht nur Verdienste um den Wiederaufbau seines „Schtuagart“ erworben, er hat außerdem bedeutende kommunale Organisationen und Verbände in der Bundesrepublik mit gegründet, entscheidend beeinflußt und geleitet. Der BVS verdankt ihm den ersten Aufruf an die Bürgerschaft einer Großstadt zur Mitarbeit im Selbstschutz und eines der ersten Ämter für Zivilschutz.

Halbjahresabschluß

Die Helfer im Dienststellenbereich Heidelberg beschlossen ihre BVS-



Wenige Wochen vor seinem Tode händigte Oberbürgermeister Dr. Klett die BVS-Ehrennadel an drei seiner Mitarbeiter im Rathaus aus: Direktor Maier, Leiter des Amtes für Zivilschutz, Verwaltungsrat Weller, und Angestellten Bähr. Zum Erinnerungsfoto stellten sich (v. l.) Stadtdirektor Dr. Gehring, Verwaltungsrat Weller, Dr. Klett, Direktor Maier und der 1. Bürgermeister Dr. Hahn.

Arbeit im ersten Halbjahr 1974 mit einem frohen Unterhaltungsabend. Dienststellenleiter Wenzel hieß die 44 Mitarbeiter und Gäste, die der Einladung gefolgt waren, herzlich willkommen — darunter auch den ehemaligen Leiter der Landesschule Kreßbach und jetzigen Pfarrer Schipke mit Gattin. Erstmals waren auch Helfer von der ehemals selbständigen Dienststelle Sinsheim mit dabei. Wenzel berichtete über die

seit Januar geleistete Arbeit, die sich mit 121 Aufklärungsvorträgen vor 3765 Zuhörern und 83 Ausbildungsveranstaltungen mit 1368 Personen sehr wohl sehen lassen könne. Die hauseigene Kapelle Olbert spielte mit viel Schwung und Ausdauer zum Tanz, und Herr Reinmuth vom Berufsförderungswerk lockte mit seiner gewaltigen Stimme und seiner Gitarre selbst Sangesunkundige aus der stummen Reserve.

Bayern

OB Bauer informierte sich

Oberbürgermeister Hans Bauer stattete der Dienststelle Weiden einen Besuch ab und ließ sich von Dienststellenleiter Konrad Weigl und Otto Asberger, den Beauftragten für den Zivilschutz der Stadt, über den BVS



Im Unterrichtsraum des BVS in Weiden: (v. l.) Dienststellenleiter Weigl, Oberbürgermeister Bauer und Otto Asberger.

und die Katastrophenschutzeinheiten berichten.

Nach einem Rundgang durch die Räume in der ehemaligen Realschule an der Ringstraße, in der der BVS und die Einheiten des Katastrophenschutzes untergebracht sind, wurden

dem Oberbürgermeister die Unterrichtsgeräte und Unterrichtsmittel sowie die Ausrüstung der Einheiten vorgeführt. Konrad Weigl zeigte dem Oberbürgermeister auch die Wanderausstellung des BVS, die in verschiedenen Einrichtungen der Stadt aufgestellt werden wird.

Konrad Weigl würdigte abschließend die fruchtbringende Zusammenarbeit mit der Stadt Weiden, insbesondere mit dem Leiter des Zivilschutzamtes, Otto Asberger.

Verdiente Männer ausgezeichnet

Ambros Zirk, Leiter der BVS-Dienststelle Landeshauptstadt München, wurde in Anerkennung seiner Verdienste die Ehrennadel des Verbandes verliehen. Zirk war von 1932 bis 1942 in leitender Funktion im RLB tätig. Anfang 1964 stellte sich Zirk ehrenamtlich als Mitarbeiter einer Abschnittsstelle in München zur Verfügung. Ab 1. 4. 1966 war er Leiter der Bereichsstelle München Süd-West und übernahm Ende des gleichen Jahres die BVS-Dienststelle Landeshauptstadt München.

Rudolf Scholz, Leiter der Bereichsstelle München-Ost, wurde für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst geehrt. Scholz ist seit dem 1. 2. 1954 ehrenamtlicher Helfer im Verband. Seit dem 1. 1. 1963 leitete er die Bereichsstelle München-Ost. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Beauftragte in München, Konrad Hinderberger, eine kleine Feier. Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting überreichte die Ehrennadel und die Urkunde zum 25jährigen Dienstjubiläum.

Eduard Klug †

Im Alter von 69 Jahren verstarb in Vilshofen/Niederbayern Eduard Klug. Als früherer Leiter der BVS-Kreisstelle Vilshofen als auch der dortigen späteren Dienststelle des BVS machte sich der Verstorbene um den Selbstschutz der Bevölkerung verdient. Bereichsbeauftragter Zimmermann und eine Abordnung des Verbandes erwiesen ihm die letzte Ehre. Eduard Klug war 18 Jahre als Helfer tätig, er stammte aus Brünn.



Staatssekretär Kiesel (rechts) überreichte Klaus J. Rampf die Auszeichnung.

OB Rampf erhielt Bundesverdienstkreuz

Staatssekretär Kiesel händigte in einer kleinen Feierstunde im Bayerischen Staatsministerium des Innern am 31. Juli OB Klaus Rampf das vom Bundespräsidenten in Würdigung seiner Verdienste um den Verkehrshilfsdienst des THW verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus.

Klaus Rampf, Großhandelskaufmann, wohnhaft in München 90, Edlingerplatz 4, ist maßgeblich an der erfolgreichen Entwicklung des Verkehrshilfsdienstes des THW beteiligt. Seit 1970 hat er an zahlreichen Wochenenden mit besonderer Verkehrsdichte an der Autobahn München-Salzburg als Einsatzleiter des THW-Verkehrshilfsdienstes ein hohes Maß an persönlichem Engagement und Hilfsbereitschaft sowie an organisatorischem und technischem Können bewiesen. Seinem Verständnis für die Einsatzmöglichkeiten und den Aufgabenumfang des Verkehrshilfsdienstes des THW sind die großen Erfolge dieses Dienstzweiges im Raum München ebenso zu danken wie die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei.

1972 wurde ihm zusätzlich die Ausbildung der während der Spiele der

XX. Olympiade zur Unterstützung der Polizei gebildeten 14 Verkehrshilfsdienstgruppen des THW übertragen. Seit Mitte 1973 übernahm er zusätzlich die Führung des Ortsverbandes München-Land und wurde am 1. April zum Ortsbeauftragten des THW für den Landkreis München-Land berufen. Vom Direktor des THW wurde ihm im Dezember 1971 das Helferzeichen in Gold verliehen. Sche.

20 Jahre Ortsverband Bayreuth

Am 13. und 14. Juli feierte der Ortsverband Bayreuth des THW sein 20jähriges Bestehen. Das Festprogramm begann mit einer Fahrzeug- und Geräteschau, die trotz Regen viele Besucher in die Justus-Liebig-Straße führte. Hier konnten sie, wie die einheimische Presse schrieb, „den immensen Fuhrpark ihres Hilfswerkes“ besichtigen.

Zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, Oberbürgermeister Wild und Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz, Vertreter der Regierung von Oberfranken und der Hilfsorganisationen nahmen an der Feier des 20jährigen Bestehens des Ortsverbandes und an der Einweihung der Unterkunft teil.

In Festansprachen zollten Vizepräsident Dipl.-Ing. Zielinski, Oberbürgermeister Wild und Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz der Tatkraft, dem Einsatz und vor allem der großen Eigenleistung der freiwilligen Helfer beim Bau der Unterkunft großes Lob. Oberbürgermeister Wild hob in seiner Ansprache einen Helfer des THW besonders hervor: Wilhelm Heilmann, der seit über 17 Jahren als Orts- und Kreisbeauftragter das THW in Bayreuth repräsentiert. Er ehrte damit zugleich die ehrenamtlichen Helfer des Ortsverbandes. Sche

THW Lindau in Wilhelmshaven

THW-Helfer aus Deutschlands südlichstem „Seehafen“ nahmen über 1000 Fahrtkilometer auf sich, um der letzten Lindauer „Garnison“ einen Besuch abzustatten: Dem Küstenminensuchboot „Lindau“ und seiner Besatzung in Wilhelmshaven. Selbstverständlich wurde der OV Wilhelmshaven auch besucht.

Eine offizielle Begrüßung im Rathaus von Wilhelmshaven, eine Fahrt mit der „Lindau“ nach Helgoland und ein Bordfest auf dem Küstenminensuchboot waren herrliche Erlebnisse. Zusammen mit den Wilhelmshavener THW-Kameraden besichtigten die Lindauer Helfer die Nord-West-Ölleitung und eine Schadensstelle an einem der vielen Deiche. Die Möglichkeit zu persönlichem Kennenlernen bot ein Beisammensein im THW-Heim. H. Sotte

Einsatz bei Hochwasser

Helfer der Ortsverbände Freising und Ingolstadt waren unter der Leitung von OB Steininger im Einsatz, als das Hochwasser der Isar den Neubau der Brücke in Freising gefährdete. Das THW wurde alarmiert, weil das Hochwasser bereits das Lehrgerüst des Brückenneubaus berührte. Die größere Gefahr ging vom Treibgut aus, das die Fluten der Isar mit sich führten. Mit zwei Motorbooten holten Männer des THW in 18stündigem Einsatz Bäume, Baumstämme, Äste und Wurzelwerk aus dem Fluß.



Den Einsturz des Lehrgerüsts der Isarbrücke konnten die THW-Helfer nicht verhindern.

Es konnte aber nicht verhindert werden, daß in den frühen Morgenstunden 30 m Stützkonstruktion der 210 m langen Brücke in das 2,90 m über Normalpegel liegende Hochwasser stürzte, weil ein Joch unterspült worden war.

Die THW-Helfer beschränkten sich darauf, weiteres Treibgut von der im Wasser hängenden Brückenkonstruktion fernzuhalten, damit nicht weitere Teile der Stützkonstruktion einstürzten. Sche.

demonstrierten u. a. Stegebau (über die Singold), Brennschneiden, Arbeiten mit dem Gesteinsbohrhammer, Bau einer Seilbahn, Bau einer Freileitung und einer Notstromversorgung. Besonders eindrucksvoll war die Demonstration der Sauerstoffpflanze. Unter den zahlreichen Besuchern waren in einer großen Zahl Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anwesend, denen ein hervorragender Eindruck vom Leistungsvermögen des THW vermittelt wurde.

Bundestagsabgeordneter Dr. Althammer betonte in einer kurzen Ansprache: 500 Millionen Mark wurden seitens des Bundes für den Katastrophenschutz ausgegeben. Er wolle sich bemühen, daß dem THW das zugeteilt wird, was es benötige.

H. Sche

Nachruf

Der Ortsverband Nürnberg trauert um seinen am 21. Juli 1974 verstorbenen Kameraden

Alois Becke

Er gehörte seit 1956 dem Ortsverband an und war als Leiter der Gruppe Werkstatt tätig. Mit ihm verliert der Ortsverband einen guten Kameraden.

OV Nürnberg

„Superschau im Regen“

Mit dieser Schlagzeile in der örtlichen Presse wurde der Erfolg der Bereichsübung Mittelschwaben in Schwabmünchen (Landkreis Augsburg) zum Ausdruck gebracht. 170 Helfer zeigten auf dem Eislaufplatz ihr technisches Können und ihren Ausbildungsstand.

Acht Helfer des Bayerischen Roten Kreuzes aus Schwabmünchen unterstützten ihre THW-Kameraden. Die Helfer aus den THW-Ortsverbänden Augsburg, Günzburg, Krumbach, Mering-Friedberg, Neu-Ulm und Schwabmünchen

SCHLESWIG~HOLSTEIN



LB Meier (r.) überreicht Dr. Ing. Dölbör die Auszeichnung.

Äthiopische Auszeichnung für Dr. Ing. Dölbör

Für seinen Einsatz im Rahmen der deutschen Hilfe für Äthiopien wurde der Vertreter des THW-Landesbeauftragten für Schleswig-Holstein, Dr.-Ing. F.-C. Dölbör (Dänisch-Nienhof), von Kaiser Haile Selassie I. mit dem Tätigkeitsabzeichen der äthiopischen Luftstreitkräfte — der goldenen Flugsperre — ausgezeichnet, die ihm Landesbeauf-

tragter Dipl.-Volkswirt Meier überreichte. Dr. Dölbör war zehn Wochen lang als Leiter des Außenstabes der deutschen Hilfe in der Provinzhauptstadt Dessie eingesetzt. Auch z. Z. befinden sich THW-Einheiten in Äthiopien im Einsatz. Sie sind u. a. tätig im Straßenbau, um bessere Verkehrsverbindungen in den Hungergebieten zu schaffen. W. V.

Pokalwettkampf „Grüne Küste 1974“

Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich in Husum Wettkampfgruppen aus sechs Ortsverbänden der Westküste zu ihrem schon traditionellen Wettstreit um den Wanderpokal „Grüne Küste“. Der OV Husum, der gleichzeitig sein 20jähriges Bestehen feierte, hatte die Organisation und Durchführung der Veranstaltung übernommen. Sinn und Zweck dieses Pokalwettkampfes war es, den Ausbildungsstand der Helfer zu testen; zum anderen sollten Fehler aufgedeckt und „nach Hause“ mitgenommen werden.

Der Leistungsvergleich, dessen Schirmherrschaft der Landrat des Kreises Nordfriesland übernommen hatte, bot außerdem interessierten Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit, einen Eindruck von der Vielfalt der Aufgaben des THW zu gewinnen. Gäste waren u. a. der stellvertretende

Landrat des Kreises Nordfriesland, Fred Warn, der Bürgermeister von Husum, Ernst Schlüter, Kreisbrandmeister H. Struve und THW-Landesbeauftragter H. Meier sowie der Kreisbeauftragte für Nordfriesland, H. Heydtmann. Mit je einer Gruppe von 13 Helfern beteiligten sich am Wettkampf die Ortsverbände Büsum, Heide, Hochdonn-Burg, Meldorf, Niebüll und Tönning.

Die Helferteams hatten insgesamt acht Stationen zu durchlaufen. An jeder Station standen Punktrichter, die die Leistungen der Gruppen zu bewerten hatten. Das Wettkampfprogramm, vom Husumer OB Ing. (grad.) Franz Bertram und seinen Führungskräften zusammengestellt, wies Aufgaben aus, wie sie stets in der Ausbildungsarbeit vorkommen und im Ernstfall gefordert werden können. Auf der 1. Station mußten die Helfer z. B. eine Einmann-Motorsäge betriebsfertig machen und mit ihr arbeiten.

Die 2. Aufgabe bestand darin, einen Betonwürfel mit Stahleinlage unter Verwendung des Gesteinsbohrhammers in zwei Teile zu zerlegen. Auf der 3. Station hatten die Wettkampfteilnehmer Fragen über den MKW-Beladeplan zu beantworten. Sie wurden z. B. gefragt: 1. Für wen sind

die Tragesätze A gedacht? 2. Welche einzige Gerätekiste befindet sich auf dem MKW, und 3. welchen Inhalt hat sie? Danach wurden die Helfer geprüft, ob sie in Theorie und praktischer Arbeit die THW-Beleuchtungsmittel beherrschen und betriebsfertig machen können.

Auf Station 5 mußte von den Wettkampfgruppen ein schwerer Betonklotz um mindestens 3 m linear, also in gerader Richtung bewegt werden. Als Widerlager war hierbei ein Erdanker zu verwenden und als Zugmittel ein Greifzug. Außerdem mußten die Helfer zeigen, daß sie auch mit einem Flaschenzug umzugehen verstehen. Eine weitere Übungsstation war das „Katastrophen-Brennschneiden“. Hier mußten vier Helfer nacheinander in ein Betonrohr mit einem Durchmesser von 100 cm kriechen und in dieser beengten Lage aus einer Stahlblechplatte von 8 mm Stärke ein Quadrat von 30 × 30 cm herauserschneiden. Jeder Helfer hatte dabei einen Schnitt von 30 cm Länge zu brennen. Nachdem die Teilnehmer dann auf Station 7 gezeigt hatten, daß sie sowohl einen Mastwurf binden können als auch eine Reihe anderer Stiche und Bunde einwandfrei beherrschen, war mit den „Sofortmaßnahmen am

Unfallort“ die letzte der 8 Stationen erreicht.

Bei der Kraftfahrersonderprüfung, die als „Aufgabe 9“ zur Übung gehörte, und allen Fahrern viel Können abforderte, lag das Team aus Tönning ganz vorn und die Helfer aus Hochdonn-Burg erkämpften sich den 2. Platz.

Nach der Mittagspause traten die Helfer im offenen Viereck zur Siegerehrung an. Fred Warn vom Kreis Nordfriesland, der in Vertretung des Landrats, Dr. Klaus Petersen, gekommen war, hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß man die Technik beherrschen müsse, wenn man helfen wolle.

Danach nahm LB Meier die Ehrung vor: Sieger und damit Pokalgewinner wurde — wie schon im Vorjahr — die Gruppe des Ortsverbandes Niebüll vor den Helfern aus Hochdonn-Burg und Tönning, die den 2. bzw. 3. Platz belegten. Allen an der Übung beteiligten Helfern sowie den Angehörigen der befreundeten Organisationen, die zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung mit beigetragen haben — auch dem Spielmannszug Rödemis unter Leitung von F. Hollmer —, sei noch einmal herzlich gedankt.

W. Voß

HAMBURG



Verkehrshilfsdienst im Landkreis Harburg

Nachdem Ende 1973 dem LB Hamburg vier Kombifahrzeuge für den Verkehrshilfsdienst zugewiesen worden waren, wurde die Vervollständigung der Ausstattung beschleunigt. Mit Spenden aus Industrie und Handwerk waren zwei Fahrzeuge bis zum Juli komplett ausgerüstet.

Seit Jahresbeginn wurden zusammen mit der Behörde für Inneres die Einsatzmöglichkeiten im Bereich Hamburg der Bundesautobahnen geprüft. Da die Möglichkeiten sehr gering sind — die Feuerwehr kann bei jedem nur möglichen Unfall schnell und fachgerecht mit eigenen Kräften Hilfe leisten — mußte der LB andere Einsatzräume suchen.

Die Gespräche mit Kameraden aus Niedersachsen verliefen für das Hamburger THW positiv, denn im

Landkreis Harburg war manche Lücke in der Unfallrettung auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen zu füllen. Bei starkem Reiseverkehr, speziell in Ferienzeiten, häufen sich die Unfälle auf Straßen im nördlichen Niedersachsen. Die Polizei war daher sehr erfreut, daß das THW in Spitzenzeiten zur Unterstützung bereit war.

Nach Absprache mit dem Landesbeauftragten in Niedersachsen und dem zuständigen Dezernenten für Sicherheit und Ordnung, der Kreisverwaltung in Winsen/Luhe sowie in Abstimmung mit dem RP Lüneburg und allen anderen Organisationen im Landkreis Harburg wurde vereinbart, daß das THW Hamburg an zwei Stellen, beginnend mit dem 4. Juli 1974 und folgend jeden Freitag und Sonntag, jeweils von 17.00 bis

22.00 Uhr, bis einschließlich 1. September 1974, die Polizei bei der Unfallhilfe unterstützt. Als Standorte sind die Stützpunkte Salzhäusen und Bundesautobahn-Anschlußstelle Hittfeld vorgesehen. In Hittfeld wird ein VHD-Trupp und ein Gerätetrupp und in Salzhäusen ein VHD-Trupp stationiert werden. Die personelle Besetzung der beiden Standorte am Wochenende wird jeweils von einem Geschäftsbereich im Wechsel zwischen den BV sichergestellt. Beginn und Ende der Dienstbereitschaft sind beim Überschreiten der Landesgrenze nach Niedersachsen über Funk dem Polizei-Autobahnstützpunkt Thieshope zu melden.

Als Aufgaben sind dem THW übertragen:

— Bergen von Unfallopfern und Sachen aus Fahrzeugen



Die Besatzung eines Fahrzeuges im Verkehrshilfsdienst mit ihren Geräten.

- Freimachen der Fahrbahn von Unfall- und Pannenfahrzeugen
- Säuberung der Fahrbahn von Öllachen und Glassplittern
- Beheben geringfügiger Pannen
- Bergen abseits gekommener Fahrzeuge

— Ausleuchten von Unfallstellen.
Der Einsatz des THW erfolgt grundsätzlich auf Anforderung der Polizei.

Für die 4 VHD-Kombi wurden innerhalb des ersten Halbjahres 8 Besatzungen mit je 5 Helfern speziell ausgebildet. 2 Helfer jeder Besatzung — Truppführer und Kraftfahrer — mußten neben der eigentlichen Ausbildung eine Sprechfunkerausbildung absolvieren. Alle Helfer wurden vom DRK als Rettungs-Sanitäter ausgebildet. Auch die Polizei hat in einer Unterweisung die Besatzungen mit den Örtlichkeiten im Einsatzraum vertraut gemacht und auf das Verhalten auf den Bundesautobahnen sowie am Unfallort hingewiesen. Vor Beginn des neunwöchigen Einsatzzeitraumes wurden alle Besatzungen mittels eines Merkblattes „Richtlinien für den VHD“ nochmals auf die Besonderheiten dieser Einsätze aufmerksam gemacht. Die Kosten sind gemäß den Richtlinien des BZS abzurechnen; der

Begünstigte/Verursacher, nicht der Anfordernde, ist zur Kosten-erstattung heranzuziehen. Die Truppführer müssen deshalb einen Tagesdienstbericht und für jeden Einsatz eine Einsatzmeldung dem GF vorlegen.

Am 2. Juli wurden die beiden bisher aus Spenden ausgestatteten VHD-Kombi der Presse und damit der Öffentlichkeit in einer Pressebesprechung in der LB-Dienststelle vorgestellt. Alle Hamburger Tageszeitungen berichteten in Wort und Bild ausführlich über die „neue Aufgabe des THW“. Im Rahmen dieser Vorstellung übergab der LB, Ing. grad. Trautvetter, die beiden VHD-Kfz an die Bezirksbeauftragten Klock und Perlbach im GFB West I. Der LB verpflichtete die BB dabei, diese Fahrzeuge stets einsatzbereit zum Wohle und zum Nutzen der Allgemeinheit zu halten.

Im Anschluß an die Übergabe wurden die Fahrzeuge auf die Namen „Wiesel“ und „Dachs“ getauft. Die Taufe wurde von der THW-Helferin Hanna Schlumbohm, die als erste THW-Helferin Hamburgs mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet worden ist, mit folgenden Worten vollzogen:

„Der Mensch, wenn er ein Auto lenkt, ist klug, wenn er vorher bedenkt,

daß dies Gebild aus Menschenhand Erfahrung fordert und Verstand. Denn seht, es ist auf keinen Fall nur Gummi, Werkstoff und Metall, Glas, Holz und Blech, kurzum Materie, ein totes Ding aus einer Serie, das nicht verspürt, wenn man es quält — oh nein, ein Auto ist beseelt! Drum Mensch, behandle das Getriebe, durch Kennerschaft gepaart mit Liebe. Es dankt Dir dies auf seine Art durch Autotreue. Gute Fahrt!“

G. T.

Nachruf

Nach langer schwerer Krankheit verstarb am 28. Juli 1974 unsere Kameradin

Helga Gocht

im Alter von 39 Jahren.

Sie gehörte dem Bezirksverband Hamburg-Mitte seit vielen Jahren an und war maßgeblich am Aufbau und der Entwicklung des Versorgungswesens tätig.

Der BV verliert mit ihr eine unermüdete und stets einsatzbereite Helferin, die im Kreise ihrer Kameraden unvergessen bleiben wird.

BV Hamburg-Mitte

Gefährliche Fahrt auf der Havel

Eine nicht alltägliche Aufgabe hatten die Bezirksverbände Tiergarten/Wedding mit dem Abschleppen einer Segeljacht von 7 m Länge und 4 to Gewicht übernommen. Die Schwierigkeit bestand darin, die nicht schwimmfähige Jacht, deren Fugen nur mit Tesa-Band verklebt waren, über eine total verschlickte Slipanlage abzuslipen und durch einen stark befahrenen Schifffahrtsweg zu ihrem neuen Liegeplatz zu schleppen. Bevor die Jacht ins Wasser gelassen wurde, wurden um das Boot zwei Gummischläuche mit einer Tragfähigkeit von 1,5 to je Schlauch gelegt und mit Seilen verbunden. In diesem Gebilde aus Schläuchen und Leinen sollte das Boot nach dem Slipen schwimmen. Zur Sicherheit wurde ein weiterer Schlauch in die Kajüte gelegt und aufgeblasen. Zum Abpumpen von eindringendem

Wasser wurde eine TS 2/5 an Bord aufgestellt und eine Saugleitung zur Bilge verlegt. Während der dreistündigen Schleppfahrt mußte die TS mehrmals gestartet werden. Um die Jacht zu Wasser zu bringen, half uns das zur Begleitung angeforderte Polizeiboot, indem es den Slipwagen durch den Schlamm soweit ins tiefe Wasser zog, bis die Segeljacht aufschwamm. Zum Schleppen wurden zwei Kunststoffboote mit Aubo's eingesetzt, wobei das eine zum Schleppen diente und das zweite zum Bremsen und Steuern.

Der Schleppzug, der von zwei Booten der Wasserschutzpolizei begleitet wurde, mußte, um von der Unterhavel zur Oberhavel zu gelangen, auch die Schleuse Spandau passieren. Am Zielort wurde die Segeljacht vom Werftpersonal aufgeslippt und eingedockt.

B. Zehnder

begannen dann die Hauptarbeiten. Für die Montage des 4,5 m hohen Turmes mit einer Bodenfläche von 2,5 m x 2,5 m sowie des Spielpodestes waren 12 Helfer eingesetzt. Nach dem Bohren und Verschrauben der 25 cm starken Baumstämme mit Bauschrauben M 24 wurden die beiden vorgefertigten Böcke mit zwei Greifzügen und der Seilwinde des GWK's aufgerichtet und mit drei Kanthölzern, die für die Aufnahme des Podestbodens benötigt wurden, verbunden. Nach dem Anbau der Verstrebungen und Verlegen des Podestbodens wurde das Dach aus Knüppelholz gefertigt und die 90 cm hohe Podestverkleidung aus gleichem Material erstellt. Um das 2,90 m hohe Podest erreichen zu können, wurde eine Leiter aus Rundhölzern gezimmert, so daß der Turm einem zünftigen Hochstand ähnelt.

Koch J. Draewe hatte bei diesem Einsatz Gelegenheit, sein Können unter Beweis zu stellen. Trotz strömenden Regens und keiner Vorbereitungszeit servierte er einen köstlichen Eintopf „made M 37“. Als dann die Kinder den am Abend fertiggestellten Turm einweihen konnten, waren ihre strahlenden Gesichter ein herzlicher Dank an alle.

B. Zehnder

SOS – Wer baut uns einen Spielturm?

Der Hilferuf einer Kindertagesstätte in Berlin-Wilmersdorf, einen Kinderspielturm aus rohen Holzstämmen zu bauen, erreichte die Bezirksverbände Tiergarten/Wedding zu einem Zeitpunkt, da diese schon für die nächsten Wochen ausgelastet waren. Es wurde nach einer Möglichkeit gesucht, den Kindern, die nun schon ein Jahr auf ihren Spielturm warteten, den Wunsch endlich zu erfüllen.

Es stellte sich dann auch noch heraus, daß weder eine Grundrißzeichnung noch eine genaue Vorstellung über die Ausmaße des Turmes bestanden, lediglich die rohen Holzstämmen waren vorhanden und der Wunsch, der Turm sollte lieber heute als morgen schon stehen.

Da diese Aufgabe eine Abwechslung war, erklärten sich die Führungskräfte des I. B-Zuges bereit, sie zusätzlich zu übernehmen. Zugtruppführer Küssner begann mit der Planung und stellte die Materialliste zusammen. Auch eine Grundrißzeichnung und ein kleines Holzmodell fertigte er an. Das Sortieren, Stapeln und Vermessen der Bauhölzer sowie das Ausheben

der vier Fundamentgruben zur Aufnahme der Hauptstützen wurde an einem Abend durchgeführt. Am darauf folgenden Sonnabend



Eine Höhe von 4,5 Meter hat der Spielturm, den THW-Helfer der Berliner THW-Bezirksverbände Tiergarten und Wedding bauten.

Treffen 74 des Pfadfinderverbandes

Der Deutsche Pfadfinderverband veranstaltete das Pfingsttreffen 1974 in Schmidtheim/Eifel, einem auf einem Gebirgsplateau 550 m über NN gelegenen Ort. Außerhalb des Ortes wurde der Zeltplatz für neun Unterlager, Lagerverwaltung, Erste-Hilfe-Station, Ladenverkaufsstraße und Versammlungsplatz gewählt. Als Teilnehmer hatten sich 2000 Pfadfinder und Pfadfinderinnen aus dem gesamten Bundesgebiet, der Mitgliedsbünde Nord, Süd, Hamburg, Westmark und Rheinland, angemeldet. Bedingt durch die Lage des Platzes war ein Anschluß an das Versorgungsnetz der Gemeinde Dahlem nicht möglich. DPB-Landesfeldmeister Wrede, Leiter und Organisator des Zeltlagers, wandte sich an das THW mit der Bitte, die Wasser- und die Abwasser- sowie die Stromversorgung auszuführen. Das Bundesamt für Zivilschutz kam über den THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen diesem Anliegen entgegen und beauftragte den Geschäftsbereich Düren mit der Durchführung der notwendigen Maßnahmen.

Im GFB Düren begann daraufhin eine rege Tätigkeit. Geschäftsführer Hoffmann und seine Mitarbeiter übernahmen die Vorbereitungen. In Absprache mit den Ortsverbänden Aachen, Bonn, Mülheim/Ruhr, Mönchengladbach und Düren wurden die erforderlichen Waschanlagen mit 70 Zapfstellen zum Ortsverband Euskirchen transportiert, dort nochmals überprüft und für den Einsatz bereitgestellt.

Bei der Überprüfung des Platzes stellte sich heraus, daß die nächste Wasserentnahmestelle 5,5 km entfernt war. Eine Versorgung mit Wasser war also nur mit Tankfahrzeugen möglich. Der nächste Stromanschluß war 600 m vom Lagereingang entfernt, daher bot sich der Einsatz eines Stromaggregats an. Somit war der Rahmen der technischen Hilfeleistung gegeben, und die Aufgaben der THW-Helfer der Bergungs- und Instandsetzungsgruppen zeichneten sich deutlich ab.

Gleichzeitig mit der Vorbereitungsgruppe der Pfadfinder rückten die Helfer der Ortsverbände Euskirchen



Interessierte Pfadfinder lassen sich ein Erdbohrgerät erklären.

und Hellenthal, begleitet vom Kreisbeauftragten Ing. (grad.) Lothar Burbach, mit Fahrzeugen und Material an.

Die Waschanlagen wurden mit Präzision aufgebaut, Waschwasserableitungen angelegt und die mitgeführten Wassertanks mit 300 m Schläuchen der Feuerwehr an die Waschanlagen angeschlossen. Auch die beiden, von der Stadt Köln zur Verfügung gestellten Toilettenwagen fanden Anschluß an diese Versorgungsanlage.

Die Helfer des Ortsverbandes Düren übernahmen mit der gleichen Energie wie ihre Kameraden aus den Ortsverbänden Euskirchen und Hellenthal den Aufbau und die Installation der Stromversorgung. Mit dem Erdbohrgerät wurden Löcher für die Lichtmasten gebohrt. Steigeisen, ausgelegte Kabeltrommeln, Verlängerungsstücke und Kabelverschlüsse rundeten das Werk zu einer Stromversorgungsanlage auf 600 m Länge ab. Dann erfolgte der Anschluß an das 7,5 KVA Stromaggregat.

Die technische Hilfeleistung war damit noch nicht beendet. Helfer aus den Ortsverbänden Düren, Euskirchen und Hellenthal stellten den Pfadfindern ihre Freizeit zur Verfügung, indem sie über die Pfingstfeiertage die Wartung und Betreuung der Anlagen rund um die Uhr durchführten.

Ihr Einsatz wurde ständig gefordert, die Teilnehmerzahl hatte sich auf 2260 Personen erhöht und damit auch die Anforderungen. Die Kapazität der Tankfahrzeuge war

restlos ausgenutzt. Der zusätzliche Einsatz eines Tankfahrzeuges der Katastrophenschutzschule des Bundes wurde notwendig. Der Tagesbedarf an Wasser belief sich auf 50 cbm. Reparaturen an Toilettenwagen und Verlegen von kleineren Stromleitungen wurden behelfsmäßig ausgeführt. Es geschah alles für den ungestörten Ablauf des Lagerlebens. Bei Lagerabschluß wurde die technische Hilfeleistung durch Pfadfinder und verantwortliche Führer der Lagerleitung und Unterlager als leistungsstark bezeichnet, die auch zum guten Gelingen des Treffens beigetragen hat. So diente es nicht nur der Pflege der menschlichen Begegnungen der einzelnen Mitgliedsbünde innerhalb des Deutschen Pfadfinderbundes, sondern auch der Begegnung mit den technischen Möglichkeiten der Bundesanstalt THW.

E. H.

*

Landesfeldmeister Udo Wrede sandte kurze Zeit später folgendes Schreiben an das Technische Hilfswerk, Landesverband Nordrhein-Westfalen:

„Wir dürfen sagen, daß unsere Maßnahme, an der ca. 2300 Kinder und Jugendliche teilgenommen haben, ein großer Erfolg war. Maßgeblich an dem Erfolg beteiligt waren die Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks, die durch ihren beispiellosen Einsatz die lebenswichtige Wasserversorgung und auch die Stromversorgung sicherstellten. An die erfreuliche Zusammenarbeit mit Ihnen, Herr Drogies, den Herren Burbach und Hoffmann sowie den weiteren Helfern werden wir gerne zurückdenken.“

Auszeichnung für scheidende Ortsbeauftragte

Nach langjähriger und verdienstvoller Tätigkeit legten die Ortsbeauftragten der beiden Kölner THW-Ortsverbände, Dipl.-Ing. Heinrich und Ing. Kleinbrahm, aus Altersgründen ihre Aufgaben in jüngere Hände. Beide Herren haben an der Entwicklung des THW im Kölner Raum großen Anteil. Seit 1958 Ortsbeauftragter des damals noch



LB Kautsky ehrte Dipl.-Ing. Heinrich, der aus dem Dienst im THW ausschied.

ungeteilten OV Köln, sah Dipl.-Ing. Heinrich die Schaffung einer Unterkunft für die ersten Bergungs- und Wasserdienstseinheiten als seine wichtigste Aufgabe an.

Nach Aufstellung der 1. Bergungsbereitschaft Köln wurde bis 1969 die 2. Bergungsbereitschaft Köln aufgestellt, die eine Unterkunft im linksrheinischen Köln erhielt und zur

Gründung des OV Köln 2 im Jahre 1971 führte. Ing. Kleinbrahm, lange Jahre THW-Geschäftsführer in Köln und inzwischen pensioniert, übernahm in dankenswerter Weise die Leitung dieses 2. Kölner OV. Inzwischen wurden auch die 3. Bergungsbereitschaft Köln, ein Bergungszug (Wasserdienst) und der Taucherdienst vom THW aufgebaut.

Als Dank für diese Leistungen wurden die scheidenden Ortsbeauftragten mit dem THW-Helferzeichen in besonderer Ausführung ausgezeichnet. Kreisbeauftragter für Köln und Ortsbeauftragter für Köln-West wurde jetzt Horst Frentrup, Ortsbeauftragter für Köln-Ost Peter Brieger. Beide Ortsbeauftragte schlossen bereits 1964 ihre Ausbildung als Bereitschaftsführer ab und können somit auf eine zehnjährige Erfahrung als Einheitsführer zurückblicken.

Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Kautzky wünschte den jungen Ortsbeauftragten und ihren Ortsverbänden viel Glück und Erfolg. Stadtverwaltungsdirektor Butz dankte für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit und überbrachte die Glückwünsche der Stadt Köln. H. Rick

Einsatzübung des OV Siegburg

Die Wahnbachtalsperre dient der Trinkwasserversorgung des Großraumes Bonn-Siegburg. Die sie speisenden Zuflüsse kommen aus einem verhältnismäßig dicht besiedelten Einzugsgebiet mit zahlreichen Verbrauchsstellen für Heizöl und andere wassergefährdende Stoffe. Die Belieferung erfolgt über die unmittelbar entlang der Zuflüsse verlaufenden Straßen. Im Rahmen des zum Schutz des Stausees erlassenen Ölalarmplanes sind auch vom OV Siegburg Aufgaben der Ölschadensbekämpfung zu erfüllen. Der Überprüfung des Ausbildungsstandes dienen Einsatzübungen mit dem hierfür bereitstehenden Gerät. Aktueller Anlaß für eine Übung war die Lieferung einer neuen Itcran-Ölsperrre. Ihr Einbau durch die Helfer des OV Siegburg wurde verbunden mit einer Demonstration von modernem Gerät zur Öl-beseitigung auf Gewässern im Beisein von Vertretern des Beschaffungsreferates im Bundesamt für Zivilschutz. Such

BADEN~WÜRTTEMBERG



„Erdbeben“ in der Schwäbischen Alb

Das THW führte vom 28. bis 30. Juni im Raum Stuttgart und Ludwigsburg eine vom OV Stuttgart vorbereitete Übung durch. Beteiligt waren 353 Helfer und 67 Fahrzeuge des Bergungs-, Instandsetzungs- und Wasserdienstes der OV Stuttgart, Ludwigsburg, Eßlingen, Pforzheim und Ulm unter Leitung des THW-Orts- und Kreisbeauftragten für Stuttgart, Architekt H. J. Wiegand. Die Übungs- und Einsatzleitung oblag Wolfgang Weiss, bzw. Herbert Hagen als Stellvertreter vom OV Stuttgart. Bei der Übung war von folgender Lage ausgegangen worden: Das Gebiet der Schwäbischen Alb wurde am 28. Juni um 15.35 Uhr von einem schweren Erdbeben betroffen, dessen Ausläufer den Raum Stuttgart erreichten und besonders im Gebiet um Neckarrens mittelschwere Zerstörungen anrichteten. In den betroffenen Landkreisen wurde Katastrophenalarm ausgelöst.

Da nach Auskunft der Seismologen mit Nachbeben zu rechnen war, wurden um 18.27 Uhr auch die Stuttgarter THW-Einheiten und der Fernmeldedienst alarmiert. Um 18.44 Uhr erschütterte ein Nachbeben die Umgebung von Neckarrens. Um 19.12 Uhr erteilte der Oberbürgermeister von Stuttgart den Einsatzbefehl für die Einheiten des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes.

In den Schadensgebieten Hochberg am Neckar, Neckarrens und Ludwigsburg hatten die THW-Einheiten bei Hochberg einen Fährbetrieb als Ersatz für die schwer beschädigte Neckarbrücke einzurichten, die Remsbrücke der Verbindungsstraße von Hohenacker nach Hegnach von 1,5 to auf 12 to Traglast zu verstärken und Bergungsarbeiten in den Schadensgebieten auszuführen.

Die Übung fand bei der Bevölkerung und den Gästen großes Interesse.

Unter den Gästen weilten der Stuttgarter Standortälteste, Oberstleutnant Drews, der Vertreter des baden-württembergischen Innenministeriums, Ehrhard, und Direktor Maier vom Zivilschutzamt der Stadt Stuttgart.

Die Großübung dokumentierte eindrucksvoll den Ausbildungs- und Leistungsstand des THW nicht nur im Bergungsdienst, sondern auch in dem noch jungen Wasserdienst. Dank der guten Zusammenarbeit war die Verbandsübung ein Erfolg.

Idealisten reinsten Wassers

Oberregierungsdirektor Eiberger vom Landkreis Reutlingen nannte in seiner Ansprache in der Christhalle die Helfer des THW OV Reutlingen anlässlich der 20-Jahresfeier des Reutlinger THW „Idealisten reinsten Wassers“.

Der Ortsverband, der bei den beiden Bundesausscheidungswettkämpfen um den Genscher-Pokal immer sehr

gut abschnitt, konnte viele Ehrengäste aus der weiteren und näheren Umgebung begrüßen, die dem Jubiläumsverband ihre Referenz entboten. MdB Anton Pfafen (Reutlingen) bot dem Ortsverband Hilfe an, wenn der geplante Bau einer Unterkunft nicht in der nächsten Zeit Wirklichkeit werde.

Der Handharmonikaklub Gönningen und die Volkstanzgruppe „Echautal“ aus Pfullingen sorgten für musikalische Unterhaltung. Kreisbeauftragter Heinz Walz dankte allen Gratulanten für soviel „Entwicklungshilfe“, wie sie seit langer Zeit dem Ortsverband Reutlingen nicht mehr zuteil geworden war.

Feuerwehr und THW in einem Boot

Zu einer technischen Hilfeleistung besonderer Art wurde der 1. Bergungszug des Landkreises Waldshut von der Freiwilligen Feuerwehr Kadelburg angefordert. Anlässlich eines von dieser Feuerwehr veranstalteten Volksmarsches sollten die Teilnehmer mit Übersetzbooten über den Rhein gebracht werden, da dieser Volksmarsch teilweise über Schweizer Gebiet führte.

Der Rhein sollte 200 m unterhalb des sogenannten „Lauffen“, einer berüchtigten Stromschnelle, überquert werden. Strömungsgeschwindigkeit 3 — 3,5 m/sec., 100 m Strombreite zwischen einer kleinen vorgelagerten Insel und dem schweizerischen Ufer. Als Anlegestelle am deutschen Ufer war eine kleine Insel vorgesehen, welche durch 15 m flaches Wasser vom deutschen Ufer getrennt ist. Dieser Flußarm mußte durch einen Tonnensteg überbrückt werden. Um die erforderliche Mindestwassertiefe von 80 cm für die Übersetzboote zu erhalten, wurden an beiden Anlegestellen Anleger aus Schlauchbooten gebaut.

Am Freitagnachmittag rückten eine Gruppe der OV Waldshut und Laufenburg mit den notwendigen Fahrzeugen sowie zwei Übersetzbooten auf Anhängern an. Da die Landungsstelle vom Ufer aus nur unter Verursachung von Flurschäden zu erreichen gewesen wäre, wurde das gesamte Gerät etwa 150 m oberhalb der Landungsstelle in die rasch aufgepumpten Schlauchboote verladen und nach Unterstrom verfrachtet. Dabei mußten die LKW eine 30 m breite Sandbank im Rhein überqueren, welche jedoch bis zu 40 cm überspült war, so daß die Watfähigkeit der Fahrzeuge demonstriert werden konnte.

Nach drei Stunden waren Landungsstege sowie der Tonnensteg einsatz-

bereit. Nachdem der Beleuchtungssatz 3,5 KV aufgebaut war, blieben drei Helfer als Nachtwache zurück.

Am Samstagmorgen in aller Frühe trafen sich wieder alle in der Unterkunft des OV Waldshut und fuhren zum Rhein hinaus, um den großen Ansturm der Volksmarschteilnehmer zu erwarten. Bereits um 6.00 Uhr mußten die ersten Teilnehmer übersetzt werden. Besonders erschwerend war, daß in der Nacht zuvor schwere Unwetter in der Schweiz getobt hatten, und der Rhein teilweise ganze Bäume und eine Menge Treibgut mit sich führte, was für die Aubo-Fahrer manchmal sehr unangenehm war.

Am Sonntag ging es schon morgens im gleichen Stil weiter, jedoch regnete es ununterbrochen in Strömen, so daß THW-Helfer und Volksmarschteilnehmer bis auf die Haut durchnäßt waren. An diesem Tage wurden 1500 Teilnehmer übergesetzt. Die Volksmarschteilnehmer — darunter die Berufsfeuerwehr Bern — äußerten sich ausnahmslos sehr positiv über die Arbeit des THW und hatten trotz der teilweise sehr widrigen Umstände Freude beim Fahren mit THW-Übersetzbooten.

Nach Beendigung des Marsches wurden die Objekte abgebaut, in die Schlauchboote verladen und stromabwärts nach Waldshut befördert. Infolge der teilweise schlechten Witterungsverhältnisse war fast von einer kleinen Probe für den Ernstfall zu sprechen. Es hat sich gezeigt, daß mit zwei Booten in sehr kurzer Zeit viele Personen befördert werden können, doch sollte unbedingt für jedes Boot eine doppelte Anzahl von Schwimmwesten bereitgestellt werden, weil es sich zeigte, daß Zivilpersonen immer wieder Mühe haben, diese Westen anzuziehen.

K. Tröndle

Wasserleiche geborgen

Am 30. März konnte eine Gruppe des Riedlinger Technischen Hilfswerks die Leiche eines 73jährigen Rentners aus der Donau bergen, nachdem bereits am 25. März Polizei, Feuerwehr und THW erfolglos stundenlang in der hochwasserführenden Donau nach dem alten Mann gesucht hatten.

Auch am 30. März hatte das Riedlinger THW bereits stundenlang mit zwei Booten die Donau abgesucht und wollte bereits die Suche erfolglos abbrechen, als der Tote von der einen Suchmannschaft unter Wasser an einem in den Fluß gestürzten Baum gefunden wurde. J. B.

Nachruf

Am 20. Mai 1974 verstarb der langjährige Geschäftsführer des Betreuungsbereiches Ulm

Franz von Holly-Ponientzietz

Wir werden seiner Aufbauarbeit im THW in Treue gedenken.

Ortsverband Ulm

*

Der Begründer des THW in Möckmühl, unser langjähriger Zugführer des Ortsverbandes

Werner Schenk

ist am 7. Juli 1974 nach schwerer Krankheit verstorben.

Die Helfer des OV Möckmühl trauern um ihren väterlichen Freund und Kameraden.

Ortsverband Möckmühl

*

Der Ortsverband Riedlingen trauert um seinen jungen Kameraden

Otto Briehl

Er verlor sein Leben zusammen mit seiner Braut durch einen tragischen Verkehrsunfall im Alter von 21 Jahren. Er gehörte dem Ortsverband seit dem 16. 6. 1974 an und hatte sich auf 10 Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet.

Der Ortsverband wird sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverband Riedlingen



Die Spezialgeräte der Chemie-Lieferfirma wurden mit Fahrzeugen des OV Lahnstein zur Einsatzstelle am Güterbahnhof transportiert.

Ein nicht alltäglicher Einsatz

Der OV Lahnstein wurde durch das Polizeiamt verständigt, daß im Güterbahnhof ein Kesselwagen stehe, dessen Ladung auslaufe. Daraufhin setzte sich OB Bröder mit der Feuerwehr in Verbindung, um nähere Einzelheiten zu erfahren.

Die Feuerwehr hatte bereits die Einsatzleitung übernommen. Anhand der Ladepapiere des Kesselwagens stellte der Wehrführer fest, daß es sich bei den auslaufenden Chemikalien um „Propylen-Chlorid-Dichlorpropan“ handelte. Der Kesselwagen war mit ca. 25 t gefüllt.

Die Versandfirma wurde verständigt und gab an, welche Sofortmaßnahmen zu treffen waren. Die an der Einsatzstelle vorbeiführende Straße wurde für den Verkehr gesperrt. Ferner wurden die Bewohner der angrenzenden Häuser aufgefordert, die Fenster zu schließen, damit niemand durch die gesundheitsschädigenden Dämpfe Schäden erleidet. Das auslaufende Ladegut wurde in Behälter aufgefangen und von der Einsatzstelle sicher entfernt gelagert. Hierbei

arbeitete die Feuerwehr unter schwerem Atemschutz. Aus dem Lieferwerk wurde mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes eine Spezialtruppe eingeflogen, welche die nötigen

Geräte zur Behebung des Schadens mitbrachten. Mit Fahrzeugen des THW wurde dieses Gerät vom Hubschrauber, der auf einem Sportplatz gelandet war, an die Einsatzstelle gebracht. Da der Schaden an dem Kesselwagen nicht behoben werden konnte, mußte ein Spezialfahrzeug angefordert werden, das die Ladung übernehmen und zurück ins Lieferwerk bringen sollte.

Der angeforderte Tankzug entsprach nicht der Gefahrenklasse A 1, daher mußte ein Spezialfahrzeug aus Dormagen angefordert werden. Dieses Fahrzeug wurde den Anforderungen gerecht, und der Inhalt des Kesselwagens wurde über eine Spezialpumpe der Feuerwehr zum Tankzug hin gepumpt. In den späten Abendstunden war der Einsatz der Hilfsorganisationen beendet.

Bei dem Einsatz wurde kein Katastrophenalarm in üblicher Weise gegeben, sondern die einzelnen Hilfsorganisationen telefonisch benachrichtigt. Hierdurch sollte eine Panik unter der Bevölkerung vermieden und Schaulustige von der Einsatzstelle ferngehalten werden. Am Einsatzort war ferner das DRK, um ebenfalls sofort helfend eingreifen zu können.

Durch die Umsicht aller Hilfskräfte konnte der Einsatz für alle Beteiligten und die Bevölkerung gefahrlos beendet werden. D. B.

Wanderwege im Dhrontal angelegt

Die Bemühungen des Vereins „Erholungsgebiet Hochwald“, die Hochwaldlandschaft durch den Ausbau von weiteren Wanderwegen attraktiver zu machen, wurden in den letzten Wochen tatkräftig durch die Helfer der THW-Ortsverbände Trier, Saarburg und Hermeskeil unterstützt. Vorausgegangen war eine Initiative durch den Vorsitzenden des Vereins, Landrat Dr. Braun-Friderici, der sich an den GF des THW in Trier, Franz Fass, gewandt hatte. Er bat um technische Hilfeleistung beim Ausbau von Wanderwegen im Dhrontal — einem Teilgebiet des bislang

unerschlossenen Rockenburger Waldes.

Es fand eine Ortsbesichtigung statt, an der die Ortsbürgermeister aller beteiligten Gemeinden, der für Fremdenverkehr zuständige Sachbearbeiter bei der Verbandsgemeindeverwaltung Hermeskeil, Adolf Heib, der Landesforstmeister sowie Vertreter des THW-Landesverbandes Rheinland-Pfalz in Mainz teilnahmen.

Der OV Saarburg hatte bereits vor einiger Zeit in diesem schwierigen Gelände mehrere Brücken errichtet. Es galt nun, durch das stark besuchte Tal einen Felswanderweg zu bauen.

Die Strecke sollte vom mittleren bis zum oberen Rundweg führen. Hierzu mußte ein Höhenunterschied von 250 Meter überwunden werden. Nach Festlegung der Trasse gingen einundvierzig Helfer des THW-OV Trier an die Arbeit. GF Fass nahm die Einteilung der Gruppen vor, wies die Aufgaben zu und übergab die Aufsicht den beiden Zugführern Peterseim und Moseler. Zur Bewältigung der schwierigen Geländeverhältnisse wurde mit den Arbeiten an zwei Stellen begonnen. Ein Zug begann mit seiner Arbeit am oberen Rundweg, während der andere Zug am mittleren Rundweg seine Tätigkeit aufnahm.

Inmitten von Felspartien wurden Bäume gefällt und Treppenstufen angelegt. Ein besonders schwieriges Hindernis stellte die obere Felspartie dar. Es war zunächst vorgesehen, den Fels zu sprengen. Von diesem Vorhaben mußte aber abgesehen werden, nachdem er sich als zu brüchig erwies. Das Problem wurde

schließlich durch Einbau weiterer Treppenstufen aus Holz gelöst. Die steilen Abhänge wurden ordnungsgemäß durch Holzgeländer gesichert. Eine Woche später stand der Einsatz unter ungünstigen Witterungsverhältnissen. Aber selbst starker Regen konnte die 24 Helfer der Ortsverbände Trier und Saarburg nicht davon abhalten, die im Felsgelände begonnenen Arbeiten zu Ende zu führen. Der schwierigste Teil im Fels wurde an diesem Tage durch den Bau einer Plattform mit anschließender Leiter überwunden.

Nach weiteren drei Wochen war dann erneut ein Zug des OV Trier unter Aufsicht von Zugführer Peterseim im Einsatz. Es wurde eine Geröllböschung überwunden, weitere Treppenstufen — diesmal aus Stein — geschaffen und eine vorspringende Felsnase mit Hammer, Meißel und Keilen so bearbeitet, bis der Weg zur Weiterführung der Wanderstrecke frei war. Der letzte Einsatz erfolgte am 22. Juni mit 17 Helfern des OV Hermeskeil.

Auf dem Programm stand die Ausführung der Restarbeiten — insbesondere die Anbringung noch fehlender Geländer und der Einbau von Zwischenstufen. Gegen 15.00 Uhr war dann die Arbeit beendet und der I. Bauabschnitt ausgeführt. Insgesamt waren an den Arbeiten 93 Helfer mit 1258 Einsatz- und 912 Arbeitsstunden beteiligt.

Der II. Bauabschnitt sieht den Bau einer Aussichtskanzel und eines weiteren Felsweges als Rundweg vor. Auch hierfür hatte das THW spontan seine Hilfeleistung zugesagt, zumal die Helfer mit einer wahren Begeisterung an die Arbeit gehen und diese Art der Ausbildung den normalen Tagesübungen vorziehen. Ein besonderes Lob gebührt noch dem Wirt des Gasthauses „Forellenhof“, der stets in vorzüglicher Weise für das leibliche Wohl der Helfer sorgte und die Speisen auch selbst zubereitete, da sich der THW-Koch in Urlaub befand.

niedersachsen



Gast bei Gleichgesinnten

Nach dem Abschluß des Patenschaftsvertrages zwischen der Union Bois-Guillaume und dem Kreis Uelzen besuchten 38 Helfer des THW unter ihrem Kreisbeauftragten Rudolf Froin als erster Verband Bois-Guillaume. Ausgangspunkt zu dieser Fahrt war eine Einladung der Protection Civile anlässlich der Wettkämpfe in Mülheim/Ruhr.

Die Anfahrt erfolgte in Etappen. Das Programm enthielt einen Besuch beim THW Aachen und einen Abstecher nach Paris.

Nach dem Eintreffen begannen die Empfänge und Besichtigungen, die sich über zwei Tage erstreckten. Mitglieder des Komitees Bois-Guillaume unter Führung des Präsidenten Milon und Bürgermeister Quintards begrüßten die THW-Helfer. Im offiziellen Teil folgte der Empfang der Protection Civile durch Colonel Collinet, dem Chef der Protection im Departement Martime mit dem Sitz in Rouen. Collinet ist gleichzeitig Präsident der Feuerwehren für ganz Frankreich.

Colonel Collinet brachte zum Ausdruck, daß er sich besonders freue,



Empfang der Helfer durch Colonel Collinet (in Uniform), den Chef der Protection Civile im Departement Martime; links von ihm THW-Kreisbeauftragter Rudolf Froin, rechts Komitee-Präsident Milon und Bürgermeister Quintards.

eine Organisation begrüßen zu können, die ebenso wie die Protection Civile die Aufgabe hat, den Menschen, die in Not geraten sind, Hilfe zu bringen.

Froin bedankte sich für den herzlichen Empfang und versicherte, daß Vertreter der Protection Civile in Uelzen ebenso herzlich empfangen würden, wie das Technische Hilfswerk in Frankreich.

Es folgte der Besuch in einer neuerbauten Feuerwehration der Berufsfeuerwehr in Rouen.

Auf einem Abschlußempfang wurden die aus Uelzen mitgebrachten Geschenke überreicht. Grüße an die Hauptverwaltungsbeamten Dr. Berger vom Landkreis und Stadtdirektor Dr. Hachmann und die Bevölkerung von Stadt und Kreis Uelzen wurden übermittelt. Froin

Nachruf



Im Alter von 48 Jahren verstarb nach langer, schwerer Krankheit

Josef Volkmar,

langjähriger Mitarbeiter und Hauptsachgebietsleiter 3 beim THW-Landesverband Hessen.

Mit Josef Volkmar

verlieren wir einen Mann, der durch seine langjährige Tätigkeit im Katastrophenschutz den Aufbau des THW in Hessen mit gefördert hat. Als Fachdienstleiter Bergung beim Landesaufstellungsstab des LSHD in Hessen und später als Hauptsachgebietsleiter 3 — Ausbildung — beim THW-Landesverband fühlte er sich mit den Aufgaben und den Helfern aufs engste verbunden.

Um Josef Volkmar trauern die Mitarbeiter beim LB VI und die Helfer des THW in Hessen.

Wir werden dem Verstorbenen, dessen so frühes Ableben uns tief erschüttert, immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Landesverband Hessen

Gemeinschaftsübung am Altrhein

Auf dem Gelände am Altrhein gegenüber dem Biedensand trafen sich die OV Lampertheim und Rüsselsheim zu einer Gemeinschaftsübung, die unter der Leitung des OB Ing. L. Siegler vom OV Lampertheim stand.

Unter Einsatz des LH-Gerätes beider OV wurde ein fester Anleger und eine Fähre gebaut. Während die eine Gruppe Gerät, Fahrzeuge und Helfer zum Biedensand übersetzte, übernahm eine andere Gruppe mit zwei Booten den Rettungsdienst.

Einem Teil der „an Land“ gebliebenen Helfer waren der Aufbau und die Ausrüstung der Zelte übertragen, damit alle Helfer nach getaner Arbeit bis zum nächsten Übungstag die verdiente Nachtruhe finden konnten. Der „sanitäre Bereich“, die aus einem Tank gespeiste Waschanlage und eine Toilette, rundeten das Bild des Zeltlagers ab. Vorbildlich sorgte die gut

eingespielte Küchenmannschaft für das leibliche Wohl aller Übungsteilnehmer. Das DRK Lampertheim war mit drei Helfern dabei, um im Bedarfsfall Erste Hilfe leisten zu können.

Der Landesbeauftragte für Hessen, Dr. Ing. Reiß, überzeugte sich von dem guten Ausbildungsstand und der Einsatzbereitschaft der Helfer.

G. G.

Das „neue Haus“ des OV Bad Wildungen

Nach knapp zweijähriger Bauzeit bezog der OV Bad Wildungen im Juni eine neue Unterkunft. Die offizielle Einweihung soll erst im Herbst erfolgen, denn der OV wünscht sich „hohen Besuch“.

So wurde es eine Veranstaltung „ganz intern — nur für Wildungen“. Der OV hatte für alle Interessierten Tür und Tor geöffnet, einiges aufgebaut und Abschnitte der Ausbildung im THW sinnvoll dargestellt.

OB Henneberg begrüßte die vielen Gäste und zeigte sich erfreut über das Interesse der Bevölkerung. In seinen Ausführungen wies er auf die Leistungen der Helfer bei diesem Bau hin, auf die Verdienste, die sich Zugführer Münch durch seinen persönlichen Einsatz hierbei erworben, auf das beim OV für Hilfeleistungen vorhandene Gerät und den Bestand an Einsatzfahrzeugen, aber auch auf notwendige Verbesserungen an Gerät und Ausrüstung, die durch den Fortschritt der Technik erforderlich werden.

Dank den Helfern zollte auch Bürgermeister Dr. Lückhoff, der Grüße und Glückwünsche der Stadt zur Fertig-

stellung des neuen Heimes überbrachte.

Den Dank haben die Wildunger Helfer reichlich verdient. Neben der Ausbildung haben sie annähernd 3000 Stunden unentgeltlich am Neubau der Unterkunft mitgearbeitet. Eine Leistung in einer Zeit, in der Idealisten nur noch selten zu finden sind.

Die noch in herkömmlicher Bauweise gebaute Unterkunft entspricht in der Größe dem für einen Zug notwendigen Raumbedarf. Die Einrichtung ist zweckmäßig, hat aber die ansprechende Wirkung, die auf eine besonders gute Gemeinschaft schließen läßt. Es ist tatsächlich die Ausstrahlung der Arbeit in diesem OV. Der Ortsverband ist glücklich, endlich nach 21 Jahren der behelfsmäßigen Unterbringung im alten Spritzenhaus diese, den freiwilligen Helfern gerecht werdende Unterkunft zu besitzen.

Die Arbeit des OV Bad Wildungen im Katastrophenschutz hat zum Grundsatz: „Wir wollen nicht gegeneinander und auch nicht nebeneinander arbeiten, sondern miteinander; wir sind gemeinsam für den Schutz aller da“.



Nach 3000 unentgeltlichen Arbeitsstunden war es geschafft — das „neue Haus“ des OV Bad Wildungen ist fertig.



Helferehrung in Mettlach

Bei der diesjährigen Helferversammlung des THW-Ortsverbandes Mettlach begrüßte OB Schönfeld neben den zahlreich erschienenen Helfern den Vertreter des Landesbeauftragten, TA Faß, sowie Geschäftsführer Ballnus und Vertreter der Presse.

OB Schönfeld, der in absehbarer Zeit wegen beruflicher Veränderung die Geschäfte an seinen Nachfolger übergeben muß, gab einen Überblick über die bisherige Arbeit im OV Mettlach und dankte besonders den Führungskräften und allen Helfern für die Bereitschaft zur tatkräftigen Mitarbeit und ihre stete Einsatzbereitschaft. Besonders hervorgehoben wurde der Bau des 12 m hohen Aussichtsturms, der an sechs Wochenenden unter Verwendung von 25 cbm Holz in der Gemeinde Rimlingen errichtet wurde.

Anschließend gab TA Faß einen Überblick über die bisherigen Maßnahmen aufgrund des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und dessen Ausführungsbestimmungen und ging hierbei besonders auf die damit verbundenen Aufgaben des OV Mettlach ein. Für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW, insbesondere des OV Mettlach, zeichnete er OB Ing. D. Schönfeld im Auftrag des Vizepräsidenten und Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk mit dem Helferzeichen in Gold und Gruppenführer V. Holzmann sowie den stellvertretenden OB G. Reinig mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz aus. G. F.

Einsatz im Aufzugschacht

Als der Technische Überwachungsverein (TÜV) in einem neubauten Hochhaus im Stadtkern von Ottweiler die Aufzuganlage abnehmen sollte, stellte der Prüfbeamte fest, daß die lichte Höhe im Aufzugaufbau zwischen Maschinenaggregat und Dachabdeckung des Aufzugschachtes um 30 cm zu gering war, so daß eine Abnahme nicht erfolgen konnte. Da der gesamte Aufzugschacht mit Abdeckung mit den Abmessungen 3,50 x 3,50 m in Stahlbeton gegossen

worden war, wäre eine manuelle Trennung der Stahlbetondecke von den seitlichen Wänden außerordentlich schwierig gewesen und hätte außerdem eine wochenlange Arbeit beansprucht.

Auf Empfehlung der unteren Bauaufsichtsbehörde wandte sich der zuständige Bauleiter an den OV Neunkirchen, der seine Hilfe zusagte. An zwei aufeinander folgenden Nachmittagen wurde unter Leitung des I-Zugführers K.-H. Busch ein Trupp eingesetzt, der in luftiger Höhe rings um den Aufzugschacht auf einer Länge

von insgesamt 14 lfdm. unter Verwendung von insgesamt 50 Sauerstofflanzen mit 180 Löchern das 25 cm starke Mauerwerk von der Dachabdeckung abtrennte. Anschließend wurde mit 4 Hydraulikstützen die Stahlbetondecke so angehoben, daß das Mauerwerk entsprechend den Auflagen des TÜV um 30 cm erhöht werden konnte.

Lob und Anerkennung verdienen die eingesetzten Helfer, die nach Angaben des anwesenden GF Müller sehr diszipliniert und gekonnt diese schwierige Aufgabe lösten. G. F.

OV Völklingen und Friedrichsthal üben gemeinsam

Gemeinsam veranstalteten die OV Völklingen und Friedrichsthal an der B 10-Brücke zwischen Saarlouis und Dillingen ihre Jahreshauptübung. Während es dem OV Völklingen darauf ankam, Standardteile für einen Hängesteg von einer Gesamtlänge von 60 m auszuprobieren, übte der OV Friedrichsthal den Bau von Anleger und Tonnensteg. Am ersten Tag waren Vortrupps beider Ortsverbände vorgerückt und hatten die Lager aufgeschlagen sowie das Material gerichtet, so daß am nächsten Tag nach dem Eintreffen der übrigen Helfer mit voller Kraft mit dem Bau der Brückenschläge begonnen werden konnte.

Bereits zur Mittagspause waren die Arbeiten soweit gediehen, daß nach dem Mittagessen nur noch die Feinarbeiten auszuführen waren. Danach konnte mit der Überprüfung und der Bewertung begonnen werden. Kritischer Beobachter war der GF des THW-Stadtverbandes Saarbrücken, Fritz Diehl, während der Landesbeauftragte Reimann seinen Besuch leider kurzfristig absagen mußte. Am folgenden Tag erfolgte dann der Abbau und der Rücktransport von Gerät, Material und Helfern.

Vor allem den jungen Helfern, die zum ersten Mal bei einer solchen Übung mitgearbeitet hatten, war Begeisterung und Schwung anzumerken, wobei eine Fahrt mit dem Aubo auf der Saar eine willkommene Abwechslung während des harten Arbeitstages war. Auch die Verant-

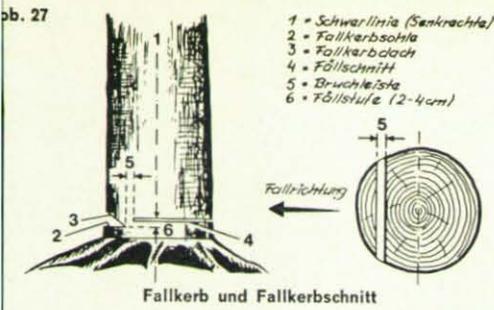
wortlichen des Ortsverbandes, Ausbildungsleiter Barth und Ingenieur Hecht, waren mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Übung voll und ganz zufrieden. N. Sperling

Übung am Warndtweiher

Um den Ausbildungsstand im Ortsverband Ludweiler zu überprüfen, hatte Ausbildungsleiter Leick am Warndtweiher eine ganztägige Übung angesetzt, die von ihm selbst und den beiden Gruppenführern Kuhn und Knobloch geleitet wurde. Schwerpunkt der Übung des kompletten Bergungszuges war der Wasserdienst, zumal den Helfern, die an der KatS-Schule — Außenstelle Hoya die entsprechenden Lehrgänge besucht haben, Gelegenheit zur Arbeit „am Objekt“ gegeben werden sollte. Im Rahmen der Einzelmaßnahmen wurden über den Warndtweiher ein Tonnen- sowie ein Versorgungssteg von je 40 m Länge gebaut. Weitere Übungsaufgaben waren der Bau und Betrieb einer Behelfsfähre sowie die Bergung von Verletzten und deren Transport.

Das Ziel der Übung: Intensiveres Vertrautwerden mit dem Element Wasser, so betonte Ausbildungsleiter Leick bei der abschließenden Besprechung im Beisein von Hauptsachgebietsleiter Faß, konnte erreicht werden, da alle Einzelaufgaben in vorbildlicher Weise gelöst wurden.

G. F.



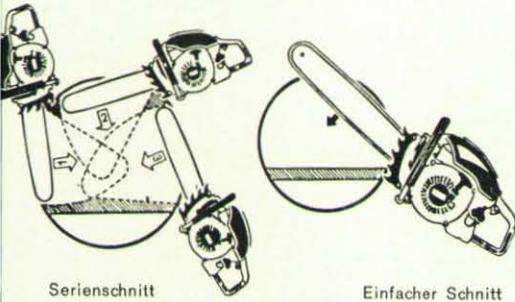
Fallkerb und Fallkerbschnitt

0] Der **Fällschnitt** wird an der gegenüberliegenden Stammseite etwa 2 bis 4 cm über der Fallkerbsohle angesetzt und so weit eingesägt, daß eine ca. 5 cm breite **Bruchleiste** erhalten bleibt.

Ist der Stammdurchmesser eines zu fällenden Baumes größer als die Schienenlänge der Motorsäge, so ist der einfache Fällschnitt durch **Serienschnitte** zu ersetzen.

Abb. 28

Beachte: Säge beim **Serienschnitt** 2 und 3 so ansetzen, daß die Endsägeschnitte der Phase 1 und 2 mit erfaßt werden!



Fällschnitte

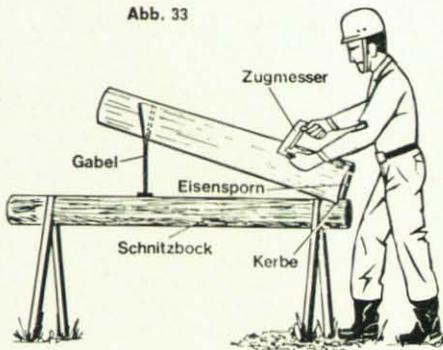
44

n vollständiges Entfernen von Bast und Rinde ist dann unerlässlich, wenn das Holz als Telefontastangen, Masten oder als Faserholz verwendet werden soll.

5] Im Katastrophenschutz erfolgt das Entrinden ausschließlich von Hand mittels Klauenbeil, Handbeil, Holzaxt, Zugmesser, Stichaxt oder Schälisen (letzteres ist im Gerätesatz nicht vorhanden).

eschält wird vom Stammende zum Zopfende. Dabei ist die Faserrichtung zu beachten. Unmittelbar nach dem Fällen des Baumes läßt sich die Rinde vom Holz leichter lösen.

Abb. 33



Weißschälen mit Zugmesser und Schnitzbock

Das **Weißschälen** (Weißschneiden) ist dann anzuwenden, wenn der künftige Verwendungszweck es erfordert oder eine Imprägnierung vorgesehen ist.

Das **Weißschälen** unterscheidet sich vom Wald-

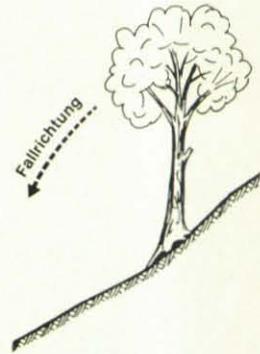
48

Beachte: Beim Aufrichten drehwüchsiger Bäume ist besondere Vorsicht geboten, da durch Drehwüchsigkeit die festgelegte Fallrichtung infragegestellt werden kann.

[57] Bäume an steilen Hängen werden grundsätzlich hangabwärts gefällt. Dabei muß allerdings in Kauf genommen werden, daß infolge der großen Fallhöhe der Stamm zersplittern oder aufreißen kann.

Bäume an Äufern und Grabenböschungen sind von der Regel des „Hangabwärtsfällens“ ausgenommen.

Abb. 24



Fällen eines Baumes in Hanglage

Der Aufprall auf beide oder nur eine Grabenkante bewirkt zumeist ein mehrfaches Brechen oder Reißen des Stammes. Dadurch wird die spätere Verwendung des Holzes wesentlich eingeschränkt.

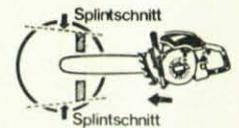
Das Fällen von Bäumen über Gräben erfordert außerdem einen vermehrten Arbeitsaufwand (Abstützen, Arbeit im Wasser etc.) und erhöht die Unfallgefahr.

41

Zwischen Fallkerb und Fällschnitt muß eine **Bruchleiste** von genügender Breite stehenbleiben. Sie bestimmt bei sorgfältiger Arbeit den korrekten Fall des Baumes. Die **Bruchleiste** darf niemals durchtrennt werden, da der Baum über sie abknicken soll, ohne daß der Stamm splittert oder aufspaltet.

[61] Beim Fällen von Hartholzstämmen (Buche, Eiche etc.) ist das Herz (Kern) des Stammes von der Fallkerbseite aus einzustechen, bevor der Fällschnitt angesetzt wird.

Abb. 29

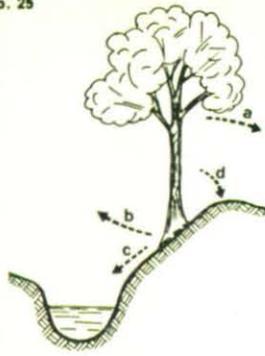


Durchstoßen der Bruchleiste

Beachte: Das Fällen eines Baumes kündigt sich durch Knistern und Knacken in der Schnittstelle an. Beim ersten Anzeichen ist das Sägen einzustellen und die Säge unverzüglich aus dem Schnitt zu ziehen. Der Helfer tritt unter Beobachtung der Baumkrone seitlich vom Stamm weg. **Rückwärtsgehen ist verboten!** — Hat sich die Säge im Schnitt verklemmt und kann nicht sofort herausgezogen werden, so ist sie im Schnitt zu belassen. — In Fallrichtung stehende Bäume neigen beim Fällen zum Aufreißen. Bei Nadelhölzern ist es daher ratsam, einmal die Schnitttiefe des Fallkerbes zu vergrößern und zum anderen **Splintschnitte** seitlich am Stamm und rechtwinkelig zum Fallkerb einzuschneiden. Splintschnitte werden nur in geringer Tiefe und in Höhe des nachfolgenden Fällschnittes geführt.

45

Abb. 25



a = Fallrichtung
 b = Bewegung des Stammes nach dem Aufschlag
 c = mögliche Abwärtsbewegung des Baumes
 d = Aufschlagstelle

Fallrichtung eines Baumes an Ufer- oder Grabenböschungen

[58] Neben Berücksichtigung der vorgenannten Faktoren ist vor dem Fällen eine Reihe weiterer Maßnahmen zu treffen, die zum einen der Sicherheit der Helfer sowie anderer Personen dienen und zum anderen Schäden allgemein verhindern sollen.

Zu diesen Maßnahmen — überwiegend handelt es sich um Sicherheitsmaßnahmen — zählen:

- Aufstellen von Sicherheits- oder Warnposten.

Sicherheits- und Warnposten sind vor allem in Beständen mit dichtem Unterholz oder ähnlich gefährlichen Umständen, die z. B. eine ununterbrochene Beobachtung der Arbeitsstelle nicht zulassen, aufzustellen.

2.3.

Abb. 30

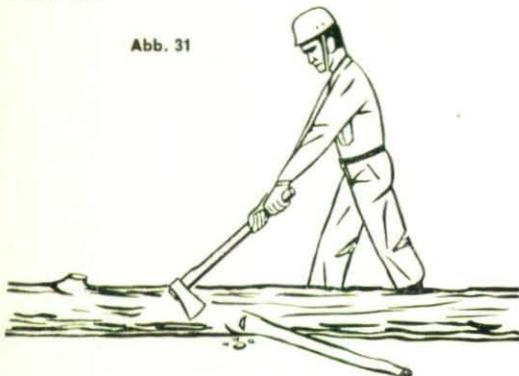


Anordnung des Splintschnittes

[62] Senkrecht gewachsene Bäume lassen sich häufig erst unter Zuhilfenahme von Keilen zu Fall bringen. Beim Fällen sind daher grundsätzlich Keile bereitzuhalten. Beachte hierzu auch die Sicherheitsmaßnahmen unter Ziffer 58.

[63] Das Entästen der gefällten Bäume wird mittels Äxten, Hand- oder Motorsägen durchgeführt. Motorsägen sollten jedoch nur dann verwendet werden, wenn der Astdurchmesser größer als 10 cm ist.

Abb. 31



Entästen von Bäumen

2.3. Entrinden von Stämmen

[64] Stamm-, Stangen- oder Faserholz ist zu entrinden, um die Austrocknung des Holzes zu

- Aufenthaltsverbot innerhalb des Gefahrenbereiches.

Außer dem Fälltrupp dürfen andere Personen (oder Helfer) sich innerhalb eines Umkreises von zwei Baumlängen nicht aufhalten. Beim Fällen mehrerer Bäume zur gleichen Zeit müssen die Abstände der einzelnen Arbeitsstellen voneinander mindestens zwei Baumlängen betragen.

- Absichern der zu fallenden Bäume.

Besteht die Gefahr, daß die zu fallenden Bäume nicht in die vorgesehene Richtung fallen, so sind sie mit Halteleinen oder -seilen abzusichern.

- Schaffen eines freien Arbeitsfeldes.

Vor dem Fällen hat sich der Fälltrupp ein freies Arbeitsfeld zu schaffen, welches bei Gefahr einen Fluchtweg nach allen Seiten gewährleistet.

- Säubern des Stammfußes.

Der Baumfuß ist von Trieben, Sand und anderen Hindernissen zu befreien. Weit auslaufende Wurzelanläufe sind mit der Axt, der Hand- oder Motorsäge zu entfernen.

Abb. 26



Abbeilen eines Baumfußes

[59] Beim Fällen eines Baumes ist als erstes der Fallkerb anzubringen.

Der Fallkerb ist senkrecht zur festgelegten Fallrichtung tief am Stammfuß anzusetzen. Die Schnitttiefe soll etwa 1/4 des Stammdurchmessers betragen.

Gesägt wird zuerst der obere schräg angesetzte Fallkerbschnitt, sodann der untere waagerechte Schnitt. Der Abstand zwischen Fallkerbsohle und Fallkerbdecke (Maulweite) soll 1/2 bis 2/3 zur Fallkerbtiefe betragen. Das beim Sägen entstandene keilförmige Holzstück ist herauszunehmen oder mit dem Axtrück herauszuschlagen.

beschleunigen und Schädlingsbefall (Käferbefall) zu verhindern.

Faserholz ist laut Holzmeßanweisung (Homa) die Einteilung für eine besondere Gebrauchsklasse des Holzes. Der Begriff „Faserholz“ ist inzwischen auf alle Gebiete, welche das Holz in irgendeiner mechanischen, chemischen oder mech.-chemischen Verfahren zur Verwertung der Faser zerarbeiten (Holzwerkstoff für Papier-, Pappen- und sonstige Fabrikation). Besonders geeignet sind Fichte, Tanne, Kiefer, Pappel, Weide und unter bestimmten Voraussetzungen Rotbuche.

Abb. 32



Entrinden eines Stammes mit dem Schälisen

Das Entrinden erfolgt entweder von Hand oder mit Hilfe von Entrindungsmaschinen, welche jedoch nicht zur Ausstattung des Katastrophenschutzes zählen. Beim Entrinden unterscheidet man

Waldschälen (sog. Berappen, Reppel, Streifen) und vollständiges Entrinden (sog. Weißschälen).

Nach den Forstvorschriften darf nach dem 15. März nur noch geschältes Holz im Wald gelagert werden.

Schwedische Delegation im Warnamt VII



In Begleitung des Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Zielinski, weilte am 7. Juni 1974 eine Delegation der Generaldirektion der Königlich Schwedischen Zivilverteidigung im Warnamt VII/Weinsheim bei Bad Kreuznach. Dieser Informationsbesuch diente

der gegenseitigen Erörterung von Fragen des Warndienstes und der Besichtigung eines Warnamtes. Nach der Begrüßung durch die Warnamtsleitung und einführender Worte des Vizepräsidenten erläuterte der Referent für den Einsatz und Betrieb des Warndienstes, Verwaltungsdirektor v. Neubeck, anhand von Schautafeln die Organisation der Zivilverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Rahmen stellte er die dem Warndienst und somit auch den Warnämtern gesetzten Aufgaben in den Vordergrund. Diesen Ausführungen schloß sich ein Rundgang durch das unterirdische Bauwerk des Warnamtes an. Beim Gang durch die in mehreren Etagen untergebrachten Arbeits- und Betriebsräume mit ihren umfangreichen technischen Einrichtungen schilderte Warnamtsleiter Dipl.-Ing. Utischill, in welcher Weise die vielfältigen Aufgaben von den hauptamtlich Bediensteten und freiwilligen Helfern des Warnamtes bewältigt werden.

Schwerpunkte hierbei waren die Darstellung und Auswertung der Luftlage, die Erfassung und Auswertung der ABC-Lage, die Nachrichtenübermittlung aus dem nachgeordneten Bereich, die Zusammenarbeit mit den Landesregierungen und den Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und der kreisfreien Städte hinsichtlich der Alarmierung

und weiteren Unterrichtung der Bevölkerung, die Zusammenarbeit mit den Warndiensten der benachbarten NATO-Mitgliedsstaaten sowie die Möglichkeiten der Unterrichtung der Bundesregierung. Besonderes Interesse der schwedischen Gäste fand das in der Bundesrepublik aufgebaute Alarmierungssystem zur zentralen und dezentralen Auslösung der Sirenen und Information der Bevölkerung über den Rundfunk sowie die Unterrichtung von Behörden und Betriebe, die lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben zu erfüllen haben, über Warnstelleneinrichtungen. Abschließend waren Fragen der Aus- und Weiterbildung von Helfern im Zivilschutz Gegenstand des Gedankenaustausches.

Bei der Fülle der angesprochenen Themen und der vielfältig gewonnenen Eindrücke blieb die Zeit für ausführliche Erläuterungen jedoch nur kurz bemessen. Diese Feststellung trafen auch in ihren Abschiedsansprachen Vizepräsident Zielinski und der Leiter der schwedischen Delegation, Ministerialrat und Chef der Schule für Ausbildung der höheren Zivilverteidigungsführung Ove Cronebäck. Beide Herren hoben die Notwendigkeit und die nutzbringende gegenseitige Bereicherung bei derartigen Informationsbesuchen hervor; wobei insbesondere auch der Wunsch vorgetragen wurde, durch laufenden Erfahrungsaustausch die Zivilschutzorganisationen beider Länder zum Wohle der Bevölkerung weiter auszubauen.

Warnamt IV unter neuer Leitung



Der neue Leiter des Warnamtes IV, Hans Behninger (in. Vordergrund links), mit Vizepräsident Dipl.-Ing. Zielinski (Mitte) und Regierungsdirektor Schmidt im Kreise der Mitarbeiter.

Seit dem 15. Juli 1974 hat das Warnamt IV/Meinerzhagen einen neuen Warnamtsleiter. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde an diesem Tage Hans Behninger durch den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, nach Überreichen

der Ernennungsurkunde des Bundesministers des Innern in sein neues Amt eingeführt. Neben dem Personalreferenten des BZS, Regierungsdirektor Schmidt, hatten sich zu dieser Amtseinführung die hauptamtlich Bediensteten des Warnamtes IV, die Leiter der WD-Leit-

meßstellen 41-45 aus Paderborn, Meschede, Coesfeld, Hattingen und Meinerzhagen sowie eine Reihe von Helfern eingefunden.

Hans Behninger ist der dritte Warnamtsleiter in Meinerzhagen. Seine Vorgänger in diesem Amt waren bis 1966 Fritz Michels und zuletzt Hans-Günter Fischer, der Ende März dieses Jahres mit Erreichen der Altersgrenze aus dem Amt schied.

Der neue Warnamtsleiter ist mit den vielfältigen Bereichen des Warn- und Alarmdienstes in Theorie und Praxis sehr eng vertraut. Seit April 1960 ist er Angehöriger des Warndienstes und hatte seither beim Warnamt IX/Ansbach noch während der Aufbauphase im Versuchsamt wie auch später am endgültigen Standort in Claffheim die Gelegenheit wahrgenommen, in den verschiedensten Tätigkeitsbereichen umfangreiche Erfahrungen zu sammeln.

Mittelfranken ist auch die Heimat von Hans Behninger. Er wurde 1915 in Ansbach geboren; ist verheiratet und hat einen Sohn. Nach Ableistung von Wehr- und Kriegsdienst trat er 1947 in den Dienst der Bayerischen Finanzverwaltung ein und wechselte 1957 in die Bundesvermögensverwaltung über. Beim Warnamt IX war er dann zunächst mehrere Jahre als Verwaltungssachbearbeiter tätig und zuletzt als Einsatzleiter für das Sachgebiet I — Einsatz und Organisation — zuständig.

In seiner Ansprache zur Amtseinführung wünschte Vizepräsident Zielinski Hans Behninger guten Erfolg für seine verantwortungsvolle wie auch interessante Tätigkeit in Meinerzhagen. Im Namen aller Mitarbeiter des Warnamtes IV begrüßte der Personalratsvorsitzende Werner Däumer den neuen Warnamtsleiter. Dank sagte Däumer auch dem „zweiten Mann“ des Amtes, Regierungsamtmann Günther Frömbling, der „das Warnamtsschiff während der Zeit, da die Kommandobrücke nicht besetzt war, gut auf Kurs gehalten habe“.

Warnamtsleiter Behninger bedankte sich abschließend in einer kurzen Ansprache für die guten Wünsche und sprach die Bitte aus, ihn bei der Ausübung seines Amtes nach Kräften zu unterstützen und ihm das notwendige Vertrauen entgegenzubringen. Nur auf dieser Basis in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit könne auf Dauer der Erfolg zum Wohle des Ganzen erreicht werden.

HvH



Präsident Dr. Kolb (links) wünscht Dr. Maske gute Erfolge.

Wechsel in der Abteilung Warndienst

Am 17. Juli 1974 erfolgte in der Leitung der Abteilung Warndienst des Bundesamtes für Zivilschutz ein Wechsel. Der bisherige Abteilungsleiter WD und Vizepräsident des BZS, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, wurde zum Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk bestellt. Gleichzeitig wurde Regierungsbauinspektor Dr. August-Jürgen Maske mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters der Abteilung Warndienst beauftragt.

Dipl.-Ing. Dr. Maske, am 12. Juni 1933 in Lüneburg geboren, ist seit dem 1. Juni 1966 im Bundesamt für Zivilschutz tätig. Zuletzt leitete er das Referat ZS 5 B — Betriebstechnik —. Diese Tätigkeit brachte eine enge Zusammenarbeit mit dem Warndienst, insbesondere den Warnämtern mit sich, so daß Dr. Maske die Probleme und besonderen Anliegen des Warndienstes gut vertraut sind.

F. S.

Nachruf



Nach längerem Leiden verstarb am Montag, 15. Juli 1974, der beim Warnamt IV, Meinerzhagen, als Leiter des Fernmeldebetriebes eingesetzte nebenberufliche Mitarbeiter

Kurt Keller im Alter von 60 Jahren. Am 15. August 1960 verpflichtete sich Kurt Keller zur freiwilligen Mitarbeit im Warndienst. Er hat die Aufbauphase des Warn- und Alarmdienstes im ehemaligen provisorischen Versuchsamt in Lüdenscheid mitgemacht und dort seine Kenntnisse als früherer Oberfunkmeister der Kriegsmarine zur Verfügung gestellt. Mit dem Ehrenzeichen des Warndienstes in Gold mit Eichenlaub und der Ehrenurkunde des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz wurde Kurt Keller 1970 als einer der ersten Mitarbeiter des Warnamtes IV ausgezeichnet.

Durch seinen Tod verlor das Warnamt einen wertvollen und stets verantwortungsbewußten Mitarbeiter. Alle Bediensteten und Helfer des Warnamtes IV werden seiner stets ehrend gedenken.

G. L.



Landesarzt Dr. med. Heinz Engelhardt

Rettungs-Samariter

Kursus für Samariter im Krankentransport und Rettungsdienst/Folge 6

Atemspende — so gehen Sie vor:

- Kopf in Überstreckstellung halten
- mit der Hand am Unterkiefer gleichzeitig den Mund verschließen
- im Rhythmus der eigenen Atmung die Ausatemluft dem Patienten durch dessen Nase einblasen

Achtung:

Mund des Patienten fest geschlossen halten, Nase dicht mit dem eigenen Mund umschließen

- so kann keine Luft entweichen —

Zu Beginn der Atemspende die ersten zehn Beatmungen kräftiger und schneller durchführen.

Erwachsene Patienten:

15 Beatmungen in der Minute

Säuglinge und Kleinkinder:

30- bis 40mal in der Minute beatmen

Warum? Schnellere Eigenatmung dieser Altersgruppe

Dabei beachten:

geringeres Fassungsvermögen der kindlichen Lungen.

Das bedeutet:

Weniger Ausatemluft mit **weniger** Druck bei der Atemspende einblasen!

Orientierung:

Heben und Senken des Brustkorbes geben Information über die im Einzelfall für eine ausreichende Atemspende benötigte Luftmenge.

A

B = BEWUSSTSEIN

C

Was bezeichnet man als Bewußtsein?

Seelische Vorgänge des bewußten	} Wahrnehmens Denkens Reagierens usw.	} gebunden an intakte Hirnfunktionen
---------------------------------	---------------------------------------	--------------------------------------

Intakte Hirnfunktion ist also die Voraussetzung dieser Vorgänge

Daraus ergibt sich:

Störungen der Hirnfunktion ergeben.
Störungen dieser seelischen Vorgänge

Wie kommt es zu Bewußtseinsstörungen?

1. durch Verletzungen

- Schock (s. d.)
- Atemstillstand
- offene und geschlossene Schädel-Hirn-Verletzungen

2. durch Erkrankungen

- Hirnschlag
- Herzinfarkt
- diabetisches oder urämisches Koma
- Leberkoma
- Epilepsie

3. durch Vergiftungen

- Schlafmittel
- Kohlenoxyd
- Äthylalkohol

4. durch Gewalteinwirkungen

- Würgen oder Strangulieren

ob

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">— tiefe Bewußtlosigkeit— oberflächliche Bewußtlosigkeit— leichte Bewußtseinsstörung | } für den Patienten besteht immer die gleiche Gefährdung |
|---|--|

Deshalb

gleiche Maßnahmen bei allen Formen der Bewußtseinsstörung:

Was ist zu tun – und warum?

Gefährdung:

Die Bewußtlosigkeit ist immer begleitet von einer **Erschlaffung der Muskulatur** und einem **Verlust wichtiger Schutzreflexe** wie Husten, Niesen, Würgen.

Was folgt daraus?

Der Bewußtlose kann Fremdkörper in der Mundhöhle nicht ausspucken — und Fremdkörper im Rachen nicht aushusten.

Die Folge:

Blut und Erbrochenes gelangen in die Luftröhre („falsche Röhre“) und verlegen die Atemwege und die Lungenbläschen. Damit wird die Atmung unmöglich gemacht.

▼
ca. 15 %
der Verkehrstoten

sterben nicht an ihrer Verletzung, sondern durch das Eindringen von Blut und Erbrochenem in die Lungen (Aspiration).

Diese Gefahr besteht insbesondere auf dem Transport, wenn der Patient unzulänglich versorgt wird, da gerade durch die Fahreigenschaften der Transportfahrzeuge Erbrechen ausgelöst werden kann.

Maßnahme:

bei Bewußtlosigkeit, aber erhaltener Eigenatmung und nicht verlegten Atemwegen: **sofort** in die

Stabile Seitenlage



Der Bewußtlose liegt auf der linken oder rechten Körperseite, das untere Bein ist im Kniegelenk abgewinkelt, der Kopf nackenwärts gebeugt und der Unterkiefer nach vorn gehalten. Der obere Arm ist abgewinkelt, seine Hand liegt so unter dem Kopf, daß ihre Hohlhandfläche auf den Boden zeigt. Der unter dem Körper liegende Arm ist nach hinten gezogen und im Ellenbogen abgewinkelt.

Warum ist die Rückenlage falsch?

In Rückenlage verläuft beim Menschen die Luftröhre von Kopf-oben nach Lungen-unten. Fremdkörper können somit — der Schwerkraft folgend — leicht nach unten in die Lungen fließen.

In Seitenlage des Menschen verläuft die Luftröhre mit leichter Neigung zum Kopf hin, so daß Fremdkörper nicht in die Lungen fließen können.

Verlauf der Luftröhre



in Rückenlage



in stabiler Seitenlage

Fortsetzung folgt

Viel Aufregung für alte Leute

JUH brachte 50 alte Menschen in ein neues Heim

Auf dem Gallberg in Düsseldorf stehen in einem Parkgelände 11 uralte Steinbaracken. Sie waren zu einem Altenheim umfunktioniert worden, in dem insgesamt 250 alte Menschen untergebracht sind. In einem kleinen Raum mußten jeweils vier alte Menschen leben. Die Räume waren außerdem feucht, und die sanitären Anlagen waren sehr dürftig. So plante die Stadtverwaltung die Auflösung dieses Altenheimes und baute in der Stadt ein neues. Dort gibt es erstens verschieden große Räume für die Unterbringung von ein bis vier Personen, zweitens ist das Heim zeitgemäß eingerichtet, so daß sich hier die alten Menschen wohlfühlen können. Das neue Heim liegt in der Metzgerstraße.

Der Transport der insgesamt 50 Personen, davon 34 liegend, sollte in drei Tagen erfolgen, da das neue Altenheim nicht 50 neue Bewohner auf einmal versorgen konnte. Der Auftrag zur Verlegung dieses Personenkreises wurde von der Stadtverwaltung Düsseldorf an die Johanniter-Unfall-Hilfe Düsseldorf vergeben, die schon seit mehr als zwei Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr im Kranken- und Unfall-Transport eingesetzt ist. Die Verlegung wurde an drei Tagen durchgeführt und zwar am 5., 6. und 7. Juni 74. Das Wetter, kalt und regnerisch, konnte jedoch nicht verhindern, daß der Transport ohne Komplikation verlief. An allen Tagen waren je vier Krankenwagen mit jeweils 12 Helfern eingesetzt, die sich alle Mühe gaben, den Transport für die alten Leute so angenehm wie möglich zu gestalten. Teilweise lebten manche der alten Menschen bereits seit 1968 in dem Heim am Gallberg, wo sie damals auch von der JUH-Düsseldorf aus anderen Heimen hertransportiert worden waren. Wenn alte Menschen sechs Jahre an einer Stelle gelebt haben, mitten im Park, dann bedeutet für sie das Umziehen einen starken Einschnitt in ihr Leben. Nicht umsonst



Helfer der JUH-Düsseldorf brachten in drei Tagen 50 alte Menschen in ihr neues Heim.



Abschied vom alten Heim. Ein ermunterndes Wort der Helfer erleichterte den Weg.



Ankunft vor dem neuen Altenheim, einem modernen und vor allem für die Bedürfnisse seiner Insassen ausgerichteten Bau.

sagt ein Sprichwort, man solle keine alten Bäume umpflanzen. Vor dem Einsatz wurden alle Helfer zusammengerufen, und es wurde ihnen geschildert, was der Transport für die alten Menschen bedeute, und daß sie auch bei Gelegenheit ein tröstendes Wort zu den Leuten sagen sollten. So waren vor dem Transport und erst recht bei diesem die alten Menschen in einem starken Erregungszustand. Fast alle alten Menschen haben bei dem Transport geweint. Gegen Ende dieses Jahres soll der zweite Bauabschnitt für das neue Altenheim beendet sein. Dann wird die JUH-Düsseldorf auch die restlichen 200 Personen vom Gallberg in das neue Heim verlegen.

OB H.-J. Kornblum



Vom Einsatz in Äthiopien kehrten das Ehepaar Negraszus und Schwester Johanna Geilen zurück, über deren Arbeit von Dr. von Ohlen im Mitteilungsblatt berichtet worden ist. Inzwischen ist auch der letzte JUH-Arzt, Dr. Rudolf Kasperek, zurückgekehrt. Graf und Gräfin Bentheim überreichten dem Team die ihnen vom Herrenmeister verliehenen Ehrenzeichen. Von links: JUH-Präsident Graf Bentheim, Frau Negraszus, Schw. Johanna Geilen, Herr Negraszus.



Auf der JUH-Sanitätsstation Lintorf. Von links: Graf Bentheim, OB-Lintorf v. Bockelsberg, Colonel Grainger, Gräfin Bentheim, Mrs. Grainger, Landesgeschäftsführer NRW Salzmann.

St.-John-Ambulance-Kommandeur von Zentral-Afrika besuchte JUH

Der Commandery Commissioner der St. John Ambulance Brigade Zentral-Afrika (Rhodesien, Malawi, Sambia) Colonel D. H. Grainger und seine Gattin Dr. Ines Grainger besuchten die JUH in Deutschland. JUH-Präsident Graf Bentheim zeigte den südafrikanischen Gästen die JUH-Rettungsstation Lintorf und die JUH-Station Köln. Mit großem Interesse sahen die Gäste die verschiedenen Einrichtungen und Ausrüstungen der JUH, besonders die Ausrüstung für den Katastropheneinsatz im Ausland. Im nächsten Mitteilungsblatt wird ausführlich über die St. John-Ambulance Brigade in Zentral-Afrika berichtet werden.



Bei der jährlichen Zusammenkunft der JUH-Kettwig mit den Standorten in der Nachbarschaft, in diesem Fall Velbert, Ratingen, Lintorf, Mettmann und Hilden, fand ein Gottesdienst statt, an dem eine Arbeitsgruppe der JUH mit musikalischen Darbietungen mitwirkte. Ökumenisch war der Gottesdienst deshalb, weil die Helfer in Kettwig zur Hälfte katholisch und evangelisch sind. Zum Abschluß der Zusammenkunft gab es eine kräftige Erbsensuppe.



Großes Interesse zeigte Col. Grainger auch für die Ausrüstung der JUH. Hier wird ihm eine Vakuummatratze vorgeführt, welche sich der Liegeform des Verletzten anpaßt und ihm Erleichterungen schafft.



Die neuen Mitglieder der JUH-Gruppe. Dazwischen, von links Divisions-Officer van Wieligh, JUH-Beauftragte Gräfin Finckenstein, JUH-Beauftragter Graf Finckenstein, District-Officer van Niekerk. In der Mitte des Bildes: Commissioner van Wyk, neben ihm District-Superintendent Frau Gallard.

JUH auch in Süd-West-Afrika

Auch in Windhuk (Süd-West-Afrika) gibt es jetzt eine Gruppe der Johanniter-Unfall-Hilfe. Auf Initiative des JUH-Beauftragten ER Wolf-Friedrich Graf Finck v. Finckenstein wurde diese Gruppe als Untergliederung der St. John Ambulance Brigade South West Africa gegründet. Ihr gehören 20 Schülerinnen und Schüler der Deutschen Höheren Privatschule in Windhuk zwischen 13 und 16 Jahren an. Obwohl Teil der St. Johns Ambulance Brigade, wird sie den Namen „Johanniter-Unfall-Hilfe“ tragen.

„Im Einsatz für den Menschen“

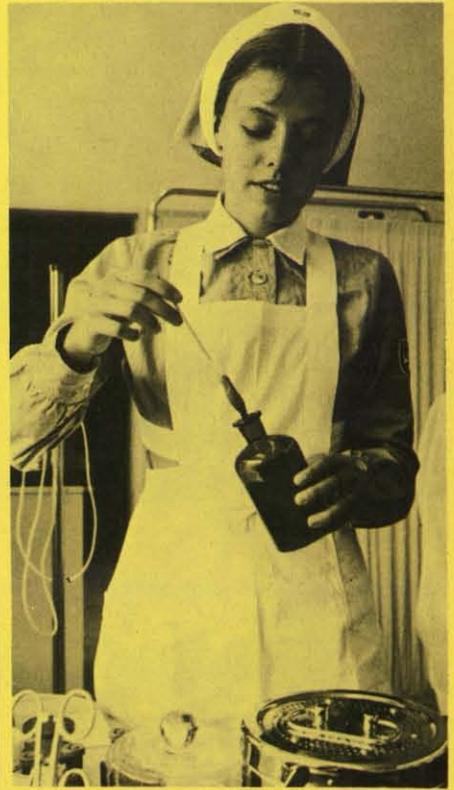
15. Delegiertenversammlung des Malteser-Hilfsdienstes am 23./24. März in Trier

150 Delegierte des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) aus allen Diözesen der Bundesrepublik kamen nach Trier. Trier war erstmals Ort einer solchen Tagung des 1953 gegründeten MHD, der im Bundesgebiet inzwischen rund 40 000 Mitglieder hat, von denen die Hälfte in den aktiven Gliederungen der Organisation mitarbeitet. Im Mittelpunkt der Tagung standen Jahresbericht und Kassenbericht 1973 und Haushalt 1974.

Rege Ausbildungstätigkeit

Seit seiner Gründung hat der MHD rund 1,1 Millionen Bundesbürger in Erste-Hilfe-Lehrgängen ausgebildet. Allein im vergangenen Jahr betrug diese Zahl 121 243. Sie lag um 11 943 höher als in 1972. Das unermüdliche

Engagement der Ausbilderinnen und Ausbilder des MHD beweist auch die Zahl von 113 115 Personen, die 1973 durch Teilnahme an einer Unter- richtung in Sofortmaßnahmen am Unfallort beim MHD die Voraus- setzungen zum Besuch eines Führer- schein-Kurses erwarben. Seit Inkrafttreten dieser Verkehrs-Zulas- sungsordnung nahmen mehr als eine halbe Million Personen beim MHD an solchen Lehrgängen teil. Neben der Ausbildungstätigkeit bot der Jahresbericht auch einen Einblick in das Schwesternhelferinnen- Programm, Katastrophenschutz und Rettungsdienst. Der MHD verfügt inzwischen über einen Wagenpark von 31 Rettungswagen und 180 Krankentransportwagen. Mit diesem Fahrzeugpark wurden im vergangenen Jahr 104 374 Krankentransport- und



Der in Trier gegebene Jahresbericht gab auch einen Einblick in das Schwesternhelferinnen-Programm.

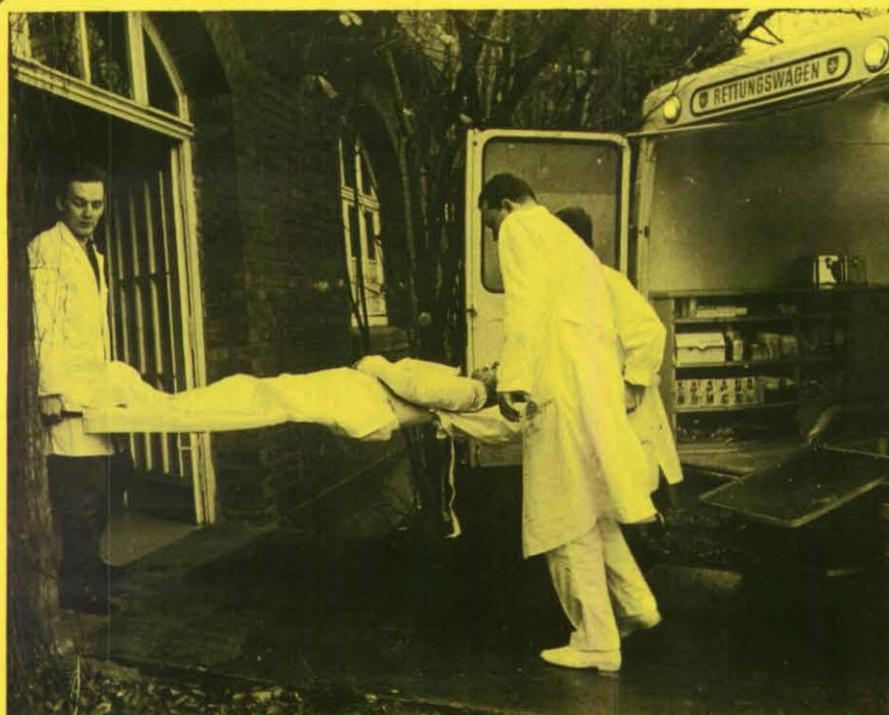


Rettungsfahrten mit einer Fahrtleistung von über drei Millionen Kilometern durchgeführt. Darüber hinaus wurden im Rahmen des mobilen Rettungsdienstes Notfalltransporte durchgeführt.

Hilfe aus der Luft

Der Rettungshubschrauber, der dem MHD im Rahmen des Katastrophenschutzes vom Bundesministerium des Innern zugewiesen wurde, hat im letzten Jahr 895 Einsätze geflogen — das sind 240 mehr als 1972. Im Durchschnitt waren 2,5 Einsätze je Tag zu verzeichnen. Durch den mitfliegenden Arzt und den ihn begleitenden Sanitäter erhielten 674

Eine wichtige Voraussetzung für gezielte Einsätze im Katastrophenfall sind eigene Nachrichtenverbindungen.



In manchem Krankenhaus muß der Patient auf der Trage noch durch enge Treppenhäuser über mehrere Stockwerke getragen werden (Bild oben).

Realistisch aufgebaute Unfall-darstellungen geben immer wieder Gelegenheit, den Ausbildungsstand der Helfer zu kontrollieren (Bild unten).

Personen ärztliche Hilfe, für 95 war dieser Einsatz lebensrettend.

Vietnam und Äthiopien

Von den Auslandseinsätzen ist vor allem das Engagement des MHD in Vietnam zu nennen, das ins achte Einsatzjahr und damit zugleich auch in sein Endstadium geht, da die Überleitungen der Einrichtungen in

vietnamesische Hände fortgeführt wird.

Neu ist der humanitäre Einsatz in Äthiopien, wohin der MHD nach Absprache der Konferenz des Katastrophenstabes im Bundesministerium des Innern am 14. Januar 1974 zwei Ärzte, zwei Krankenschwestern und einen Techniker zur Übernahme einer Ambulanz-Station in Form eines Zelt-Camps entsandte.

Mit der Arbeitstagung war auch die Erstaufführung des Farbfilms „Hubschrauberrettung“ verbunden. Es ist der dritte im Auftrag des MHD gedrehte Film. Er soll ebenso wie die beiden früheren: „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ und „Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort“ später im Vorspann der Kinos gezeigt und so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

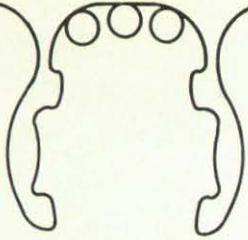
MHD-Resolution

Die 15. Delegiertenversammlung des Malteser-Hilfsdienstes in Trier richtete an die zuständigen Bauaufsichtsbehörden, Bauherrn und Architekten folgende Resolution: „Das im Krankentransport und Rettungsdienst eingesetzte Personal muß oft unter größten Kraftanstrengungen und erheblichem Zeitverlust Kranke und Verletzte über mehrere Stockwerke durch enge Treppenhäuser tragen. Dies geschieht unter nicht vertretbarem Risiko für Patient und Träger.

Die Delegierten richten daher an Architekten und Bauherrn den dringenden Appell, Fahrstühle in Neubauten, insbesondere Hochhäusern, so groß zu planen, daß hierin ein Patient auf einer Krankentrage transportiert werden kann. Gleichzeitig fordert die 15. Delegiertenversammlung des MHD die zuständigen Baubehörden auf, entsprechende Vorschriften als Voraussetzung zur Erteilung einer Baugenehmigung zu erlassen.“

☆

Erneut und eindringlich forderte außerdem die Delegiertenversammlung alle zuständigen Stellen, Fraktionen und Abgeordneten auf, dafür Sorge zu tragen, daß auch in Zukunft diejenigen ehrenamtlichen, entsprechend qualifizierten Rettungshelfer im Rettungsdienst mitwirken können, die ihn bisher maßgeblich getragen haben.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Zivilschutz-Funkgeräte für Sturmflutbereitschaft

Der dänische Zivilschutz hat in den südjütlandischen Polizeikreisen Ribe und Tönder an die Polizeimeister insgesamt 40 Funkanlagen ausgeliehen. Diese Funkanlagen sollen die Sturmflutbereitschaft in Südjütland erhöhen. Um in Fällen einer Sturmflutkatastrophe eine rasche Funkverbindung zu den mobilen Stellen der Sturmflutbereitschaft herstellen zu können, errichtet jetzt die dänische Reichspolizei in den beiden Polizeikreisen Ribe und Tönder je eine ortsfeste Funkstation.

Nach dem Gesetz müssen Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern eine friedensmäßige Katastrophenvorbereitung einrichten, die in der Hauptsache bei drohenden Sturmfluten im Frieden zum Einsatz kommen soll.

Der dänische Zivilverteidigungsdirektor E. Schultz begrüßte es, daß in Südjütland die Katastrophenvorbereitungen der Städte durch besondere Einberufungsmaßnahmen im Falle von Sturmflutgefahren verstärkt werden können.

In der Erdölversorgung autark

Wie erst jetzt bekannt wird, hat der chinesische Ministerpräsident Tschou En-lai auf einer Tagung des Nationalen Volkskongresses bekanntgegeben, daß die Volksrepublik China die Selbstversorgung mit Erdölprodukten bereits verwirklicht hat. Nicht zuletzt dank ausländischer Hilfe — China hat Ausrüstungen der Erdölindustrie im Ausland eingekauft — verfügt das Land über ein vollständiges System der modernen Erdölindustrie, die sich sehr schnell weiter entwickelt. Schürfung, Erschließungen, wissenschaftliche Forschung, Produktion und Industriebauten gehen lückenlos ineinander über.

China exportiert inzwischen nicht nur

Erdöl-Produkte, sondern auch erhebliche Mengen Rohöl. In vielen Gebieten und Provinzen des Landes wurden ergiebige Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt, die bereits in erheblichem Umfang ausgewertet werden. Der Schelf vor Chinas Küsten birgt weitere reiche Vorkommen.

Katastrophenschutz-Vorträge vor Feriengästen

Die Kurverwaltungen an der Nordsee haben in das Vortragsprogramm, welches sie den Urlaubern kostenlos bieten, auch Vorträge über den Katastrophenschutz aufgenommen.

Im Rahmen eines Vortrages „Die große Flut“ beispielsweise werden die Gäste eingehend mit den Vorsorgemaßnahmen gegen Flutschäden vertraut gemacht.

Die Ausführungen werden durch Diavorführungen vertieft. Man hat die Erfahrung gemacht, daß dieses Thema bei den Kurgästen und Urlaubern gut ankommt, zumal diese die Deichbauten und auch die noch nicht behobenen Schäden früherer Flutkatastrophen in ihrem Feriengebiet selbst besichtigen können.

Für die im Küstengebiet wohnenden Menschen sind Katastrophenschutz und Vorsorgemaßnahmen — zumindest nach der Flutkatastrophe von Hamburg — längst keine fremden Begriffe mehr.

Man muß den freiwilligen Helfern, die überall auf Wacht stehen, wenn die Flutwarnungen gegeben werden, ein hohes Lob zollen. Die Bundesregierung und die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen haben schon erhebliche Mittel für entsprechende Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Die Spenden der Gäste nach den Vorträgen werden dazu verwandt, dringend erforderliche Funkgeräte anzuschaffen.

Laienkunst im Dienste des Zivilschutzes

In steigendem Maße setzt die DOSAAF, die in der UdSSR der Träger der Zivilschutzausbildung ist, Filmfestivals, Konzerte, Laienkunstschaffen und andere Formen der kulturellen Massenpropaganda für die Zivilschutzarbeit ein. Mit einem eigenen Lied „Kämpfer des Zivilschutzes“ startete im Fernsehsender Gomel im Jahre 1969 die DOSAAF eine Werbekampagne für den Zivilschutz.

Inzwischen ist dieses Lied fast in jeder Rundfunksendung zum Zivilschutz zu hören. Automobilklubs verbreiten es über eigens angefertigte Tonbänder; bei Propagandaveranstaltungen in Städten und Dörfern ist es zu hören. Inzwischen wurden Textdichter und Komponisten aufgefordert, sich in größerem Umfang mit dem Thema Zivilschutz auseinanderzusetzen und Werke zu schaffen, die die Bevölkerung auffordern sollen, sich mit dem Problem des Zivilschutzes vertraut zu machen.

Atomleuchtturm in Estland

Nach einer Meldung der sowjetischen Zeitschrift „Molodjosh Estonij“ werden jetzt an der estnischen Ostseeküste erstmals Versuche mit einem Leuchtturm gemacht, der mit Kernenergie gespeist wird.

Die estnische Küste gilt mit ihren stark zerklüfteten Ufern, den zahlreichen Untiefen und Riffen sowie ihrem häufigen Nebel als besonders gefährlich. Vor der Tallinn-Mandalbank ist jetzt das früher dort liegende Feuerschiff, welches im Winter eingezogen wurde, durch einen modern ausgerüsteten Leuchtturm, der 31 m über dem Wasserspiegel aufragt, ersetzt worden.

Bisher wurden die lichtoptischen Anlagen des neuen Leuchtturmes — Funkfeuer und Nebelsignalanlage — vom Ufer her von Tallinn aus ferngesteuert. Nunmehr werden die Dieselmotoren des Leuchtturmes durch Isotopengeneratoren ersetzt. Dieses System, Leuchttürme durch Atomkraft — und damit weitaus unabhängiger als mit Normalkraftanlagen — zu betreiben, soll nun auch bei anderen Seekennungen angewandt werden.

USA: Noch zu wenig Luftschutzräume

Gegenwärtig reicht die Zahl der in den USA vorhandenen Luftschutzräume noch nicht annähernd aus, um die Millionen-Bevölkerung in den Ballungsräumen aufzunehmen. Man erwägt, im Kriegsfall umfangreiche Evakuierungsmaßnahmen durchzuführen, um die Bevölkerung vor Atomangriffen zu schützen. Die Luftschutzräume — derzeit für 108 Millionen Menschen ausreichend — sind als öffentliche Schutzräume gekennzeichnet und bereits jetzt mit einem Lebensmittelvorrat für einen Zeitraum von acht Tagen ausgestattet.

Was die Erfahrung lehrt

Folgerungen, Wünsche und Notwendigkeiten als Resultat einer ausgewerteten Großübung



Unter dem Titel „Ölalarm Bodensee — Uferbereich F“ veröffentlichte das ZS-MAGAZIN in der Ausgabe vom Oktober 1973 einen Bericht über eine internationale Ölalarm- und Einsatzübung an der Argenmündung im Bodensee. Über diese Übung hat das Innenministerium von Baden-Württemberg nun einen Erfahrungsbericht veröffentlicht, in dem alle wesentlichen Fakten von der Vorbereitung über den Ablauf bis zur Auswertung zusammengefaßt worden sind. Die nachträgliche Beurteilung sowie des organisatorischen als auch des praktischen Teils sowie die sich hieraus ergebenden Schlußfolgerungen vermitteln nicht nur den Anliegerstaaten des Bodensees, dem Ölwehrausschuß der Internationalen Gewässerschutzkommission und den Verantwortlichen für die Einsatzkräfte neue Erkenntnisse, sondern sind auch aufschlußreich für ähnlich gelagerte Fälle. Schließlich ist es heute ein weitverbreitetes Anliegen, daß unsere Seen und Gewässer vor weiteren Verunreinigungen geschützt werden und die Wasserbeschaffenheit mit allen Mitteln verbessert wird. Mit dem nachfolgenden Abdruck des Abschnitts IV aus dem o. g. Erfahrungsbericht möchte das ZS-MAGAZIN seine illustrierte Reportage vom Oktober 1973 ergänzen.

Auswertung der Internationalen Ölalarm- und Einsatzübung Bodensee 1973

Aus der „Internationalen Ölalarm- und Einsatzübung Bodensee 1973“ ergaben sich nachstehende Vorschläge zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der internationalen Ölwehrorganisation am Bodensee:

Nationale Ölalarm- und Einsatzpläne

Anpassung der nationalen Ölalarm- und Einsatzpläne an die neue Ölalarm- und Einsatzkarte.

Erfassung von Hubschrauberstandorten und Zwischenlandeplätzen einschließlich der Anforderungswege.

Planmäßige Erkundung und Erfassung geeigneter Befehlsstellen und Bereitstellungsräume in möglichen Schadensgebieten.

Planmäßige Erfassung des Wasserrettungsdienstes, des Versorgungsdienstes und von Verpflegungseinrichtungen.

Beschaffung einer Mindestausrüstung für die Befehlsstellen.

Ölalarm- und Einsatzkarte Bodensee

Überarbeitung der Ölalarm- und Einsatzkarte Bodensee. In die Karte sollen neben den für die Bekämpfung von Ölunfällen wichtigen Angaben wie Zufahrtswege und Zuflüsse auch Navigationshilfen aufgenommen werden, damit sie auch für den Seerettungsdienst verwendet werden kann.

Fernmeldeverbindungen

Frequenzfragen

Neben den national betriebenen Sprechfunkverbindungen in den eigenen Zuständigkeitsbereichen erscheint es als unbedingt notwendig, daß für den grenzüberschreitenden gemeinsamen Sprechfunkverkehr der Meldeköpfe der Anliegerstaaten am Bodensee für den Gewässerschutz,

Das große Interesse am Ablauf der Internationalen Ölalarm- und Einsatzübung Bodensee 1973 wurde seinerzeit durch die rd. 500 Gäste aus dem In- und Ausland dokumentiert, die von einem Schiff aus das Geschehen vor der Argenmündung beobachteten.

die Katastrophenabwehr, den Seerettungsdienst und internationale Fahndungen eine ständig betriebsbereite, auf einer Relaisstation geschaltete Führungs-Sprechfunkfrequenz zur Verfügung steht. Hierzu würde sich zunächst der bereits erprobte Kanal 440 anbieten, der z. Z. für den Seediens des Landesgendarmeriekommandos für Vorarlberg in Bregenz genehmigt ist und benutzt wird. Die Anliegerstaaten sollten bei der Klärung der Frequenzfrage zusammenarbeiten.

Für die Alarmierung und Abwicklung des Sprechfunkbetriebes bei flächenmäßig größeren Einsätzen der Ölwehren sollte neben der üblichen Frequenz eine weitere Einsatzfrequenz (Kanal 470 oder ein anderer geeigneter Kanal) gleichfalls ständig betriebsbereit auf einer Relaisstation geschaltet sein.

Betrieb

Die Erfahrungen bei den bisherigen Einsätzen und Übungen haben gezeigt, daß es zweckmäßig wäre, für die Abwicklung eines reibungslosen Sprechfunkbetriebes bei gemeinsamen Einsätzen Richtlinien für den Sprechfunkbetrieb unter Beachtung bestehender Vorschriften zu erstellen, die auf die besonderen Erfordernisse bei Ölwehreinsätzen abgestimmt sind.

Aufgaben und personelle Besetzung der Meldeköpfe

Die Aufgabe der Meldeköpfe ist neben der Funktion als vorläufige Einsatzleitung zur Anordnung von Sofortmaßnahmen die Aufnahme und unverzügliche Weiterleitung von Einsatzmeldungen, insbesondere über Ölkatastrophen, an die nationalen und internationalen Ölwehrstützpunkte über Sprechfunk-, Fernsprech- und Fernschreibverbindungen. Diese Dienststellen sollten daher ständig besetzt sein.

Technische Ausstattung der Meldeköpfe

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen die Meldeköpfe einer entsprechenden technischen Ausstattung. So sollte jeder Meldekopf über 3 Funkgeräte FuG 7 b verfügen, nämlich:

über 1 ortfestes für den eigenen Sprechfunkverkehrskreis, über 1 ortfestes zur Schaltung von Sprechfunkverkehrskreisen anderer am Einsatz beteiligter Stellen und über 1 tragbares zur Schaltung von Sprechfunkverkehrskreisen anderer am Einsatz beteiligter Stellen.

Ferner sollten die Meldeköpfe mit den erforderlichen Fernsprechanschlüssen, Wohnungsdienstanschlüssen bzw. Funkalarmempfängern zur schnellen Alarmierung der entsprechenden Zahl von Polizeibeamten, Handsprechfunkgeräten zur Schaltung zusätzlicher Sprechfunkverbindungen bei besonderen Einsätzen sowie einer ausreichenden Notstromversorgung ausgestattet werden.

Ausrüstung der Ölwehren

Bereitstellung von Mindestmengen geeigneter Sperren in den einzelnen Uferbereichen und Koordinierung der Sperrsysteme bei künftigen Beschaffungen, Vereinheitlichung der Übergangs- und Verbindungsstücke.

In Baden-Württemberg steht beispielsweise die Beschaffung von ca. 500 m voll funktionsfähiger Sperren als Ersatz für nicht mehr einsatzfähige Schlauchsperrungen für jeden der 4 Ölwehrstützpunkte heran. Da die auf dem Markt befindlichen Sperren nicht unter allen Einsatzbedingungen gleichermaßen geeignet sind, bestehen keine Bedenken, wenn verschiedene Sperrsysteme beschafft werden, sofern gewährleistet ist, daß sie ohne Schwierigkeiten miteinander verbunden werden können.

An den Bodenseezuflüssen wäre zu

prüfen, inwieweit stationäre oder mobile Sperren vorbereitet und Streu- und Beobachtungsstellen eingerichtet werden können und inwieweit es möglich ist, verschmutztes Wasser in Staubecken, Mühlkanäle oder Baggerseen abzuleiten.

Im deutschen Uferbereich sollten schwimmfähige Ölabsaugstationen beschafft werden.

Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von transportablen Zwischenbehältern für die Zwischenlagerung des abgesaugten Materials und Erfassung der Transportmittel sowie der Möglichkeiten zur längeren behelfsmäßigen Lagerung der Rückstände in Auffangwannen von Tanklagern, Regenrückhaltebecken, Schwimmbecken oder dgl. bis zur Vernichtung der Rückstände. Beschaffung von fahrbaren Ölabscheidern.

Beschaffung von Sonderfahrzeugen für die Ölwehren bzw. Erfassung vorhandener Fahrzeuge wie z. B. fahrbare Flutlichtgeräte, Notstromaggregate. Die baden-württembergischen Ölwehren verfügen derzeit über je einen kleineren Pritschenwagen zum Transport der Sperrschläuche und des Absauggerätes. Bei der Beschaffung weiterer Ölwehrgeräte und anderer Sperren reicht dieses Fahrzeug nicht mehr aus, so daß an die Beschaffung von je einem Gerätewagen mit Spezialaufbau in der Größenordnung des Rüstwagens RW 2 gedacht werden muß.

Beschaffung von Signalisationsmaterial (Sperrzeichen und dgl.).

Bei der ohnehin bevorstehenden Umrüstung der Motorboote aufgrund der Verordnung über die Schifffahrt auf dem Bodensee (Bodenseeschifffahrtsordnung) müssen die

Arbeitsboote der Ölwehren 4-Takt-Motoren erhalten.

Festlegung eines Mindestvorrats an Ölbindern (entsprechend dem Merkblatt „Ölbinder, Anforderungen — Prüfmethode“), Erfassung der Vorräte im Hinterland.

Folgerungen

Die Übung hat gezeigt, daß die internationale Alarmierung und Zusammenarbeit bei einer vorbereiteten Übung funktioniert. Es wäre wünschenswert, daß die Organisation künftig bei Ölalarm- und Einsatzübungen ohne vorherige Ankündigung überprüft werden kann.

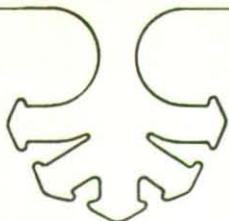
Auch wenn die Ölwehren der Anliegerstaaten im Sinne der Empfehlungen verbessert sein werden, sind die Ölwehren auch in der Zusammenarbeit kaum in der Lage, den in der Empfehlung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee vom 18./19. 5. 1971 erwähnten Ölunfall bis zu 100 cbm Öl zu bekämpfen. Diese Grenze sollte im übrigen gelegentlich überprüft werden.

Die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Ölunfällen mit Auswirkungen auf den Bodensee wird durch die Kontakte im Rahmen des Ölwehrausschusses wesentlich erleichtert.

Es wäre zu wünschen, daß die sich aus der „Internationalen Ölalarm- und Einsatzübung Bodensee 1973“ ergebenden Folgerungen im Ölwehrausschuß weiter behandelt werden. Die Weiterführung der Arbeit dieses Ausschusses gewährleistet überdies die ständige Koordination der innerstaatlichen Maßnahmen und die laufende Verbesserung der zwischenstaatlichen Organisation.

Unser Bild zeigt die beiden Ölfangschiffe „Libelle“ und „Eveline“, die das Ölbindemittel wieder einfangen, das durch Hubschrauber und Arbeitsboote auf die Wasseroberfläche des in der Übungsannahme gefährdeten Bodenseebereichs gebracht wurde.





PRESSESCHAU DES INLANDS

Im Notfall gewappnet sein

In immer größerem Umfang sind Betriebe der Industrie daran interessiert, einen eigenen Betriebs-selbstschutz aufzubauen. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz mit den zuständigen Industrie- und Handelskammern. Das Beispiel einer BVS-Dienststelle im Bereich Nordschwarzwald und Pforzheim steht dabei für viele andere.

Das Interesse der Industriebetriebe am Betriebsselbstschutz ist als die wachsende Bereitschaft der Unternehmer anzusehen, über den Tag hinauszudenken und Vorsorge für schwierige Situationen zu treffen. Die Lehrgänge in den Betrieben vermittelten Wissen über die Sofortmaßnahmen am Unfallort, allgemeinen Katastrophenschutz und Bergung und Rettung von Menschen. In einigen Betrieben wurden Brandschutzlehrgänge durchgeführt, die gut besucht waren, weitere Lehrgänge sind in Vorbereitung.

Von den Teilnehmern war immer zu hören, daß sie jetzt bei auftretenden Gefahren viel wirkungsvoller eingreifen könnten. Für zehn Firmen wurde eine Unterweisung im Umgang mit Feuerlöschern durchgeführt. Die vierstündige Übung fand auf dem Übungsgelände des Katastrophenschutzes am Hohberg statt. Die meisten Teilnehmer mußten feststellen, daß sie bisher wenig Ahnung vom Umgang mit Feuerlöschern hatten.

(Pforzheimer Zeitung)

Neue Notstandsverfassung für Baden-Württemberg

Die Notstandsbestimmungen in der Landesverfassung von Baden-Württemberg sollen wahrscheinlich

sehr „radikal“ geändert werden. Der ständige Ausschuß des Stuttgarter Landtages erarbeitet einen entsprechenden Entwurf; vor allem soll der § 62 der Landesverfassung geändert werden. Zweck dieses Unterfangens ist es, ein Maximum an parlamentarischer Kontrolle – auch im Falle eines Notstandes – zu gewährleisten.

§ 62 der Landesverfassung von Baden-Württemberg räumt gegenwärtig ausschließlich der Regierung das Recht ein, den Staatsnotstand zu verkünden. Für dieses Notverordnungsrecht ist Voraussetzung, daß der Landtag verhindert ist zusammenzutreten. Auch der Ständige Ausschuß, die Vertretung des Landtages, hätte nach dem jetzigen Recht keine Möglichkeit, dann die sofortige Kontrolle über die Exekutive wahrzunehmen.

Über die Änderung dieser Verfassungsbestimmungen wird der Ständige Ausschuß im Oktober/November 1974 abschließend beraten. Die dann zu erwartende Änderungsvorlage geht ursprünglich auf einen Initiativgesetzentwurf der SPD zurück, zu dem die CDU einen Ergänzungsentwurf eingebracht hat. Es sollen die Rechte des Landtages über den Ständigen Ausschuß, der als „Notparlament“ zu fungieren hätte, noch deutlicher klargestellt werden.

(Mannheimer Morgen)

Kein einklagbarer Anspruch

Es liegt allein im Ermessen der Behörden, darüber zu befinden, wer zur Bundeswehr oder stattdessen zum Katastrophenschutz herangezogen werden soll. Es gibt keinen einklagbaren Anspruch auf die Bescheinigung über die Heranziehung zum Katastrophenschutz. Diese Entscheidung fällt das Verwaltungsgericht Ansbach in dem Rechtsstreit eines Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr aus dem Landkreis Roth gegen das zuständige Landratsamt.

Der Feuerwehrmann hatte sich im Jahre 1973 zu zehn Jahren bei der Freiwilligen Feuerwehr verpflichtet, war jedoch, nachdem das Kreiswehersatzamt eine negative Stellungnahme abgegeben – und daraufhin das Landratsamt eine Verpflichtung des Feuerwehrmannes zum Katastrophenschutzamt abgelehnt hatte, zur Bundeswehr einberufen worden.

Ein Widerspruch des Betroffenen war von der Regierung Mittelfrankens bereits mit der Begründung, die Freistellung von Wehrpflichtigen für den Katastrophenschutz erfolge im Rahmen der Freistellungskontingente, abgelehnt worden.

Der Feuerwehrmann erklärte in seiner Klage, er sehe im Verhalten der Behörden eine arglistige Täuschung und die Durchführung eines Scheinverfahrens. Nach Treu und Glauben hätte ihn das Landratsamt schon bei der Entgegennahme der Verpflichtung darauf hinweisen müssen, daß die Verwendung beim Brandschutz seines Heimatortes nicht ausreichend sei.

(Main-Echo, Aschaffenburg)

Wissenschaftlicher Lebensmittel-ausschuß

Man macht sich auch bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Gedanken darüber, wie eine Lebensmittelüberwachung sichergestellt werden könnte. Die Kommission hat die Einsetzung eines „Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses“ beschlossen, dessen Gutachten nunmehr offiziell zur Kenntnis genommen werden sollen.

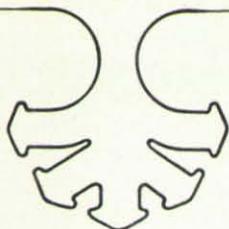
Seine Aufgabe ist die unparteiische Begutachtung aller Probleme im Zusammenhang mit dem Schutz von Lebensmitteln. Sie wird sich in erster Linie auf die Zusammensetzung von Lebensmitteln, ihre Unschädlichkeit, die Verwendung von Lebensmittelzusatzstoffen, Rückstände von Verunreinigungen usw. erstrecken.

Der Beschluß der Kommission läßt die Absicht deutlich werden, dem Ausschuß eine ständige Rolle im Rahmen der Ausarbeitung von Vorschriften und Gesetzen auf dem Gebiet der Lebensmittel zu übertragen. Seine Anerkennung als offizielles Organ der Kommission wird seinen Untersuchungsergebnissen und Stellungnahmen mehr Gewicht verleihen.

Die neun Partnerstaaten sind in dem Ausschuß mit 13 Wissenschaftlern vertreten.

Von deutscher Seite wurden der Direktor des Max-von-Pettenkofer-Institutes, Professor Frank, und der Direktor des Institutes für experimentelle Therapie der Universität Freiburg, Professor Marquardt, benannt.

(Umweltschutz-Dienst, Düsseldorf)



Presseschau DES AUSLANDS

Vorbeugung bei Erdbebenkatastrophen

FIRE INTERNATIONAL

In Japan wird beträchtlicher Wert auf Maßnahmen zur Verhinderung von Erdbebenkatastrophen gelegt. Die städtische Branddirektion von Tokio hat sich an die Industrie gewandt und sie aufgefordert, Geräte herzustellen, die als Brandschutzgeräte durch automatische Vorrichtungen dann ausgelöst werden, wenn Erdstöße auftreten. Bisher haben einige Unternehmen solche Geräte entwickelt und auf den Markt gebracht.

Die Geräte bestehen in der Regel aus einem Meßgerät und einem gekoppelten Feuerlöschgerät, die durch eine elektronische Schaltung oder auch durch Stangen- oder Federführung miteinander verbunden sind. Bei Erdbebenerschütterungen verschließt das Gerät ein Zufuhrventil und versprüht gleichzeitig Löschstoff — dies innerhalb eines Zeitraumes von 10 Sekunden, die Löschung muß innerhalb von 30 Sekunden beendet sein. Ein Einschalten der Anlagen oder Einrichtungen, an die ein solches Gerät gekoppelt ist, darf nach der Auslösung der Erdbebensicherung nur von Hand erfolgen.

Es soll dadurch erreicht werden, daß vor einer erneuten Einschaltung auf jeden Fall genauestens überprüft wurde, ob alle Brennstellen wieder richtig arbeiten und keine Schäden aufgetreten sind. Alle Ölheizungen und Küchenherde in Tokio müssen seit 1972 mit einem automatischen Feuerlöscher gekoppelt sein.

(Turnbridge Wells/Kent, England)

Österreichischer Musterschutzraum

DER SCHUTZRAUM

Im Bauzentrum von Linz/Oberösterreich wird ein Musterschutzraum gezeigt, der nach den neuesten Richtlinien gebaut wurde und einer Familie Platz bieten soll. Dieser Schutzraum wird der interessierten Bevölkerung ständig zugänglich sein, die sich hier orientieren kann, wie nach dem künftigen § 28 der Bauordnung ein Schutzraum beschaffen sein soll, dessen Einbau in Neu-, Zu- und Umbauten vorgeschrieben sein wird. Der gezeigte Musterschutzraum ist mit allen technischen Erfordernissen und Einrichtungen ausgestattet: Belüftungs- und Entlüftungsanlagen, sanitären Einrichtungen, Sitz- und Liegemöglichkeiten, Sicherheitstüren, Notbeleuchtung, Geräte zur Selbstbefreiung, Einrichtungen zur Vorratshaltung.

Der Schutzraum soll strahlen-, trümmer- und brandsicher sein. Seine technischen Einrichtungen kosten etwa S 25 000,—, die Maurerarbeiten sind mit S 15 000,— bis S 20 000,— veranschlagt, Grobsandfilter mit Füllung sind mit S 4 000,— angesetzt. Es ist nicht vorgesehen, daß diese technischen Einrichtungen sofort eingebaut werden müssen, sie können später angebracht werden.

Der Schutzraum soll in Friedenszeiten für andere Zwecke genutzt werden und erst im Krisenfall seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt werden.
(Linz, Donau, Folge 1/2 1974)

Japanischer General studiert Schweizer Luftschutz

Publicity Antenna

„In der Schweiz erklärte man mir alles im Zusammenhang mit der Zivilverteidigung. Hier allerdings unterscheidet sich die Schweiz von Schweden dadurch, daß der Bürger bis zuletzt in seinem Hause bleibt, also keine Evakuierung vorgesehen ist. Diesen Grundsatz des schweizerischen Luftschutzes fand ich bestätigt, als ich in jedem Hause den unterirdischen Luftschutzkeller sah, der — wiederum im Gegensatz zu Schweden — auch

beim Bau auf privater Basis vom Staat subventioniert wird.

Ich war beeindruckt von einem unterirdischen Spital unter einem Schul-Spielplatz. Alle notwendigen Einrichtungen — darunter mehr als 100 Betten, Operationsgeräte, Medikamente, Rettungsgeräte, Lebensmittel, Trinkwasser, Luftfilter und Notausgänge — waren vorhanden. In einem nahegelegenen Zivilschutzzentrum waren die Schutzkeller nicht so speziell ausgebaut, dafür aber waren gute Ausbildungshilfen vorhanden. Auf dem Übungsgelände gab es Häuseratruppen in natürlicher Größe sowie Löschgeräte für Schulungszwecke.

Allenthalben aber war der Enthusiasmus bei der Ausbildung genau so stark wie in Schweden.“

Masataka Okumiya, Generallt.
(Tokio / Japan)

Werkschutzübung bei der Straßenbahn



Werkschutzleiter, Brandinspektor und Sanitätsausbilder waren nach einer Werkschutzübung, die bei den Osloer Straßenbahnen durchgespielt wurde, sehr zufrieden. Die beteiligten Mannschaften zeigten ein reges Interesse für ihre Übungsaufgaben, insbesondere klappte es beim Feuerlöschtrupp ausgezeichnet. Die Schläuche und übrigen Einrichtungen wurden rasch und so präzise ausgelegt oder bereitgestellt, daß die ankommende Feuerwehr ihre Ausrüstung sofort damit verbinden konnte. Überhaupt war die Zusammenarbeit zwischen Werkschutz und Feuerwehr vorzüglich. Bei der Betreuung geretteter Personen kam nach der Brandlöschung auch der Sanitätsdienst des Werkschutzes zum Einsatz. An verschiedenartigsten „Verletzungen“ demonstrierte er, daß die erworbenen Kenntnisse in Erster Hilfe auch in der Praxis angewendet werden könne. Es war ermutigend, zu beobachten, wie gut die Verletzten auch während des Transportes zur Sammelstelle versorgt wurden. Der ordentliche, ruhige Ablauf der Übung zeigte, daß die Leitung die Einsatzgruppen jederzeit gut führte.

(Oslo, Nr. 1/1974)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Zivilschutz
Bern/Schweiz, Nr. 5/1974

Schutzraum als Hauptteil der „Konzeption 71“

In einem grundsätzlichen Beitrag befaßt sich die schweizerische Fachzeitschrift mit der Schutzraumfrage, die ein Hauptteil der „Konzeption 71“ des Zivilschutzes ist. Die Zivilschutz-Konzeption geht in der Schweiz von der Einsicht aus, daß die Möglichkeiten von Kriegen, von denen das Land direkt oder auch indirekt betroffen werden kann, nicht ausgeschlossen werden kann. Ein wirksamer Zivilschutz und der rechtzeitige Bau von Schutzräumen soll der Bevölkerung die Möglichkeit geben, in einem solchen Falle weiterleben zu können. Die grundsätzlichen Bedingungen für die Schutzbauten und für das Überleben in diesen werden nach drei Gruppen geordnet: Die Unabhängigkeit von kriegerischen Ereignissen; Die Wirtschaftlichkeit; Die Berücksichtigung der normalen Lebensvorgänge und der seelischen Eigenschaften des Menschen. Ausführlich befaßt sich der Artikel mit den Bedingungen für den Aufenthalt im Schutzraum, der Regelung der Luftzufuhr und der Trinkwasservorratshaltung. Bei der Wasserbevorratung wird von einem Tagesbedarf von 3 Litern pro Person ausgegangen; das ist für einen Zeitraum von 14 Tagen eine Menge von 42 Litern. Nach den Ausführungen zum Nahrungsmittelvorrat werden auch noch die allgemeinen Abläufe des Aufenthaltes im Schutzraum behandelt. Dem Wohnen/Schlafen, der Einrichtung von Toilettenanlagen und der allgemeinen Hygiene sind ausführliche Darstellungen gewidmet.

Civilt Försvar
Stockholm/Schweden, Nr. 10/73

Schutzprobleme bei Geländekämpfen

Die allgemeine taktische und technische Entwicklung bei den Bodestreitkräften hat die Gefahr erhöht, daß die Zivilbevölkerung im Zusammenhang mit einer Invasion unmittelbar von den Kämpfen getroffen wird. Die schwedische Fachzeitschrift läßt Alex Rydén, der lange Zeit beim Reichsamt für Zivilverteidigung tätig war, zu diesem Thema zu Wort kommen.

Der Verfasser führt aus, bereits im Reichstagsbeschluß über die Zivilverteidigung aus dem Jahre 1972 sei festgehalten, daß auf den Schutz der Zivilbevölkerung im Zusammenhang mit Geländekämpfen ein größeres Gewicht als bisher gelegt werden müsse.

Es werden heute Geländekämpfe auf großen Flächen rasch durchgeführt; für die Zivilbevölkerung besteht die Gefahr, in einem solchen Falle in die Kampfgebiete „eingeschlossen“ zu werden. Das kann selbst dann noch geschehen, wenn die geplanten Evakuierungen bei drohender Luft- oder Invasionsgefahr durchgeführt wurden.

Sicher sind die Ausführungen Rydéns auf Schweden bezogen, doch sind dies sicher auch die Probleme, die sich in allen Ländern ergeben können. Es wird die Anlage einfacherer Schutzvorrichtungen empfohlen, doch werden neue Vorschriften über solche Vorrichtungen erforderlich sein. Wichtig sei vor allem eine Koordinierung der Planung zwischen Streitmacht und Zivilverteidigung. Abschließend werden sechs Hauptpunkte zur Beachtung herausgestellt.

Johanniter Unfall-Hilfe
Düsseldorf, Nr. 2/1974

Kritisch betrachtet

Die geplante Neuregelung des Rettungswesens in der Bundesrepublik Deutschland wird hier von dem Referenten in der Bundesgeschäftsführung der JUH, Wilfried Voigt, einer kritischen Betrachtung unterzogen. Er geht dabei von der — sicher nicht unberechtigten — Überlegung aus, daß Kritik auch antreiben kann. So

erfährt das Rettungswesen gegenwärtig auf Grund der anhaltenden Kritik aus der Öffentlichkeit eine Reorganisation. Es entstehen Gesetze, die das Rettungswesen besser organisieren sollen. In Bayern wurde ein solches Gesetz bereits ab 1. 1. 1974 in Kraft gesetzt. Die Rettungsgesetze der einzelnen Länder, so meint Voigt, werden sicher zur Folge haben, daß die bisherige Monopolstellung einzelner Organisationen im Rettungswesen abgebaut wird. Ein Rettungswesen unter der Trägerschaft der Kommune oder des Kreises, an dem alle Organisationen beteiligt sind, ist für die Zukunft die bessere Lösung. Voigt stützt seine Ausführungen auf die Resolution des 3. Rettungskongresses und behandelt neben aktuellen organisatorischen Fragen auch die Aufgaben und die Ausbildung der eingesetzten Personen.

Zivilverteidigung
Bad Honnef, Nr. 2/1974

Druckresistenz von ZS-Bunkern

Diplom-Ingenieur O. Schaible ist der Verfasser eines Beitrages über die „überschlägige Ermittlung der Druckresistenz in ZS-Bunkern“. Schaible geht davon aus, daß die im Zweiten Weltkrieg errichteten Luftschutzbunker, die heute in zahlreichen Fällen wieder als Schutzräume hergerichtet werden, nicht unbedingt den heute geforderten Voraussetzungen entsprechen. Als diese Bunker gebaut wurden, dachte noch niemand daran, daß die heute möglichen großflächigen Stoßbelastungen auftreten könnten, wie sie durch Atombombenexplosionen ausgelöst werden.

Bevor man an den Ausbau zur Wiederverwendung solcher Alt-Bunker geht, sollte geprüft werden, ob die Belastbarkeit heutigen Erkenntnissen genügt. Dabei kann eine solche Ermittlung ganz offensichtlich entfallen, wenn entscheidende Merkmale für die Einstufung eines Bunkers vorhanden sind — auch dann, wenn der Bunker offensichtlich eine höhere Belastung als die notwendigen Grenzwerte aufnehmen kann. Den notwendigen Änderungsarbeiten ist jeweils ein entsprechender Abschnitt gewidmet, der ins technische Detail geht.

Feuerschutz für Stahl

Stahl zählt nach DIN 4102 zu den „nicht brennbaren“ Baustoffen. Er findet daher in zunehmendem Maße z. B. als tragendes Gerippe bei Gebäuden Verwendung. Wie alle Metalle besitzt auch Stahl eine hohe Temperaturleitfähigkeit. Bei Erwärmung, z. B. durch ein Schadenfeuer, treten Veränderungen bezüglich der Festigkeit und Tragfähigkeit der Konstruktionsteile auf. Ungeschützte Stahlbauteile können bei einem Brand schon nach einer Viertelstunde ihre „kritische

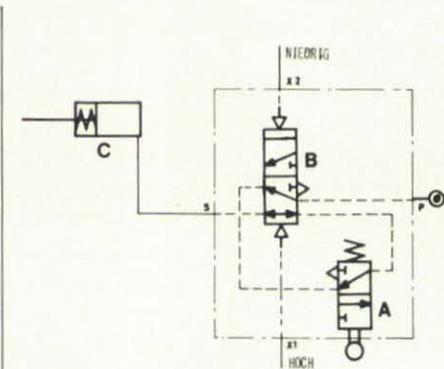
Temperatur“ erreichen, bei der sich Träger und Stützen verformen und die brennenden Gebäude einstürzen. Besonders in belebten und brandgefährdeten Bereichen, wie in Festhallen, Versammlungsräumen, Schulen, Flughafengebäuden, Lagerräumen u. ä., müssen Stahlträger und -stützen vorbeugend gegen Hitzeeinwirkung geschützt werden. Dies geschieht durch Ummantelungen, die in der Lage sind, eine Erwärmung auf 250 bis 300° C zu verhindern. Es gibt heute Anstrich-Systeme, die den Stahl umschließen. Sobald die Temperatur ca. 55° C übersteigt, verwandelt sich die Isolationsschicht in eine hitzedämmende Schaumschicht. Dieser isolierende Schaummantel wächst bis auf 5 cm Schaumstärke an und hält den Stahl bis zu 50 Minuten lang unter der „kritischen Temperatur“ und damit stabil. Dieser Zeitraum verlängert die Fluchtmöglichkeit für Mensch und Tier, verschafft Bergungstrupps Zeitaufschub und Löschmannschaften mehr Sicherheit. Die auf dem Markt befindlichen preiswerten und unkompliziert aufzubringenden Anstrich-Systeme entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen.

über die Gleitwelle beim Schalten in den 4. Gang und in den 8. Gang empfangenen Signale unterschieden werden. Das bewerkstelligt das Schalt-„Gedächtnis“-Ventil B. Die von diesem Ventil ausgehenden Leitungen X 2 und X 1 sind an das pneumatische System des Lastwagens angeschlossen, mit welchem aus der Gruppe der niedrigen Gänge in die Gruppe der hohen Gänge geschaltet wird. Über dieses System erhält das Ventil B ständig ein Signal, ob in den niedrigen Gängen (1. bis 4.) oder in den hohen Gängen (5. bis 8.) gefahren wird. Ventil B seinerseits bedient den Zylinder C, aber das geschieht nur, wenn innerhalb der Gruppe der hohen Gänge in den höchsten Gang geschaltet ward (in diesem Fall also in den 8.). Zylinder C, dessen Kolben normalerweise ständig im höchsten Stand steht (Plus-Position), wird in diesem Fall entlüftet, wodurch sich der Kolben in die Minus-Position bewegt. Diese Minus-Position ist mittels einer Stellschraube vorher einstellbar. Durch diese Kolbenbewegung wird der Hebel, der an der Achse der Treibstoffpumpe befestigt ist, einige Grade zurückgedreht; hierdurch wird die Treibstoffzufuhr vermindert. Es ist sichergestellt, daß der Regler nicht durch den Fahrer außer Funktion gesetzt werden kann, daß die Drehzahl vorher einstellbar ist und daß der Drehzahlbegrenzer nur im höchsten Gang arbeiten darf (damit in den niedrigen Gängen die volle Zugkraft erhalten bleibt).

Das System ist jedoch so zusammengebaut, daß man die Möglichkeit der Außerbetriebsetzung durch den Fahrer außer Acht lassen kann. Es ist zwar möglich, den Regelblock durch jenen Hebel zu ersetzen, der ursprünglich zu dem Lastwagen gehört, aber das ist eine dermaßen zeitraubende und komplizierte Arbeit, daß man mit dieser Möglichkeit nicht zu rechnen braucht. Die Leitungen zum Zylinder C zu lösen, ist ein ebenso nutzloses Unterfangen, denn das hat zur Folge, daß die Drehzahl in allen Gängen begrenzt wird.

Zügel für LKW durch pneumatische Drehzahlbegrenzer

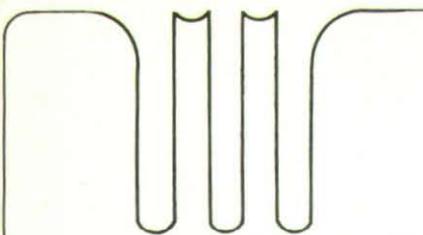
Ein technisches Handelsbüro in Dordrecht/Holland bringt seit kurzem einen pneumatischen Drehzahlbegrenzer für Motoren von Diesel-Lastkraftwagen auf den Markt, der die Höchstgeschwindigkeit von LKW auf einen im voraus einstellbaren Wert begrenzen kann. Schließlich kann ein LKW heute oft Geschwindigkeiten erreichen, die unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit mehr als gefährlich sind. Die Verwendung eines Drehzahlbegrenzers ist aber nicht nur wegen der Verkehrssicherheit eine gute Sache, sondern bietet obendrein noch wirtschaftliche Vorteile. Das hier wiedergegebene Schalt-schema zeigt die Arbeitsweise des Drehzahlbegrenzers: Die Speiseleitung P zweigt ab von dem pneumatischen Luftbremsensystem des Lastwagens. Zur Bedienung des Systems braucht man die Gleitwelle im Schaltgetriebe. Dieses wird an einem Schaltgetriebe mit acht Gängen deutlich gemacht. Beim Schalten in den 4. Gang und



in den 8. Gang macht die Gleitwelle einen bestimmten Schlag. Durch diesen Arbeitsgang wird das Ventil A bedient (mittels Stift oder Kugel, das hängt ab vom Typ des Schaltgetriebes). So gibt das Ventil A immer dann ein Signal, wenn im 4. oder 8. Gang gefahren wird. Da jedoch der Drehzahlbegrenzer ausschließlich im höchsten (in diesem Fall 8.) Gang arbeiten darf, muß außerdem gewährleistet sein, daß die

Hinweis

Namen und Anschriften der Hersteller oder Lieferanten der auf dieser Seite beschriebenen Geräte oder Mittel können bei der Redaktion ZS-Magazin 5 Köln 41, Eupener Straße 74, Tel.: 49 50 71, erfragt werden.



neue Bücher

Kinder der Gewalt Brandherd Nordirland

Von Wim Hornmann
Verlag Herder, Freiburg
DM 29,80

Wir lesen heute in der Zeitung schon darüber hinweg, das blutige Geschehen in Nordirland ist bereits Alltag geworden. Die Demonstrationen, Straßenschlachten, Bombenanschläge und Terrorakte beider Seiten, die Gegenschläge der Polizei und der Armee — es sind für uns nur noch Schlagzeilen, das menschliche Geschehen berührt uns kaum noch. Hier macht nun der Autor des Buches den Versuch, in Form eines Reportage-Romans, der einen authentischen Ausschnitt des nordirischen Alltags umfaßt, dem Leser die Dinge wieder hautnah zu bringen.

Am Schicksal einer Familie erfährt der Leser, wie es zu der spannungsgeladenen Atmosphäre zwischen protestantischer Mehrheit und katholischer Minderheit kam, die sich bis heute in immer neuen blutigen Auseinandersetzungen entlädt. Das Buch wurde aus dem Niederländischen ins Deutsche übersetzt; den geschichtlichen Hintergrund dieses Bürgerkrieges verdeutlicht Professor G. H. L. Zeegers in einem ausführlichen Geleitwort. Sicher wird die harte Sprache des Buches dazu beitragen, daß dem Leser bewußt wird, von welchen Zufälligkeiten unser Friede und unser Leben abhängen.

Medizin die uns angeht

Von Wolfgang Baranowsky
Herausgegeben von Rüdiger Proske
Bertelsmann Lexikon-Verlag
DM 26,—

Medizin geht heute nicht nur die Kranken an, sondern uns alle. Das

Buch von Baranowsky zeigt auf, in wie vielfältiger Form sich die Medizin mit den Problemen unseres Lebens befassen muß — und wie sehr sie heute bereits unsere Umwelt beeinflusst. Baranowsky ist ein eifriger Verteidiger der Populärwissenschaft — und wenn man in Betracht zieht, daß in vielfältiger Form jeder, der Erste Hilfe leisten kann oder will oder auch muß, sich allgemeinverständlich informieren möchte, wird man zugestehen, daß das vorliegende Buch diese Möglichkeit bietet. Wer auf dem laufenden sein will, sollte dieses Buch lesen. Derzeit ist sicher eine optimale ärztliche Betreuung noch nicht erreicht; viele Aspekte der Medizin werden durchaus kritisch behandelt. Es trifft zu, daß die großen Infektionskrankheiten, die noch vor hundert Jahren tödliche Bedrohungen waren, heute ihren Schrecken verloren haben. Doch dafür zollen wir der Hektik unseres technischen Zeitalters einen anderen Tribut, weil sich die Umweltbedingungen ständig ändern und neue Anpassungen erfordern.

Arbeitsbücher zur psychologischen Schulung – Eltern-Verhaltenstraining

Von Meinrad Perrez / Beate Minsel /
Heinz Wimmer
Otto Müller Verlag, Salzburg
DM 19,50

Erzieherisches Bemühen wird heute meist durch tradierte erzieherische Normen, durch die eigene Erfahrung und die selbst erfahrene Erziehung, aber auch weitgehend durch die Steuerung bestimmt, die sich aus aktuellen Konflikten und Situationen ergibt. Nur selten ist dem Erzieher wirklich bewußt, was tatsächlich im einzelnen Falle erzieherisch wirksam ist. Schlüsselpunkt jeder erzieherischen Wirkung aber, so wollen es die Verfasser gesehen wissen, ist das Verhalten der Erzieher selbst. Das Buch ist in zwei Abschnitte gegliedert, I. Theoretische Einführung, II. Praktische Übungen. Nach der bewährten Methode der bisher herausgegebenen Arbeitsbücher zur psychologischen Schulung wird hier die theoretische Grundlage und das praktische Übungsmaterial so dargeboten, daß es auch im

Selbstlernen unmittelbar angewandt werden kann.

Wo aber die Ausbildung und die Öffentlichkeitsarbeit sich vor Schülern bewähren muß, sollten diese wesentlichen Gesichtspunkte nicht fremd sein. Wenn der Erzieher, wenn der Ausbilder mit ihnen vertraut ist, wird es wesentlich weniger kritische Punkte geben, die möglicherweise sogar den Lehrerfolg gefährden.

Europas Zukunft sichern

Von Gustav Däniker
Seewald Verlag, Stuttgart
DM 25,—

Däniker, einer der profiliertesten Generalstabsoffiziere der Schweiz, konfrontiert hier die europäischen Führungskräfte aller Lager mit dem Sachverhalt der Sicherheitspolitik. Man kann zwar sagen, Sicherheitspolitik interessiere einen Menschen nicht, man wird aber nicht behaupten können, sie ginge niemanden etwas an.

Dänikers Buch enthält einen Katalog der Herausforderungen, denen Europa im Sicherheitsbereich bis ins nächste Jahrtausend hinein — seiner Meinung nach — begegnen wird. Einem ganzen Spektrum bekannter und neuartiger Bedrohungen wird es gegenüberstehen und zu deren Bewältigung werden — so Däniker — die herkömmlichen Verteidigungskräfte nicht ausreichen — auch jene nicht, die heute unter dem Sammelbegriff „Gesamtverteidigung“ in den verschiedenen Ländern gruppiert sind. Ein besonderes Kapitel: Der Versuch (nicht nur in der Zukunft), mit subversivem Angriff die westlichen Demokratien auszuhöhlen und zu stürzen. Und hier bleibt Däniker ehrlich, seine Aufforderung zur moralisch-geistigen Mobilisierung der besten europäischen Kräfte wird nicht ideologisch verbrämt.

Empfehlenswerte Hand- und Taschenbücher

Taschenbuch für den Sanitäts- und
Gesundheitsdienst der Bundeswehr
1974

Herausgegeben von Dr. Bernhard
Stolze, Verlagsgesellschaft Wehr und
Wissen, Darmstadt – Koblenz – Bonn
DM 14,80